# Sezession



## Krieg

Interview mit
Martin van Creveld

Krieg –
nur eine Erfindung?

*Der Brand* –
(k)ein Historikerstreit

Offensiver
Informationskrieg

The American
Way of War

Heft 1 · April 2003

www.sezession.de 8 EURO ISSN 1611-5910

## Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik

Unter Mitarbeit von Karlheinz Weißmann, Wolfgang Dvorak-Stocker und Götz Kubitschek (verantwortlich)

Satz & Layout: Thomas Michael

April 2003
1. Jahrgang, Heft 1

Sezession erscheint quartalsweise im Januar, April, Juli und Oktober. Der Preis für das Einzelheft beträgt 8 Euro zzgl. Versandkosten. Das Jahresabonnement (vier Hefte) kostet 30 Euro, ermäßigt (Wehrpflichtige, Schüler, Studenten usf.) 20 Euro, inkl. Versand. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

Für Anzeigenkunden gilt die Preisliste Nr. 1 vom März 2003.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.


Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda
Tel/Fax: 03 46 32/9 09 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

Postbank Leipzig
BLZ 86 010 090
Kto 913 644 908

ISSN 1611-5910

# Editorial

von Karlheinz Weißmann

Der Ernstfall hat den Vorzug, die Tatsachen deutlicher hervortreten zu lassen. Das gilt auch und gerade für den Ernstfall schlechthin, den Krieg. Schon in der Zeit vor dem Beginn des Dritten Golfkriegs war zu bemerken, wie sich politische Fiktionen in Luft auflösten: die einer handlungsfähigen UNO, die einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die einer ungebrochenen transatlantischen Solidarität, die der Einbindung Washingtons in die Weltrepublik.

Das Verschwinden der Fiktionen wurde in Deutschland besonders schmerzlich empfunden. Es gibt hier traditionell eine starke Selbsttäuschungsbereitschaft. Die Vorstellungen von der Motivlage politischer Akteure sind dementsprechend verkürzt: Das Handeln etwa der Vereinigten Staaten scheint nur als hochmoralischer Akt (so im Fall der Niederwerfung des Dritten Reichs) oder als Ausdruck zynischen Machtgebrauchs (so im Fall der Niederwerfung des Iraks) vorstellbar. Das übliche Ineinander und Durcheinander von Sendungsbewußtsein, gutem Gewissen und Kalkül will niemandem einleuchten, und wenn sich der amtierende Außenminister zu der Einsicht bekennt, daß in den Staatenbeziehungen alles von „Interessen" abhänge, so bleibt er doch außerstande, ein Subjekt zu benennen, dessen „Interessen" er selbst vertritt.

Diese Haltung ist insofern konsequent, als sie den letzten Schritt vermeidet, der mit der politischen Wirklichkeit konfrontieren würde. Und sie darf sich im Einklang mit dem weltanschaulichen Überbau betrachten, denn Jürgen Habermas hat in seiner Stellungnahme zum Irakkonflikt ausdrücklich erklärt, daß man heute in Europa die „... preisgegebenen ... amerikanischen Ideale des 18. Jahrhunderts" gegen die Vereinigten Staaten in Schutz nehmen müsse, um eine Wiederkehr des „realpolitischen Zynismus", der „konservative[n] Kulturkritik" und des „anthropologischen Pessimismus" zu verhindern. Selbstverständlich übertreibt Habermas und entwirft ein Schreckbild, wie er das in seinen Polemiken regelmäßig tut, um eine geistige Bewegung aufzuhalten, von der er fürchtet, daß sie Einfluß gewinnen könnte. Deshalb ist auch unerheblich, ob Bush oder Rumsfeld tatsächlich von derartigen Konzepten motiviert sind – dem unvoreingenommenen Betrachter erscheinen sie eher als Testamentsvollstrecker Wilsons. Interessant ist vielmehr die Frage, warum die Wiederkehr von „Realpolitik", „Kulturkritik" und „anthropologischem Pessimismus" beunruhigen sollte?

Die Antwort findet man in der Angst des herrschenden Meinungslager davor, daß sich die großen politischen Visionen des letzten Jahrhunderts als Chimären erweisen und damit die Bereitschaft wüchse, sich einer härteren und kälteren, aber auch ehrlicheren Lehre von der Politik zuzuwenden. Genau vor einhundertfünfzig Jahren veröffentlichte Ludwig August von Rochau den ersten Teil seiner *Grundsätze der Realpolitik*. Rochau, ein Altachtundvierziger und Vorkämpfer der liberalen Bewegung, kehrte sich unter dem Eindruck der gescheiterten Revolution entschlossen von allen Wünschbarkeiten ab und äußerte über das „dynamische Grundgesetz des Staatswesens" in seiner Abhandlung: „Das Studium der Kräfte, welche den Staat gestalten, tragen, umwandeln, ist der Ausgangspunkt aller politischen Erkenntnis, deren erster Schritt zu der Einsicht führt: daß das Gesetz der Stärke über das Staatsleben eine ähnliche Herrschaft ausübt wie das Gesetz der Schwere über die Körperwelt."

# Martin van Creveld

von Klaus Hammel

Hervorragende Militärwissenschaftler oder Militärtheoretiker sind selten. Von vielen Gründen, die dafür ausschlaggebend sein könnten, sollen hier nur einige genannt werden. Ein Faktor dürfte sicherlich sein, daß die wissenschaftliche Erforschung des Militärs und der Kriegsführung zu einer relativ jungen „Fakultät" gehört, deren Ursprünge in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen, die ihre volle Entfaltung aber eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren hat. Der Sachgegenstand, mit dem man sich hier befaßt, übt auf Grund seines Wesens, seiner Eigenschaften und der Art der praktischen Umsetzung im Vergleich zu anderen Wissenschaftsobjekten keine besondere Attraktion aus. Innerhalb des Militärs selbst war man außerdem lange Zeit der Auffassung, die militärische Berufsausübung bedürfe keiner Wissenschaft. Noch in den 1960er Jahren vertrat eine so einflußreiche militärische Denkschule wie die McNamara-Administration im Verteidigungsministerium der USA die Ansicht, daß es zwischen den Grundsätzen der Kriegsführung oder der militärischen Führung und den Führungsprinzipien in einem zivilen Unternehmen keine Differenz gebe; folglich seien auch in der Armee die Regeln der Betriebs- oder Organisationslehre anzuwenden.




In Deutschland kommen außerdem besondere Faktoren hinzu: Im Vergleich zu anderen westlichen Staaten standen und stehen die Streitkräfte seit der Wiederbewaffnung 1955 im Abseits. Trotz gegenteiliger beschönigender Behauptungen hat es eine wirkliche Identifikation der Bevölkerung mit den Belangen der Landesverteidigung und den Streitkräften nie gegeben. Eine Beschäftigung mit dem geistigen Überbau von Streitkräften fand innerhalb der intellektuellen Eliten nicht statt, Spitzenmilitärs der Bundeswehr führten in der Publizistik normalerweise ein Schattendasein. Lehrstühle an Hochschulen, die sich mit Sicherheits- oder Militärpolitik, mit Strategie oder Geopolitik beschäftigen, findet man in Deutschland nur vereinzelt. Wissenschaftliche Institute wie in anderen Ländern des Westens, die auf diesen Gebieten arbeiten, gibt es in Deutschland nicht.

So stehen Militärtheoretikern oder Militärwissenschaftlern wie Raymond Aron, Ferdinand Otto Miksche, Liddell Hart, John Keegan oder Edward N. Luttwak im französischen beziehungsweise englischen Sprachraum in Deutschland, das einmal einen der größten Militärtheoretiker, Carl von Clausewitz, aufweisen konnte, allenfalls Militärpublizisten wie Winfried Martini, Adelbert Weinstein

oder Karl Feldmeyer gegenüber. Heinz Karst, nicht nur Spitzenmilitär, sondern auch Militärtheoretiker, mochte als die Ausnahme gelten, die wir in den Kreis der vorgenannten Experten einbeziehen können.

In jedem Fall nimmt Martin van Creveld unter den zeitgenössischen Militärtheoretikern auf Grund seines umfangreichen Werkes und seiner provokativen, aber überzeugenden Theorien einen besonderen Rang ein. Creveld wurde 1946 als Sohn jüdischer Eltern in Rotterdam geboren, wenige Jahre später wanderte seine Familie nach Israel aus. Creveld studierte an der Hebräischen Universität Jerusalem, vom Militärdienst war er auf Grund einer körperlichen Behinderung befreit. 1971 schloß er sein Studium an der London School of Economics mit der Promotion ab, in demselben Jahr übernahm er einen Lehrauftrag für das Fach Geschichte an der Universität Jerusalem. Creveld hat seitdem an verschiedenen Universitäten Gastprofessuren innegehabt, unter anderem 1986/87 an der National Defense University in Washington, D.C. und an der Marine Corps University in Quantico. Er war außerdem als sicherheitspolitischer Berater der amerikanischen Regierung und des israelischen Generalstabs tätig.

Versucht man die Ergebnisse der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit Crevelds in der Form eines Überblicks zusammenzufassen, so sind vier thematische Schwerpunkte zu erkennen:

(1) Die Behandlung militärfachlicher Themen mit einer Konzentration auf Fragen der Führung, der Logistik und der Ausbildung sowie des Einflusses der Technik auf die Kriegführung.
(2) Untersuchungen auf dem Gebiet der Militärsoziologie, mit dem Ziel, in Form einer übergreifenden Darstellung Wesensmerkmale der militärischen Organisation im Vergleich zu zivilen Organisationen herauszuarbeiten und die Einflußgrößen zu ermitteln, die sich entscheidend auf das Verhalten der Truppe im Einsatz, auf die Kampfkraft und die Fähigkeit zur militärischen Auftragserfüllung auswirken.
(3) Der bedeutendste Anteil van Crevelds wissenschaftlicher Tätigkeit bezieht sich auf die Bewertung der Daseinsberechtigung moderner Staaten, auf die Kriegsführung als wesentliches Merkmal staatlicher Machtausübung, auf das Wesen der Kriegsführung und ihre Entwicklung über die Zeit unter dem Einfluß gesellschaftlicher und politischer Faktoren. Seine Thesen dazu hat van Creveld vor allem in den beiden thematisch zusammengehörenden Büchern *Aufstieg und Untergang des Staates* und *Die Zukunft des Krieges* zur Diskussion gestellt. Er nimmt dabei nicht nur eine Bestandsaufnahme vor, sondern entwickelt auch Prognosen für die Zukunft.
(4) Zunächst eingebettet in den eben erwähnten Themenblock hat sich Creveld neuerdings einer gesellschaftspolitischen Problemstellung zugewandt: der Rolle der Frau in modernen Gesellschaften.

Während er sich in dem Buch *Frauen und Krieg* mit dem „Eindringen" der Frauen in eine bis in die neueste Zeit männliche Domäne, die Kriegsführung, beschäftigt, wirft er in seinem neuesten Buch *Das bevorzugte Geschlecht* grundsätzliche Fragen auf. In der Vorankündigung heißt es: „Die Unterdrückung der Frau ist eine in die Irre führende Legende des Feminismus." Diese Behauptung wird ihm, vor allem in der durch den Einfluß von Frauen geprägten Gesellschaft der USA, nicht nur Zustimmung einbringen. Sie beweist aber einmal mehr, daß Creveld kein „heißes Eisen" scheut. Er arbeitet unkonventionell, kritisch und kommt häufig zu provokativen Urteilen, die sich mit den gewohnten, bequemen, aber letzten Endes vordergründigen Auffassungen nicht vereinbaren lassen. Gegen unsachliche Kritik ist er weitgehend immun, da seine wohlbegründeten Urteile auf gekonnter Quellenauswahl und unbestechlicher Quellenbewertung beruhen. Creveld beherrscht mehrere Sprachen, so daß sich ihm Texte im Original erschließen, die anderen unzugänglich bleiben. Sein Wissensstand auf allen Gebieten des Militärs, der Staatslehre oder Soziologie ist in der Tat phänomenal.

Martin van Creveld: *Frauen und Krieg*, München 2001.
Ders.: *Das bevorzugte Geschlecht*, München 2003

Gerade Crevelds provokante Aussagen zum Wandel in der Kriegführung, zur Zukunft moderner Armeen, der Auflockerung des staatlichen Gewaltmonopols und zur Einschränkung staatlicher Macht wurden in den letzten Jahren durch die politische Entwicklung bestätigt.

Sein Mut zu unbequemen Wahrheiten hat auch in Deutschland verschiedentlich für Irritationen gesorgt, so im Zusammenhang mit seinem Buch *Kampfkraft*, in dem das Leistungsvermögen der deutschen und amerikanischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg miteinander verglichen wird. Die Arbeit beruht auf einer Fachstudie, die in den Jahren 1979/1980 auf Anforderung des amerikanischen

Martin van Creveld: *Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939-1945*, Freiburg i. Br. 1989




Leviathan *von Thomas Hobbes,1651 (Ausschnitt aus dem Titelblatt der Erstausgabe)*

Verteidigungsministeriums entstanden, um eine Reform der Streitkräfte vorzubereiten, nachdem sich die Armee in den letzten Jahren der Präsidentschaft Carters in einem außerordentlich schlechten Zustand befunden hatte.

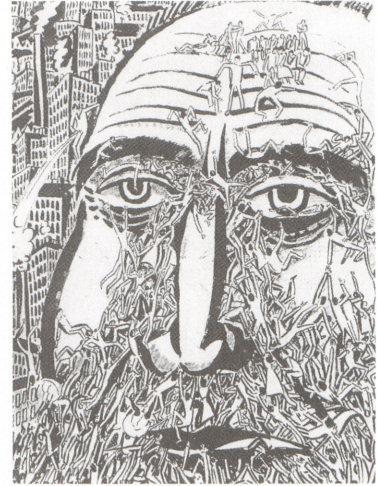
Die Ergebnisse dieser Studie belegen die zuvor erwähnte Neigung Crevelds, bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten konventionelle Wege zu verlassen und gegen den Strom zu schwimmen. In der Darstellung wollen wir uns auf seine Beurteilung der Wehrmacht beschränken. „Das deutsche Heer", so der Verfasser, „war eine vorzügliche Kampforganisation. Im Hinblick auf Moral, Elan, Truppenzusammenhalt und Elastizität war ihr wahrscheinlich unter den Armeen des zwanzigsten Jahrhunderts keine ebenbürtig." Creveld arbeitet dafür verschiedene Gründe heraus:

(1) Die Organisation des deutschen Heeres wurde auf die Erfüllung ihrer Kampfaufgabe hin optimiert. Von Anfang an war es auf Grund des schnellen Aufbaus und der Knappheit der materiellen wie personellen Ressourcen zu einer Mangelverwaltung gezwungen. Deswegen, aber auch aus einer typisch deutschen Einstellung heraus, wurden andere wichtige Aspekte wie sinnvolle Managementverfahren, Maßnahmen für die Logistik oder der psychologischen Kriegsführung in ihrer Bedeutung vernachlässigt.
(2) Im Gegensatz zu den landläufigen disqualifizierenden Urteilen über die Menschenführung in der Wehrmacht schreibt van Creveld: „...das deutsche Heer war um die sozialen und psychologischen Bedürfnisse des einzelnen kämpfenden Soldaten herum konstruiert worden. Seine wesentliche, ja entscheidende Bedeutung war vollständig anerkannt, und die Doktrin, Führungstechnik, Organisation und Verwaltung des Heeres waren entsprechend (darauf) ausgerichtet."
(3) Die Erziehung zur Verantwortungsfreude, das Schaffen von Vertrauen zwischen Führern und Geführten, das Einräumen von Handlungs- und Entscheidungsspielraum (Auftragstaktik!) waren die Voraussetzungen für ein Führungssystem, das dem der Gegner in allen Belangen überlegen war und das es ermöglichte, materielle und zahlenmäßige Nachteile auszugleichen.
(4) Nationalsozialistische Grundüberzeugungen waren in der Armee nicht verbreitet, die Indoktrination blieb wirkungslos.

Die Ergebnisse Crevelds stellen heraus, daß der soziale Zusammenhalt, die Gruppenintegration und das innere Gefüge der Truppe bis zum Kriegsende intakt blieben, das deutsche Heer bewies seine Kampfkraft gerade bei an und für sich vernichtenden Niederlagen und den andauernden Rückzügen ab 1943. Allerdings ist auch Creveld von mittlerweile fest eingeschliffenen Verdikten nicht frei. Die Wehrmacht war, in welchem Umfang auch immer, in die Verbrechen des Systems verwickelt. Crevelds Urteil aber – „Obwohl die Wehrmacht selbst den Angriffskrieg nicht begann, obwohl sie nicht primär für die Konzentrationslager und die Ausrottung der Juden verantwortlich war, wären diese und andere Verbrechen ohne ihre aktive oder passive (Mit-)Wirkung unmöglich gewesen" – ist meiner Meinung nach unhaltbar. Es unterstellt nicht nur, daß die Wehrmacht im weitesten Sinne, also bis herunter zur Ebene der Truppenteile, über diese Aspekte der nationalsozialistischen Gewaltpolitik in vollem Umfange informiert gewesen sei, es suggeriert auch, daß die Massenverbrechen akzeptierte Folge oder gar Bestandteil der Zielsetzungen bei der militärischen Auftragserfüllung waren.

Diese Einschränkungen sollen allerdings nicht den Wert von Crevelds Studie in Frage stellen. Entscheidend ist auch aus heutiger Sicht, daß hier Kriterien herausgearbeitet wurden, die ausschlaggebend für die Entwicklung von militärischer Kampfkraft überhaupt sind. Mit sehr drastischen Anmerkungen wendet sich Creveld vor allem gegen die Gleichsetzung von Armeen und Wirtschaftsunternehmen: „Beide werden im wesentlichen als angewandtes Management betrachtet, als Strukturen, deren Funktion darin besteht, menschliches und materielles Potential so zu koordinieren, daß sie zu einem möglichst niedrigen Preis einen möglichst hohen Ertrag produzieren – Tod durch Napalm beispielsweise oder Pulverkaffee."

Er sieht – trotz des in den letzten Jahrzehnten größer gewordenen Anteils von Managern, Technikern und Spezialisten aller Art in den Verbänden – eine Armee insgesamt mit der Erwartung des Kampfes belastet, die sich auch auf die Funktionen erstreckt, die nicht unmittelbar zu den Kampfhandlungen gehören. Nicht das Erzielen eines Profits steht im Mittelpunkt der soldatischen Tätigkeit, und Kosten-Nutzen-Kalküle sind auf das innere Selbstverständnis einer Armee nicht übertragbar, denn „... keine Art von Nützlichkeitsdenken in der Welt (kann) im einzelnen Menschen die Bereitschaft wecken ..., sein Leben hinzugeben."



*Frans Masareels Antwort: „La Tête géante" (1921)*

Folgt man den neueren Arbeiten Crevelds, dann könnten seine vorstehenden Ausführungen allerdings bereits gegenstandslos sein, denn heute geht er davon aus, daß der Untergang des Staates beinahe unvermeidbar ist, jenes Staates, der in der Vergangenheit von seinen Bürgern „Todesbereitschaft" und „Tötungsbereitschaft" verlangen konnte. Er zeigt auf, daß die Gebilde, die wir als Staaten bezeichnen, ohnehin erst seit ungefähr 1648, seit der Ausformung des Absolutismus, existieren und sich in der räumlichen Ausbreitung über Jahrhunderte auf Europa und Teile Nordamerikas beschränkten. Bestimmende Elemente dieser Staaten waren der souveräne Monarch, Verwaltung und Armee, sowie – mit unterschiedlicher Bedeutung über die zeitliche Entwicklung hinweg – das Volk. Innerhalb der Staaten bestand ein geregeltes Verhältnis der soeben genannten Komponenten zueinander. Ein geregeltes Verhältnis gab es auch zwischen den Staaten, das auf der Souveränität gegenüber anderen Staaten beruhte.

Eine Weiterverbreitung des politischen Organisationsmusters „Staat" erfolgte in Konsequenz verschiedener historischer Entwicklungen, beispielsweise der Entkolonialisierung nach 1945 oder nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes. In sehr vielen der neuen Staaten konnten sich jedoch keine stabilen Strukturen herausbilden. Allerdings erlitt auch der klassische Staat einen Machtverlust und begann ihn in Frage zu stellen. Von den Zeiten eines Thomas Hobbes („... der Mann, der eigentlich den Staat ‚erfand' ...") war bis heute „eine der wichtigsten Funktionen des Staates, wie auch aller früheren politischen Organisationen, Krieg gegen seinesgleichen zu führen." Die Einschränkung des staatlichen Gewaltmonopols ist deshalb nach Creveld die wichtigste Ursache für den Bedeutungsverlust des Staates.

Moderne Staaten können ihre eigenen Versprechungen nicht halten. Nachdem das Recht auf Gewaltanwendung vom Staat monopolisiert wurde, muß der Bürger heute feststellen, daß der Staat die innere Ordnung und Sicherheit nicht mehr gewährleisten kann.

„Der Wohlfahrtsstaat scheitert an seinem eigenen Erfolg," so van Creveld. Ständige Versprechungen des Staates führen zu steigenden Ansprüchen, die nur durch die Anhebung der Steuer- und Abgabenlast erfüllt werden können. Der daraus entstehende Kreislauf führt zum Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme.

Nicht nur soziale Sicherungssysteme, auch die innere Sicherheit wird zunehmend privatisiert. Technische Fortentwicklungen, vor allem auf dem Gebiet der Informationsübertragung, des Verkehrs und der Energieversorgung haben eine „Entstaatlichung" durch das Auftreten internationaler, staatenübergreifender „Netze" zur Folge. In der Sicherstellung entsprechender Funktionen sind staatliche Behörden von Organisationen oder Einzelpersonen abhängig, auf die sie keine Einwirkungsmöglichkeiten mehr haben. Vergleichbares gilt für die Globalisierung, bei der sich internationale Konzerne mehr und mehr der Kontrolle demokratisch legitimierter Regierungen entziehen können.

Als gemeinsame Folge aller dieser Prozesse betrachtet Creveld einen dramatischen Glaubwürdigkeitsverlust des Staates und eine dramatisch gesunkene Loyalität der Staatsbürger ihm gegenüber.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe von *The Transformation of War* (*Die Zukunft des Krieges*) stellt Creveld eine der Grundthesen seines Buches vor, „... nämlich, daß der *konventionelle* zwischenstaatliche Krieg abgedankt hat und von einem Krieg, der von verschiedenen politischen Organisationen geführt wird, abgelöst wird ...". Durch die Hervorhebung habe ich deutlich gemacht, daß der Autor glaubt, einen Krieg unter Abstützung auf Nuklearwaffen vernachlässigen zu können. Die Begründung, die van Creveld gibt, ist überzeugend: Eine

Martin van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*, München 1998.

Strategie, die den Einsatz von Nuklearwaffen vorsieht, ist – beim Vorhandensein eines entsprechenden Potentials auf beiden Seiten – überhaupt keine Strategie, da „... immer noch niemand herausgefunden hat, wie ein Atomkrieg geführt werden kann, ohne einen globalen Selbstmord zu riskieren."

Seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts hatten sich die Großmächte durch ihre nukleare Rüstung wechselseitig neutralisiert. Sie verfügten über ein Kriegsmittel, das im Krieg nicht verwendet werden konnte und sich deshalb auch nicht zur Abschreckung eignete. So war der politische Nutzen einer nuklearen Bewaffnung, vor allem in der Relation zu den immensen Kosten, außerordentlich gering. Wie die Konflikte, an denen Nuklearmächte beteiligt waren, zeigen (zum Beispiel Chinesisch-Vietnamesischer Krieg von 1980, Falklandkrieg, Afghanistan, Vietnam), wurde der Gebrauch von Nuklearwaffen durch den Gebrauch von kriegerischen Mittel niedrigeren Niveaus unterlaufen.

Hinsichtlich der Führung konventioneller Kriege führt Creveld aus, daß es zwischen 1945 und 1990 weltweit rund 160 bewaffnete Konflikte gegeben habe, von denen etwa drei Viertel nicht dem herkömmlichen Bild eines Krieges mit konventionellen Mitteln entsprechen, vielmehr der Kategorie des *low intensity war* oder *conflict* zuzurechnen seien. Die Sowjetunion habe nach 1945 keinen einzigen konventionellen Krieg geführt, die Vereinigten Staaten nur gegen Korea (1950) und gegen den Irak im „ersten" Golfkrieg (1991). Hinsichtlich der USA weist Creveld ausdrücklich darauf hin, daß sie ihre konventionellen Streitkräfte überhaupt nur in Konflikten einsetzt, die keine lebenswichtigen Interessen berührten.

Das Verschwinden konventioneller Kriege und das Aufkommen neuer Konfliktformen (die nicht weniger blutig sind als konventionelle Kriege, seit 1945 kosteten sie Millionen von Menschen das Leben) hat verschiedene Ursachen. Um das zu erklären, müssen wir auf das Kriegsbild von Clausewitz zurückgreifen, das „trinitarische Kriegsbild", wie es bei Creveld heißt, das auf einer Unterscheidung von Staat/Regierung, Armee und Volk beruhte. Demgemäß hatten souveräne Staaten das Recht, Krieg mit den dazu vorgesehenen Armeen zu führen. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts wurde versucht, die jeweilige Bevölkerung aus dem Kriege heraus zu halten. Die Kriegsparteien akzeptierten eine Trennung von Armee und Volk oder von Kombattanten und Nichtkombattanten. Ausgelöst durch die Französische Revolution beteiligte sich aber das Volk oder die Nation am Krieg und setzte alle Ressourcen für die Verfolgung der Kriegsziele ein. Das Wirtschaftspotential eines Staates wurde zum Kriegsobjekt. Der Gebrauch moderner Waffensysteme hob auf Grund der technischen Entwicklung nicht nur die Trennung von Kombattanten und Nichtkombattanten auf, die Zivilbevölkerung eines Gegners wurde auch in die Kriegshandlungen einbezogen, um ihren Widerstandswillen herabzusetzen oder sie durch gezielte Angriffe zu schwächen. Der Krieg wurde zum „Totalen Krieg".



*Max Klinger: Zeit und Ruhm*

Andererseits versuchte die internationale Staatengemeinschaft, diese Entwicklungen zu mildern. Das vorhandene Instrumentarium für die Beachtung bestimmter Rechtsvorstellungen im Kriege wurde erweitert. Damit nicht genug: Als Folge der beiden Weltkriege ging die Staatengemeinschaft dazu über, das Recht der souveränen Staaten, Krieg zu führen, zu begrenzen, es zunächst an gewisse Voraussetzungen zu binden und im Laufe der Zeit der Kontrolle überstaatlicher Organisationen, etwa der Vereinten Nationen, zu unterwerfen. Creveld nennt diesen Prozeß die „Delegitimierung des zwischenstaatlichen Krieges", die den Staat eines seiner wesentlichen Merkmale, des Monopols auf Gewaltanwendung, beraubte.

Die Delegitimierung des Staates wird durch verschiedene andere Faktoren noch verstärkt: Seit etwa einem Jahrzehnt betrachtet es die „internationale Gemeinschaft" als gerechtfertigt, beim Eintreten bestimmter Entwicklungen mit militärischen Mitteln in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzugreifen, geht dabei aber sehr selektiv und willkürlich vor. Meistens sind Staaten der Dritten Welt Ziel solcher Operationen. Viele dieser „Staaten" waren nie in der Lage,

eine angemessene zentrale Gewalt aufzubauen. Sie sind durch einen Zerfall von unten bedroht, da miteinander rivalisierende Gruppenversuchen, ihre Machtansprüche gewaltsam durchzusetzen. In anderen Staaten fehlt ein Staatsbewußtsein oder eine innere Verpflichtung zum Staat vor allem bei den führenden Schichten. Ausbeutung des Staates, Korruption und Willkür bewirken einen Zerfall von oben.

Zutreffend stellt Martin van Creveld fest, daß bereits die Kriege zur Entkolonialisierung in der Form von *low intensity conflicts* geführt wurden. Die Kriege zur Beseitigung des Kolonialismus waren von Seiten der aufständischen Bevölkerung her „Kriege des armen Mannes", in denen die Kampfkraft von der Waffenwirkung her überlegener, hoch technisierter Kolonialarmeen durch entsprechende Kampfweisen und die Verwendung primitiver, aber effektiver, noch dazu finanziell erschwinglicher Waffen unterlaufen wurde. Bereits diese Kriege waren durch eine „Asymmetrie der Kräfte" gekennzeichnet. Häufig wurde der Krieg übrigens nicht auf dem Schlachtfeld, sondern durch die „Weltmeinung" oder die Stimmung in den Mutterländern entschieden.

Martin van Creveld: *Aufstieg und Untergang des Staates,* München 1999

Creveld lokalisiert auch die neuen bewaffneten Auseinandersetzungen vorwiegend in den Staaten der Dritten Welt. Sie werden durch Banden, paramilitärische Organisationen, Söldner unter der Führung von warlords, durch ethnisch oder religiös ausgerichtete Gruppen geführt. Beweggründe für diese Gewaltaktionen sind häufig Profitgier, Kontrolle des Drogenhandels, Beherrschung und Ausbeutung von Rohstoffvorkommen, ethnische oder religiöse Abrechnungen, aber auch Abenteuerlust und Gewaltfaszination. Die Übergänge zu gewöhnlichem Verbrechen, organisierter Kriminalität und Terrorismus sind fließend.

Nach Creveld fallen Konflikte wie der Russisch-Tschetschenische Krieg, aber auch Untergrundaktionen wie die der ETA oder der IRA und ihre Bekämpfung unter die Kategorie der *low intensity conflicts*. Zu den wichtigsten Kennzeichen dieser neuen Form bewaffneter innerstaatlicher oder staatenübergreifender Auseinandersetzungen gehören: Eine Unterscheidung zwischen Soldaten und Zivilisten, Kämpfern und Nichtkämpfern gibt es nicht. Sehr oft sind gerade bestimmte Bevölkerungsgruppen das Ziel der Aktionen. Der Konflikt verläuft ohne feste Fronten, es geht nicht um den Besitz oder die Beherrschung eines Territoriums. Weil sie oft „grenzüberschreitend" ausgetragen werden, haben sie einen weiteren Bedeutungsverlust des Staates zur Folge, seine Abwehrmöglichkeiten sind begrenzt. Herkömmliche Rechtsvorstellungen werden mißachtet. Beim Einsatz von Militär stehen sich sehr selten auf beiden Seiten reguläre Streitkräfte gegenüber. Die Waffen, die in *low intensity conflicts* verwendet werden, sind billig und leicht zu beschaffen.

Wir haben einleitend darauf hingewiesen, daß die Theorien Crevelds durch die neueren politischen Entwicklungen bestätigt werden. Aber welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Was an die Stelle des Staates treten könnte, dessen ist Creveld sich nicht ganz sicher. Er spricht von „Organisationen", die je nach ihrer Zweckorientierung von internationalen Wirtschaftskonzernen und Syndikaten zum Betrieb technischer Systeme über internationale Bündnisorganisationen bis zu „Dienstleistungsbetrieben" reichen können, die einschließlich militärischer Gewalt und Kräften für die innere Sicherheit wirklich alle „Leistungen" zur Verfügung stellen. Er hofft allerdings, daß sich die gefestigten, auf eine Jahrhunderte lange Tradition abgestützten Staaten West- und Mitteleuropas am längsten werden halten können. Über die Zukunft des Krieges schreibt er: „Während sich der zwischenstaatliche Krieg auf der einen Seite der historischen Drehtür verabschiedet, kommt auf der anderen Seite der *low intensity conflict* zwischen unterschiedlichen Typen von Organisationen herein."

Wird es keine Staaten mehr geben, dann bricht auch die Behauptung von Clausewitz zusammen (wenn sie denn je in dieser absoluten Form gestimmt hat), daß der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Durch die Auflösung der Staaten wird der Krieg allerdings nicht verschwinden. Viel spricht dafür, daß er zahlreiche jener Merkmale aufweisen wird, die ihn vor dem Aufkommen der absoluten Staaten gekennzeichnet haben, vermischt mit modernen Elementen. Welcher Handlungsbedarf dann gegeben ist, soll abschließend mit einer anderen Kernaussage Crevelds deutlich gemacht werden: „Ich stelle die Grundthese auf, daß die mächtigsten modernen Streitkräfte schon jetzt für einen modernen Krieg weitgehend bedeutungslos sind – in Wirklichkeit ist ihre Bedeutung sogar umgekehrt proportional zu ihrer Modernität."

Bibliographie
Martin van Creveld

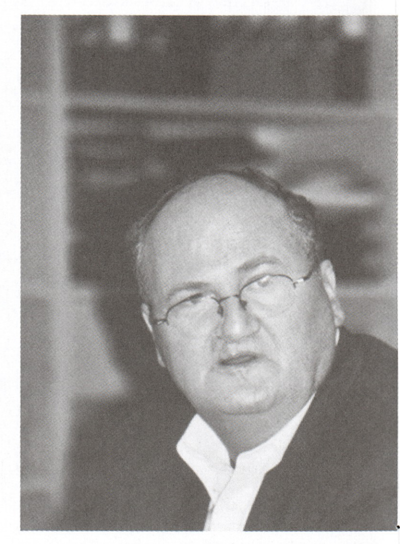

1. *Hitler's Strategy 1940-41. The Balkan Clue*, London 1973.
2. *Supplying War. Logistics from Wallenstein to Patton*, London 1978.
3. *Fighting Power. German and U.S. Army Performance*, Westport (USA) 1982 (Deutsche Übersetzung: *Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939-1945*, Freiburg/Breisgau 1989).
4. *Command in War*, Cambridge (USA) 1985.
5. *Technology and War, from 2.000 B.C. to the Present*, New York 1988.
6. *The Training of Officers: from Professionalism to Irrelevance*, New York 1989.
7. *The Transformation of War*, New York 1991 (Deutsche Übersetzung: *Die Zukunft des Krieges*, München 1998)
8. *Nuclear Proliferation and the Future of Conflict*, New York 1993.
9. *Air Power and Maneuver Warfare*, Maxwell AFB (USA) 1994.
10. (Als Hrsg.) *The Encyclopedia of Revolution and Revolutionaries; from Anarchism to Zhou Enlai*, New York 1996.
11. *The Sword and the Olive: a Critical History of the Israeli Defense Force*, New York 1998.
12. *The Rise and Fall of the State*, Cambridge (USA) 1999 (Deutsche Übersetzung: *Aufstieg und Untergang des Staates*, München 1999).
13. *The Art of War. War and Military Thought*, London 2000.
14. *Men, Women and War*, Cassell 2001 (Deutsche Übersetzung: *Frauen und Krieg*, München 2001).
15. *Das bevorzugte Geschlecht*, München 2003.

# Interview: Martin van Creveld

geführt von Moritz Schwarz

**Sezession:** Herr Professor van Creveld, am Persischen Golf droht derzeit ein neuer Krieg auszubrechen. Die Deutung reichen vom „Krieg ums Öl" bis zum „Kampf der Kulturen". Wie deuten Sie diesen Konflikt?

**Creveld:** Um die Wahrheit zu sagen: Ich weiß es nicht. Der Irak ist militärisch sehr schwach, er verfügt nur noch etwa über ein Drittel der militärischen Macht, die er noch vor zehn Jahren besessen hat, als ihn die USA in nur hundert Stunden Landkrieg geschlagen haben. Somit ist der Irak im Moment militärisch keine Bedrohung. Vergleichen Sie den bevorstehenden Krieg nur einmal mit dem Krieg von 1991: Die USA setzen heute weniger als halb so viel Flugzeuge und weniger als die Hälfte der Heeresstärke von damals an. Zwar dürfte Bagdad noch chemische und biologische Waffen versteckt halten, aber man verfügt nicht einmal mehr über ein Kernwaffenprogramm. Nach zehn Jahren Sanktionen, nach beinah täglichen Bombardements irakischer Militäranlagen ist jede Schlagkraft verlorengegangen. Und so entstehen die kühnsten Theorien: Mal muß der Familienstolz der Familie Bush als Erklärung herhalten, mal die Gier nach Öl, mal der christliche Fundamentalismus. Und natürlich fehlt auch nicht die Behauptung, Israel verleite die USA dazu, diesen Krieg zu führen. Weil niemand etwas weiß, scheint alles möglich.



**Sezession:** Kommt nach Ihrer Einschätzung dem Konflikt historische Bedeutung zu oder handelt es sich nur um einen taktischen Krieg zur Erlangung eines Vorteils für die USA?

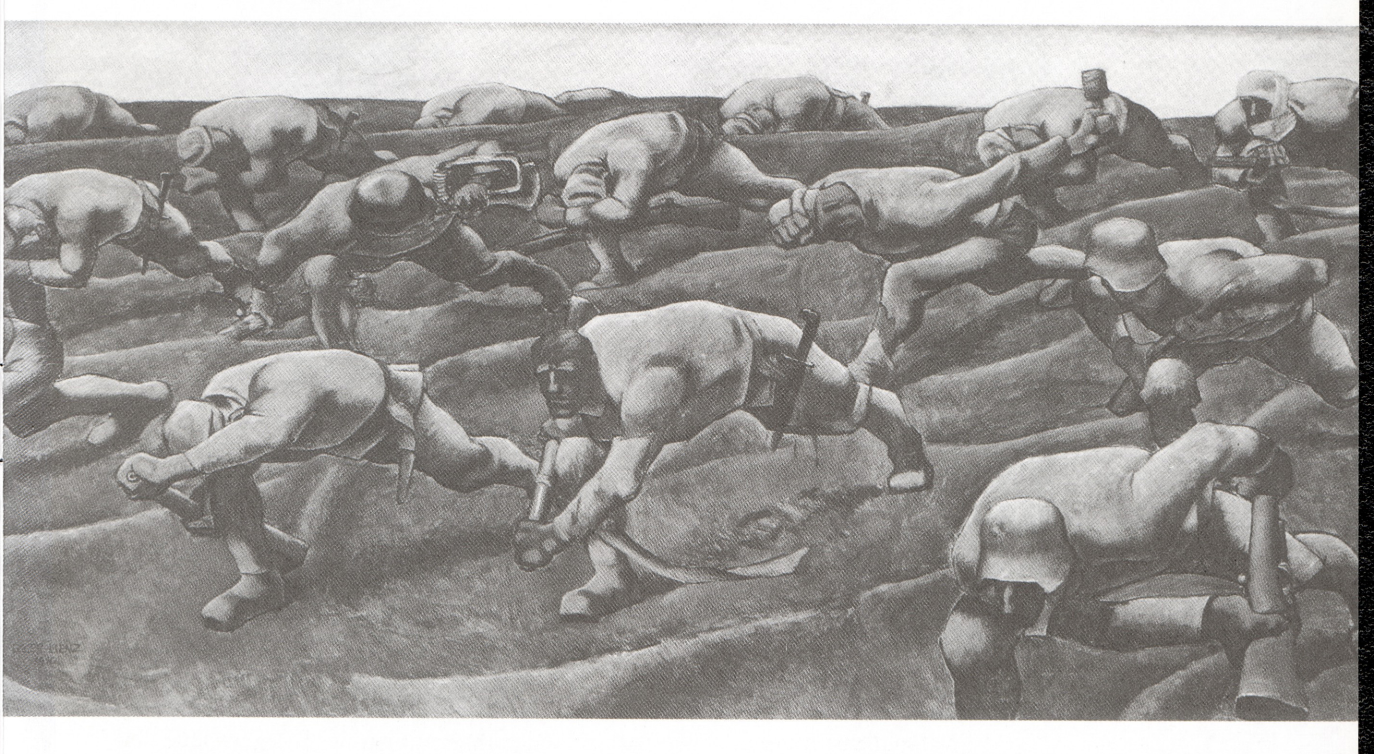
**Creveld:** Ich bezweifle die epochemachende Bedeutung, die diesem Krieg von einigen Interpreten zugesprochen wird. Eine Supermacht „bestraft" einen winzigen Übeltäter vorauseilend, damit er in Zukunft nicht erneut „straffällig" wird. Im Grunde handelt sich um eine Art „Polizeiaktion".

**Sezession:** Also nur die Vollendung des 1991 geführten Krieges?

**Creveld:** Ich weiß es nicht, ich gehöre zu den Millionen von Menschen auf der Welt, die nicht verstehen, was die Amerikaner überhaupt wollen, und ich möchte mich unprofessioneller Spekulationen enthalten. Ich befürchte nur, die USA werden den Krieg zwar gewinnen, aber den Frieden verlieren. Denn was passiert nach dem Sieg? Ich bin kein Irak-Experte, aber wie wollen die Amerikaner mit einem möglicherweise gar kollabierenden Irak fertig werden?

**Sezession:** Außer dem Angriff auf den Irak drohen noch weitere Kriege. Auf der Feindstaaten-Liste der Amerikaner stehen angeblich 60 Staaten. Sie haben dagegen schon 1991 in Ihrem Buch *Die Zukunft des Krieges* das Ende des Krieges prophezeit.
**Creveld:** Nicht des Krieges an sich, nur der großen Kriege zwischen Staaten.
**Sezession:** Sie nennen das den „trinitarischen Krieg", also die Form von Kriegsführung, die auf der Dreiteilung in Staat, Armee und Zivilbevölkerung beruht. Augenscheinlich handelt es sich beim Feldzug gegen den Irak noch um einen solchen Krieg althergebrachten Typs.
**Creveld:** Sie haben natürlich Recht, daß dieser Krieg nach seiner Struktur noch trinitarisch ist, daß heißt, er wird zwischen Staaten mit regulären Streitkräften mehr oder weniger nach dem Kriegsrecht geführt werden. Was ich dagegen 1991 in *Die Zukunft des Krieges* prognostiziert habe, ist nicht das Ende des Krieges, sondern dessen Verwandlung.
**Sezession:** Sie beschreiben die Ablösung des trinitarischen Krieges durch den *low intensity conflict*, der zwar weniger waffenmächtig, dafür aber unkontrollierbarer ist und keine Regeln mehr kennt. Der *low intensity conflict* erscheint wie ein Rückfall in die Zeit vor der Entwicklung der taktischen und moralischen Kriegsregeln. Sie fassen darunter zum Beispiel Guerillakrieg, Terrorismus, Aufstände à la Intifada etc. zusammen. All dies kennen wir schon seit Jahrzehnten und länger. Haben Sie nicht lediglich einen neuen Oberbegriff für diese Phänomene gefunden?
**Creveld:** Nein, entscheidend für die Charakterisierung des *low intensity conflict* sind aus analytischer Sicht weniger dessen Kampfmittel, Angriff aus dem Hinterhalt, Bomben legen etc., sondern das Verschwinden der trinitarische Dreiteilung des Krieges. Das hat weitreichende Auswirkungen und kann mit dem bisherigen Auftreten von Partisanenkampf oder Terrorismus nicht gleichgesetzt werden. Es geht darum, daß in Zukunft die Staaten nicht mehr Träger, die regulären Streitkräfte nicht mehr Mittel, und die Zivilbevölkerung laut Kriegsrecht unantastbar nicht mehr vom Gefecht ausgenommen sein werden. Statt dessen wird alles durcheinandergewirbelt werden. Führen werden den Krieg alle Arten von nichtstaatlichen Organisationen. Kämpfen werden ihn Einzelpersonen, Terrorgruppen, Guerilla-Truppen und Kommando-Einheiten. Und Zielscheibe werden in erster Linie nicht mehr gegnerische Kämpfer, sondern die Zivilbevölkerung sein. Ein solcher Konflikt neuen Typs war zum Beispiel der 11. September, aber auch der Krieg danach in Afghanistan. So haben die USA dort zum Beispiel nicht gegen den afghanischen Staat, sondern gegen die Gruppe der Taliban gekämpft.
**Sezession:** Dennoch, Sie sprachen selbst von einer „Polizeiaktion". Entspringt das Übergehen des Begriffes „Krieg" auf diese Art von Konflikt nicht der Selbsttäuschung des Westens, der in Ermangelung echter Kriege beginnt, vom „Krieg gegen die Armut", vom „Krieg gegen die Drogen" und nun auch vom „Krieg gegen den Terrorismus" zu sprechen?
**Creveld:** Ja, und ich beschreibe diesen Wandel. Dabei gehen natürlich der Untergang des trinitarischen Krieges und das Aufkommen des *low intensity conflict* Hand in Hand. Angesichts der Vernetzung, die Attacken von bisher unvorstellbarem Ausmaß planbar macht, und neuer Waffen, die Anschläge von enormer Wirkung ermöglichen, sowie der globalen Flexibilität von Gruppen wie al-Qaida, die eine nach klassischen militärischen Gesichtspunkten gefährliche Ortlosigkeit ermöglichen, gewinnt die Bedrohung durch solche Konflikte eine neue Dimension. Die Frage ist, mit welcher Art Konflikt müssen wir rechnen, für welche Art Krieg müssen wir in Zukunft rüsten? Es wird eine moderne Form des natürlich bekannten Terrorismus und Guerillakrieges sein. Diesen Vorgang erfasse ich mit dem Begriff „Transformation des Krieges", wie die direkte Übersetzung meines Buchtitels eigentlich lautet. Sie können die Dinge analysieren und dabei unzulänglich bleiben oder darauf verzichten und sich dann eines Tages umschauen und die Augen reiben.
**Sezession:** Wird der althergebrachte trinitarische Krieg tatsächlich verschwinden oder wird er als seltenes aber durchaus noch mögliches Szenario weiterhin ein Faktor bleiben?
**Creveld:** Schon der Irak-Krieg ist ja nur noch mit Mühe und Not ein trinitarischer Krieg, denn wie Sie wissen, wird als entscheidende Auseinandersetzung ein Häuserkampf in Bagdad angenommen. Eine Form des Kampfes, bei der es sich bereits um einen Übergang zum *low intensity conflict* handelt. Die rüstungstechnischen Dinosaurier, die die Armeen des Kalten Krieges darstellen, denken Sie zum Beispiel an das nach wie vor gewaltige Panzerheer der Bundeswehr, werden zugunsten kleinerer, flexiblerer und spezialisierter Truppen verschwinden.

**Sezession:** Aber bleibt der trinitarische Krieg nicht zwangsläufig erhalten, weil auch die Dreiteilung von Staat, Armee und Volk der westlichen Staaten erhalten bleiben wird?
**Creveld:** Natürlich werden die westlichen Staaten weiterhin noch ein gewisses Maß an Trinität wahren. Aber denken Sie zum Beispiel an Israel, wo parallel zur trinitarischen Institution der Armee Siedlermilizen und sogar israelische Terroristen in Erscheinung treten, die nicht-trinitarisch die Palästinenser bekämpfen. Oder denken Sie an Nordirland, wo ebenfalls neben der königlichen Armee protestantische Kampfbünde die IRA bekämpfen und Katholiken terrorisieren.
**Sezession:** Die USA werden ihre konventionellen Waffen dennoch nicht verschrotten, das heißt weiterhin ein trinitarisches Instrument unterhalten.
**Creveld:** Ja, aber sie werden die Streitkräfte mit FBI und CIA vernetzen, und es werden neue Truppenteile entstehen. Denken Sie an das nach dem 11. September geschaffene *Home-Command*. Das sind erste Anzeichen einer fundamentalen Veränderung.
**Sezession:** Langfristig prophezeien Sie allerdings mit dem Ende des trinitarischen Krieges das zwangsläufige Ende des Staates.
**Creveld:** Der Staat war ursprünglich eine Maschine, um Krieg zu führen. Tut er das nicht mehr, verfällt er. Was bietet der Staat seinem Bürger: Schutz! Natürlich auch sozialen Schutz, aber in Europa vergißt man auf Grund der komfortablen geopolitischen Lage gerne, daß es ursprünglich um militärischen Schutz ging. Wenn der Staat das nicht mehr leisten kann, werden sich die Bürger anderswo Schutz suchen, die Loyalität des Staatsbürgers schwindet, der Staat verfällt.
**Sezession:** Wie ist das zu verhindern?
**Creveld:** Nach meiner Meinung gar nicht. Ich bin Determinist und glaube schlicht an die Macht historischer Prozesse.
**Sezession:** Einerseits ist die Atombombe in ihrer Wirkung zu grobschlächtig für den *low intensity conflict*, andererseits erhält sie durch die Proliferation neue Bedeutung. Welche Rolle wird sie in Zukunft spielen?
**Creveld:** Auf Grund des atomaren Wettrüstens zwischen Nato und Warschauer Pakt verstehen wir Atomwaffen als Waffen des trinitarischen Krieges. Tatsächlich aber sind sie Waffen der kommenden Kriege. Die trinitarische Struktur hat verhindert, daß Atomwaffen wegen des Prinzips der Abschreckung eingesetzt werden konnten. Im flexiblen Krieg der Zukunft aber ist ihr Einsatz plötzlich denkbar. Ich bin überzeugt, daß diese Waffen in Zukunft wieder eine Schlüsselstellung einnehmen werden. Denn egal wie klein und arm ein Land oder eine Terrororganisation ist, über kurz oder lang wird man sich Kernwaffen besorgen können.
**Sezession:** Sie haben den Krieg als Zustand beschrieben, in dem man sowohl dazu bereit ist zu töten, wie auch zu sterben. Bereits im Golfkrieg 1991 tötete allerdings nur noch die eine Seite, während es den Soldaten der anderen Seite vorbehalten war, zu sterben.
**Creveld:** Ja, allerdings verwandelt sich dieser Vorteil des Westens in einen Nachteil, denn die damit einhergehende forcierte Todesbereitschaft einiger Kämpfer der Gegenseite ermöglicht es überhaupt erst, Attacken wie die vom 11. September erfolgreich durchzuführen. Andererseits macht gerade unsere mangelnde Bereitschaft, für die eigene Gemeinschaft zu sterben, unserer Gesellschaft, trotz ihrer militärischen Überlegenheit, besonders leicht verwundbar.
**Sezession:** Wenn man im Westen nicht mehr bereit ist zu sterben, haben wir dann noch das Recht zu behaupten, wir führten Krieg?
**Creveld:** Eigentlich nicht, und auch in dieser Hinsicht sind unsere militärischen Operationen inzwischen nur noch Polizeiaktionen.
**Sezession:** Besteht nicht die Gefahr, daß schon die Todesbereitschaft der anderen Seite langfristig zu einer Traumatisierung unserer Gesellschaft führt?
**Creveld:** Durchaus, denn der Angriff eines Selbstmordattentäters stellt für uns natürlich auch einen Angriff der Irrationalität auf unsere Rationalität dar.
**Sezession:** In welchem Zusammenhang stehen Todesbereitschaft und Wehrwille?
**Creveld:** In entscheidendem Zusammenhang, aber ganz generell können Sie mit einem Blick auf unsere westlichen Gesellschaften feststellen, daß sie im Gegensatz zur ihren Herausforderern ihren Willen bereits verloren hat.
**Sezession:** Sie ersetzt ihn durch Technik, aber ist der Wehrwille so zu ersetzen?
**Creveld:** Ich glaube nicht.
**Sezession:** Das heißt wir werden unterliegen?
**Creveld:** Das Prinzip des Krieges der Zukunft ist es gerade, die technische Überlegenheit der entwickelten Länder zu unterlaufen. Man liest heute oft, wir brauchen keine Krieger mehr, sondern Techniker, Leute die nicht mehr kämpfen, sondern nur noch Waffen lenken. Aber schauen Sie doch genau hin: Selten waren mehr Soldaten im Einsatz als heute. Die USA lassen eine Viertelmillion Mann am Golf aufmarschieren, und nach dem 11. September mobilisierte man sogar die



Albin Egger Lienz: *„Den Namenlosen 1914“ (1916)*

Reservisten. In Israel kommen auf einen palästinensischen Terroristen fünfzig israelische Soldaten und es hilft doch nichts!
**Sezession:** Dennoch erscheint der *low intensity*-Herausforderer machtlos gegenüber dem Militärapparat des Westens. Oder ist sein Sieg doch denkbar?
**Creveld:** „Sieg“ wird in Zukunft anders definiert sein. Man wird darunter nicht mehr „erobern und besetzen“ verstehen, wie zu Zeiten des trinitarischen Krieges, sondern, den Gegner aus dem Gleichgewicht zu bringen und deshalb antworte ich mit Ja.
**Sezession:** Deutschland hat im 20. Jahrhundert zweimal versucht, Weltmacht zu werden, danach sah es für vierzig Jahre so aus, als ob das Thema Krieg hierzulande – abgesehen von einem eventuellen Dritten Weltkrieg – erledigt sei. Seit der US-Intervention in Somalia aber hat sich ein, wenn auch höchst bescheidenes so doch weltweites, deutsches Militärengagement entwickelt. Halten Sie es für möglich, daß die Generalität der Bundeswehr an der Seite der USA eine neue Lust am Krieg entwickelt?
**Creveld:** Ach wissen Sie, die friedenserhaltenden Einsätze der Bundeswehr haben mit Krieg nichts zu tun. Wenn die ersten fünf deutschen Soldaten in den Straßen von Kabul gefallen sind, wette ich, daß Deutschland seine Soldaten so schnell wie möglich nach Hause holt. In Deutschland ist „Militarismus“ eines des schlimmsten Schimpfwörter überhaupt, nach meiner Erfahrung sind die Deutschen in erstaunlichem Maße Pazifisten geworden. Die Bundeswehr ist als Armee gegen den Kommunismus gegründet worden, hat aber nach der Wiedervereinigung ihre neue Rolle als Nationalarmee in einem Nationalstaat nicht gefunden.
**Sezession:** Wird sich das langfristig als Verhängnis für die Truppe erweisen?
**Creveld:** In der Tat ist der Zustand der Bundeswehr erschreckend, es handelt sich lediglich um eine bürokratische Maschine ohne Zweck und ohne Geist. Ich bin fast regelmäßig bei der Bundeswehr zu Besuch und habe den Eindruck, keiner weiß, wozu diese Armee überhaupt da ist.
**Sezession:** Und so flüchtet sie in die Uno?
**Creveld:** Ja, aber bei der Bundeswehr kommt noch ein besonderes Problem hinzu, das sie in eine verzweifelte Lage bringt: Sie darf keine Tradition haben. Ohne Tradition aber kann keine Armee funktionieren. Es bleiben also nur die Bürokratie, die Casinos und die Limousinen der Generäle.
**Sezession:** Sprich, der Bundeswehr ist es verboten, eine deutsche Armee zu sein?
**Creveld:** Ich habe zum Beispiel die Clausewitz-Kaserne in Hamburg besucht. Aus Angst vor der jüngeren deutschen Vergangenheit findet sich dort kein militärische Identität stiftendes Sujet in Form eines Bildes, das historisch später als 1813 zu datieren ist. Fragen wie die, ob man ein Bild von Feldmarschall Rommel aufhängen darf, oder gar eines, das zum Beispiel einen Stuka darstellt, der natürlich auch ein Hakenkreuz am Leitwerk trägt, traut man sich nicht zu stellen. Ich kann nicht verhehlen, daß mir als Jude diese Skrupel ganz lieb sind, aber für Ihre Armee ist das eine schwere, um nicht zu sagen untragbare Bürde.

**Sezession:** Nehmen nach Ihrem Eindruck die Soldaten der Bundeswehr das Problem überhaupt wahr?
**Creveld:** Ich weiß es nicht, doch tatsächlich hat mich kein Soldat bei einem Besuch jemals darauf angesprochen. Stets bin ich es, der das Thema zur Sprache bringt. Aber seien wir fair, dieses Problem betrifft nicht nur die Bundeswehr, es betrifft ganz Deutschland.
**Sezession:** ... das daran leidet, nicht deutsch sein zu dürfen?
**Creveld:** Die Zeit des Nationalsozialismus ist ein Kreuz, an dem Deutschland schwer trägt und noch lange tragen wird. Als Jude habe ich natürlich meine Zweifel daran, ob man Ihnen diese Bürde abnehmen sollte, wenn das überhaupt ginge, aber ich kann feststellen, daß mir die Deutschen für diese Last, die sie mit sich herumschleppen, leid tun. Vor allem angesichts dessen, daß das Problem mit den Jahrzehnten für die Deutschen offensichtlich nicht leichter, sondern schwerer wird. Ich vermute übrigens, daß dies sogar mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen.
**Sezession:** Es droht also das Verschwinden Deutschlands aus der Geschichte „dank" der „Vergangenheitsbewältigung"?
**Creveld:** De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden. Ich kann das verstehen, ich kann aber auch die gegenteilige Reaktion der Nationaldeutschen verstehen, die sagen, wir sind doch ein Volk wie jedes andere auch und möchten unser Deutschland erhalten. Nur stehen dafür, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht.
**Sezession:** Im Krieg gegen die Vorherrschaft eines feindlichen Stammes hat sich der Begriff der Freiheit entwickelt. Das Privileg, frei zu sein und die Pflicht zum Waffendienst hingen dabei oft voneinander ab, somit hat der Krieg auch den innergesellschaftlichen Freiheitsbegriff entscheiden mitgeprägt. In welchem Verhältnis stehen Freiheit und Krieg heute?
**Creveld:** Es ist zu beachten, daß die Freiheit, die Sie eben beschrieben haben, zu unterscheiden ist von der bürgerlichen Freiheit des Liberalismus, wie sie sich seit der Französischen Revolution entwickelt hat.
**Sezession:** Die Freiheit, die Sie eben beschrieben haben, ist zum Beispiel die Freiheit der Selbstmordattentäter, diese fürchten nichts und sind darum frei. Für die bürgerliche Freiheit ist der Krieg verhängnisvoll, denn zu Kriegszeiten herrscht meist eine Notstandsgesetzgebung, die diese Freiheiten einschränkt. Für die Freiheit der freien Männer, im Sinne von Kämpfern, ist der Krieg natürlich sehr förderlich. Degeneriert unser bürgerlicher Freiheitsbegriff nicht, wenn durch das Ende wirklicher Kriege die Erinnerung an diese ursprüngliche Quelle der Freiheit verloren geht?
**Creveld:** Das ist leider bereits passiert. So hat der moderne Staat, der nicht mehr in der Lage war, nach außen zu wachsen, sich nach innen gewandt und Hand an die Freiheit seiner Bürger gelegt.
**Sezession:** Gehen Sie von einer anthropologischen Disposition des Menschen zum Krieg aus?
**Creveld:** Ich gehe von einer Disposition des Menschen zur Freiheit aus: Der Mensch will sich entfalten, erproben und entwickeln. Wenn ich Menschen sage, dann meine ich allerdings vornehmlich Männer. Denn der wesentliche Unterschied zwischen Frauen und Männern ist wohl, daß Frauen ab einem bestimmten Alter aufhören zu spielen. Wahrscheinlich, weil sie sich auf das beste aller Spielzeuge, ein Kind, vorbereiten. Männern aber bleibt die Lust am Spiel, das Sich-erproben-Wollen erhalten und damit auch der Krieg.
**Sezession:** Also führt der Mann Krieg, weil er keine Kinder bekommt?
**Creveld:** Friedrich Nietzsche hat den Mann das „unfruchtbare Tier" genannt also spielen wir eben.
**Sezession:** Eine Verhaltensweise, die vom feministisch geprägten Zeitgeist verachtet und bekämpft wird.
**Creveld:** Ja, aber die Konsequenz der Lust am Spiel ist die Kultur, die wir hervorgebracht haben und die zum überwiegenden Teil von Männern gestiftet worden ist, zu ihr gehört eben auch der Krieg.
**Sezession:** Krieg ist also ein Kulturgut?
**Creveld:** Er ist das perfekte Abenteuer, die höchste Form der Selbsterprobung und Selbstentdeckung und deshalb auch die höchste Form der Freiheit. Deshalb bin ich sehr skeptisch, ob es je gelingen wird, den Krieg abzuschaffen. Er ist zu intim mit dem Wesen des Mannes verbunden.
**Sezession:** Sie verbinden mit dem Krieg also nicht Tod, sondern Lebendigkeit?
**Creveld:** Nun, so sehr diese Tatsache zu bedauern ist, so befürchte ich doch, daß eine Abschaffung des Krieges nur um den Preis einer Abschaffung genau jener Eigenschaften möglich ist, die uns erst zum Menschen machen. Ich meine die Kreativität und die Bereitschaft zum Risiko, das Verlangen, zu neuen Ufern aufzubre-

chen und sich der Ungewißheit zu stellen als ein Weg der Selbstüberwindung und Selbsterprobung. Insofern der Krieg diese Qualitäten zum Ausdruck bringt, handelt es sich bei ihm um eine verschärfte Form ziviler Unternehmungen, wie der Bewährung bei der Gründung einer neuen Firma, dem Gewinnen eines Fußball-*Matches*, dem Betreiben wissenschaftlicher Forschung oder dem Verfassen eines Buches. Immer stecken darin dieselben menschlichen Eigenschaften.
**Sezession:** Die Abschaffung des Krieges wäre demnach reaktionär, weil sie dem Menschen Inspiration und Kreativität nimmt?
**Creveld:** Reaktionär möchte ich es nicht nennen. Den Krieg zu überwinden bleibt ein menschlicher Traum, und im Gegensatz zu Moltke sage ich, sogar ein schöner Traum. Aber ich erkenne, er gehört nun einmal zu unserem Wesen und kann deshalb nicht herausgeschnitten werden.
**Sezession:** Wenn es den Krieg nicht mehr gibt, verschwindet dann nicht auch der Mann?
**Creveld:** In der Tat hat Männlichkeit ganz entschieden mit Verteidigungsbereitschaft zu tun. Außerdem vermute ich als einen Grund für den Krieg, daß der Unterschied zwischen Männern und Frauen bestehen bleibt, damit die Geschlechter die Attraktivität füreinander behalten.
**Sezession:** Sie haben dem Westen vorhin abgesprochen, noch Kriege im eigentlichen Sinne zu führen. Wie kompensieren wir den Verlust des Krieges?
**Creveld:** Gar nicht und der Beweis ist, daß wir keine Kinder mehr bekommen.
**Sezession:** Das Ende des Krieges bedeutet das Ende des Kinderkriegens?
**Creveld:** Schauen sie doch nur nach Europa, vor allem nach Deutschland, die Menschen dort scheinen ihren Lebenswillen verloren zu haben, sie sind weder bereit zu kämpfen, noch Kinder zu bekommen.
**Sezession:** Sie sehen schwarz für Europa?
**Creveld:** Es kommt darauf an, was sie darunter verstehen. Es wird in Zukunft keine Europäer mehr geben, falls Sie das meinen.
**Sezession:** Es ereilt uns das Schicksal der Dekadenz?
**Creveld:** Ich würde es lieber „sexuellen Selbstmord" nennen.
**Sezession:** Der Staat zerfällt, die Kinder verschwinden. Was ist mit den Völkern, die sich den Staat geschaffen haben, um ihr Volkstum zu behaupten?
**Creveld:** Wahrscheinlich wird unser Begriff von Nationalität in absehbarer Zeit verlorengehen. Der Staat hat den Nationalismus an sein „kaltes Herz" gedrückt und damit eine ethische Bedeutung erlangt, die er ursprünglich nicht hatte. Nun sind beide auf Gedeih und Verderb aneinander gebunden. Doch wir treten in eine neue Epoche ein und so sollten wir den Untergang des Staates nicht als Verlust, sondern ein historische Tatsache betrachten.
**Sezession:** Der Untergang des Staates wird die Bürgerkriege, zu deren Beendigung er geschaffen worden ist, in Gestalt von *low intensity conflicts* wieder aufflammen lassen.
**Creveld:** So ist es.
**Sezession:** Dann ist der Untergang des Staates also doch eine Gefahr und damit ein Verlust?
**Creveld:** Wir werden neue Sicherheiten suchen müssen in kleineren Einheiten unterhalb der staatlichen Ebene.
**Sezession:** Ein neues Mittelalter dämmert herauf. Wird es von Reichsfrieden oder von Reichsfehden geprägt sein?
**Creveld:** Der Reichsfriede hat nie wirklich funktioniert und so wird es auch in Zukunft sein. In der Tat lohnt ein Vergleich des kommenden Europa mit dem Deutschland des Mittelalters. Auf jeden Fall wird es interessant werden.
**Sezession:** Das beunruhigt Sie nicht? In *Die Zukunft des Krieges* warnen Sie davor, daß sich organisierte Kriminalität in unserer zunehmend multikulturellen Gesellschaft mit kulturellen Konflikten verbinden und zu *low intensity conflicts* auswachsen werden.
**Creveld:** Ja und das passiert auch schon. Ich bin allerdings Historiker und also mit Analyse beschäftigt. Erwarten Sie von mir keine Problemlösung. Es bleibt nur, sich an Mao Tse-tung zu halten, der einmal nach der Zukunft befragt, geantwortet hat: „Die Sonne wird immer scheinen, die Bäume immer wachsen, und Frauen werden immer Kinder haben." Nun ja, außer in Europa.

# Krieg – nur eine Erfindung?

von Karlheinz Weißmann

Im Frühjahr 1991 erlebte das wiedervereinigte Deutschland mit dem Golfkrieg seine erste außenpolitische Belastungsprobe. Unter dem Druck der Öffentlichkeit konnten die Parteien der bürgerlichen Koalition nur eine militärische Minimalbeteiligung durchsetzen. Die Debatte im Westen beherrschte eine Linke, die Chancen sah, nach dem Vollzug der Einheit und der Niederlage bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen Meinungsmacht zurückzugewinnen. In den neuen Bundesländern spielte eine wichtige Rolle, daß jene moralischen Instanzen, die zur „Wende" beigetragen hatten – von den Kirchen bis zu allen möglichen Gruppen der DDR-Opposition -, auch Teil der Friedensbewegung gewesen waren und jetzt gegen den „Kriegskurs" protestierten.

Wenn die *Zeit* damals hoffte, Deutschland werde zur „Wiege eines neuen Pazifismus", so war doch unverkennbar, daß der neue Pazifismus doch kaum etwas anderes tat, als den alten – der Anti-Atomtodkampagnen und der Nachrüstungskrise – zu wiederholen: sehr oft dasselbe Personal, immer dieselben Argumente und dieselben Formen symbolischer Politik. Demonstrierende Schulklassen, blockierte Kasernen, Gewerkschafter, Grüne, Sozialdemokraten, progressive Christen und Kommunisten, die Aufrufe unterzeichneten, Intellektuelle, die den Konflikt zwischen dem Irak und den USA auf die Formel „Krieg für Öl" reduzierten und ganz irrationale Ausbrüche der *german angst*: kurz vor Ablauf des an Saddam Hussein gerichteten Ultimatums verabschiedete sich ein Fernsehjournalist von den Zuschauern mit den Worten „Wir sehen uns wieder nächste Woche – hoffentlich".

Beunruhigend war aber vor allem das Bild, das die Bundeswehr in diesem sehr beschränkten Ernstfall bot. Nicht genug, daß sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerungen im Januar 1991 gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht hatte, es gab auch Unteroffiziere und Offiziere, die überraschend bekannten, niemals mit der Beteiligung an einem militärischen Konflikt gerechnet zu haben, und in einem bei Bremervörde stationierten Flugabwehrraketengeschwader, das in die Osttürkei verlegt werden sollte, um NATO-Verbände vor irakischen Angriffen zu schützen, beriefen sich von 170 Soldaten 29 nachträglich auf ihr Gewissen.



Die Sorge des Auslands vor Deutschland als „neuer Supermacht", vor Nationalismus und Grenzrevision schlug um: in Verachtung für den jammernden

Riesen, dessen ungebrochenes moralisches Sendungsbewußtsein und den Mangel an Normalität. Der neue Ton irritierte sogar im einflußreichsten Meinungslager und führte zu Stellungnahmen wie der von Hans Magnus Enzensberger, der überraschenderweise zur Rechtfertigung des Krieges neigte: durch die Parallelisierung von Hitler und Saddam Hussein. Die anfangs sehr kleine Gruppe der linken Intelligenz, die Enzensberger folgte, hat im Verlauf der letzten Jahre zunehmend an Einfluß gewonnen, und bereits bei der Debatte über den Kosovokrieg 1999 zeigte sich ihr Gewicht. Aufschlußreich war die Argumentation von Jürgen Habermas, der den USA nicht nur „... die menschenrechtlich instrumentierte Rolle des hegemonialen Ordnungsgaranten“ zu Gute hielt, sondern auch darauf hoffte, daß die Konflikte mit jenen Staaten, die „neurotisch auf ihre Identität pochen“, nur ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zum „weltbürgerlichen Zustand“ sei. Selbst die Kehre der Grünen, die nach ihrem Regierungseintritt militärische Interventionen nicht mehr ablehnten, wird mit dieser Art von Umorientierung besser erklärt, als allein durch die Annahme von Korruption qua Machtbesitz. Joschka Fischer rechtfertigte den NATO-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien so, daß jenes Deutschland, das wegen seiner Vergangenheit eben noch an keiner oder wenigstens an keiner Operation auf dem Balkan teilnehmen sollte, nun unter Hinweis auf dieselbe Vergangenheit zur Teilnahme moralisch gezwungen, um ein neues „Auschwitz“ zu verhindern.

Die klassische Analyse für dieses Umschlagen der Argumentation hat Max Weber in seiner berühmten Rede über *Politik als Beruf* (1919) geliefert. Als Beispiel stand ihm der amerikanische Präsident Woodrow Wilson vor Augen, der nach seiner ursprünglichen Parteinahme für den Pazifismus den Kriegseintritt der USA nur legitimieren konnte mit der Verheißung, dies sei „der Krieg, der alle Kriege beende“ und der die Welt „sicher für die Demokratie“ machen werde, und als zweites Exempel dienten die deutschen Radikalsozialisten, die gestern noch die Verteidigung des Vaterlandes sabotierten und die Inhumanität des Krieges beschworen und heute Krieg und Bürgerkrieg rechtfertigten, aus denen eine neue Welt geboren werde. Weber glaubte, daß der innere Zusammenhang zwischen den so weit auseinander liegenden Positionen begründet sei in der Unfähigkeit, „ethische Irrationalität“ zu ertragen. Absoluter Pazifismus sei aber als politisches Konzept unbrauchbar und nur als religiöses Postulat vorzustellen. Tatsächlich gab und gibt es die Forderung nach völliger Gewaltlosigkeit in verschiedenen Glaubenslehren, vor allem im Christentum und im Buddhismus. Allerdings war




*Parade französischer Truppen nach ihrer Kapitulation,*
*die deutschen Sieger erweisen die Ehrenbezeugung, Lille, Juni 1940*

der Preis immer Entsagung, die keine Einwirkung auf die Welt erhofft, denn das Ziel war persönliche Erlösung oder gemeinsame Parusieerwartung, aber keinesfalls der Wunsch, die irdische Ordnung zu bessern.

Das unterscheidet den absoluten Pazifismus von allen anderen denkbaren Positionen, die das Verhältnis von Krieg und Frieden politisch zu bestimmen suchen, auch von dem der relativen Pazifisten. In deren Augen ist der Krieg grundsätzlich als Defekt zu betrachten, ganz gleichgültig, ob sie glauben, daß er in der Sündhaftigkeit des Menschen wurzele, wie das die Bibel tut, oder in der Leiblichkeit, wie Platon annahm, oder in der natürlichen Bösartigkeit des Menschen, wie Hobbes meinte. Fest steht der Krieg als Unglück und als Gefährdung der persönlichen wie der staatlichen Existenz. So kritisierte Aristoteles ausdrücklich die spartanische Erziehung wegen ihrer einseitigen Ausrichtung an militärischen Werten und betonte, daß der Krieg nur dem Schutz der Gemeinschaft dienen sollte und deren Gedeihen eher hinderlich sei. Alle Versuche, den Krieg zu „hegen" (Carl Schmitt), ihn bloß als *ultima ratio regis* gelten zu lassen, gehören in diesen Zusammenhang. Allerdings bleibt unentschieden, wie weit eine solche „Hegung" erfolgreich sein kann.

Unter den relativen Pazifisten haben die meisten immer angenommen, daß keine politische Organisation Kriege sicher verhindern könne. Das markiert ihre Nähe zu jeder gewöhnlich als „bellizistisch" apostrophierten Position. Was beide unterscheidet, ist die Annahme der Bellizisten, daß der Krieg nicht oder nicht nur ein Defekt ist. Die Spannweite der Begründungen reicht von Heraklits „Vater aller Dinge" bis zu der oft zitierten Äußerung des älteren Moltke, der ewige Friede sei „ein Traum und nicht einmal ein schöner". Man muß diese Formulierung zusammen nehmen mit einer Erläuterung, die Moltke hinzufügte, und in der er feststellte: „Der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden der Menschen, Mut, Entsagung, Pflichttreue, Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne Krieg würde die Welt im Materialismus verfallen." Der Krieg ist also ein schreckliches Stimulans, dessen die Menschen bedürfen, um ihre eigentlichen Qualitäten vor Dekadenz zu bewahren. Diese Auffassung dürfte in den militärischen Eliten der europäischen Staaten, aber auch in großen Teilen der Bevölkerung, bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts als normal gegolten haben. Noch im Golfkrieg ließ ein englischer Kommandeur seine Truppe vor Beginn der Bodenoffensive antreten und hielt eine pathetische Rede, die mit dem berühmten Gedicht *If* von Rudyard Kipling endete, das die kriegerischen Tugenden beschwört und dessen letzte Verse lauten: „Dann wird Euch die Erde gehören und alles, was darauf lebt, / Und, was mehr bedeutet, ihr werdet Männer sein."

Man pflegt solche Anschauungen heute als „kriegsverherrlichend" zu betrachten, muß aber im Auge behalten, daß der verbreitete ein gemäßigter Bellizismus ist und deutlich verschieden von dem absoluten, dessen Anhänger gewöhnlich Praktiker des Krieges und illiterat sind. Das erklärt ihr allmähliches Verschwinden in unserem Kulturkreis, was aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß der absolute Bellizist, der Kriegführen als selbstverständlichen Ausdruck des Menschseins betrachtet, in der Vergangenheit ein verbreitetes Phänomen war. Wie der absolute Pazifismus ist auch der absolute Bellizismus eigentlich unpolitisch, beruht auf der Lust am Töten, die ohne Gewissensqualen ausgelebt wird. Deshalb erscheint er am Ende des europäischen Zivilisationsprozesses so ungeheuerlich, und schon Clausewitz reagierte, als er in russischem Dienst stand, mit Widerwillen auf die unritterliche und barbarische, aber effektive Kampfweise kosakischer Einheiten, die das fliehende napoleonische Heer im Wortsinne „abschlachteten". Von Dschingis Khan wird berichtet, daß er zu einem Waffengefährten sagte: „Das größte Glück des Mannes besteht darin, seinen Feind zu hetzen und zu besiegen, dessen gesamten Besitz an sich zu bringen, seine Ehefrauen jammern und klagen zu lassen, seinen Wallach zu reiten und den Körper seiner Weiber als Nachtgewand und Unterlage zu benutzen."

John Keegan: *Die Kultur des Krieges*, zuletzt Hamburg 1991

Wenn man dem absoluten Bellizismus mangelnden Bezug zum Politischen vorwerfen kann, so weist er doch hin auf die anthropologische Dimension des Krieges. Die Frage danach, warum Menschen Krieg führen, wurde in jüngster Zeit regelmäßig übergangen. Wer glaubte, daß der Krieg „nur eine Erfindung" (Margaret Mead) sei, das Ergebnis von Vorurteilen, ökonomischen oder anderen Interessen, der konnte auch hoffen, daß sich diese Ursachen im besten Fall durch Information und Diskurs beseitigen ließen. Im Hintergrund wirkten dabei Vorstellungen von einer friedlichen Urzeit nach, wie sie seit der Aufklärung verbreitet waren, die oft einen perfekten Naturzustand postulierte, der dann durch die kulturelle Entwicklung verdorben worden war und so auch den Krieg hervorgebracht hatte. Rousseau etwa meinte, daß erst die Gesellung der Einzelnen die Anwendung von Gewalt sinnvoll erscheinen ließ, um sich in den Besitz von Gütern oder anderen Menschen zu bringen, weshalb das Eigentum auf „Diebstahl" beruhe

und der Krieg auf der Übertragung jener Zwangsmethoden, die schon im Einzelfall erfolgreich gewesen waren, auf die Unterwerfung anderer Gemeinschaften.

Es hat gegen diese Art der Argumentation von Anfang an Widerspruch gegeben, die nicht nur auf die Unwahrscheinlichkeit der ursprünglichen Vereinzelung abhob, sondern auch die Friedfertigkeit des frühen Menschen in Frage stellte. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bezog die skeptische Anthropologie ihre Argumente allerdings nur noch zum Teil aus der religiösen oder philosophischen Tradition. Die Vorstellung, daß das Dasein vom Kampf bestimmt werde, erhielt durch die Lehre Darwins vom *struggle for life*, der nicht nur die natürliche Selektion, sondern auch die Geschichte des Menschen bestimme, eine ganz neue Plausibilität. Deshalb neigten aber nicht alle Sozialdarwinisten zur Rechtfertigung des Krieges, der offenkundig gerade die tüchtigsten Individuen vernichtete. Allgemein war nur die Anschauung von seiner Unvermeidbarkeit.



*Mit Menschenkiefern besetzte Elfenbeintrompete aus Togo, um 1900*

In dieser Hinsicht besteht eine große Übereinstimmung zwischen dem älteren Darwinismus und neueren Vorstellungen, wie sie vor allem die Verhaltensforschung entwickelt hat. Epochemachend war die These von Konrad Lorenz, daß der Mensch ganz wesentlich von einem „Aggressionstrieb" beherrscht werde, der seinen Aufstieg im Rahmen der Evolution erkläre, aber durch keine biologisch verankerte „Tötungshemmung" gegenüber anderen Menschen kontrolliert werde. Die Heftigkeit der „innerartlichen Aggression" erkläre sich aus der Tatsache, daß der Mensch kaum natürliche Waffen – Zähne, Klauen etc. – besitze, deren Vorhandensein bei Raubtieren regelmäßig ein Ensemble von Verhaltensweisen erzeuge – etwa beim Wolf, der gegenüber dem stärkeren Rudelmitglied die Kehle weist –, das die Tötung des Artgenossen verhindert. Nachdem sich der Mensch eine künstliche Bewaffnung aneignete, konnte das Fehlen von Signalen, die eine Angriffsabsicht blockieren, furchtbare Folgen haben.

Konrad Lorenz: *Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression*, zuletzt München 1992

Diese Theorie wurde von anderen Biologen immer wieder kritisiert, die die ausschlaggebende Rolle des Artbezugs von Verhaltensweisen in Frage stellten. Infolge weiterer Untersuchungen hat man tatsächlich nachweisen können, daß Tiere „innerartliche Aggression" und damit verbundene Tötungsabsicht kennen. So beobachtete Jane Goodall Mitte der siebziger Jahre, daß auch Schimpansengruppen „Kriege" gegeneinander führten: Grenzgeplänkel, überfallartige Angriffe auf die Nachbarn, Frauenraub und dann organisierte Aggression, Vernichtung des Gegners und imperiale Ausdehnung des eigenen Territoriums, ohne daß dabei ein unmittelbarer Nutzen etwa im Hinblick auf vermehrte Nahrungsquellen erkennbar sein mußte. Goodalls Schlußfolgerungen waren allerdings denen von Lorenz sehr ähnlich: „Was mich betrifft, so habe ich nicht den mindesten Zweifel daran, daß wir Menschen mit einem angeborenen Hang zur Aggressivität zur Welt kommen, daß wir es – ebenso wie Schimpansen oder andere sozial lebende Säugetiere - als erregend empfinden, aggressives Verhalten bei anderen zu beobachten, und daß wir aggressive Verhaltensmuster leicht annehmen."

Jane van Lawick-Goodall: *Wilde Schimpansen. Zehn Jahre Verhaltensforschung am Gombe-Strom*, Reinbek bei Hamburg 1975

Auch wenn man im Verhalten anderer Primaten etwas von dem erkennen kann, was den Menschen kampfbereit und kampflustig macht, es ist damit die Frage nach der Entstehung des „Urkriegs" (Karl Weule) noch nicht hinreichend geklärt. Eine plausible Antwort wird man wahrscheinlich in der Ähnlichkeit von Jagd und Krieg finden können. In beiden Fällen wurden dieselben Waffen benutzt, bis in historische Zeit galt die Jagd als Kriegsübung, hier wie dort spielte neben dem praktischen Zweck des Beutemachens das Blutvergießen selbst und der Erwerb von Trophäen eine große Rolle, beide Phänomene hatten außerdem zu tun mit der sozialen Intelligenz des Menschen, die es ihm ermöglichte, größere Gruppen zu bilden, die gemeinsam planen und kooperieren und dabei Gewalt als wirksames Mittel einsetzen konnten. Im Hinblick auf das Aussterben der Neandertaler wird seit einiger Zeit die These vertreten, daß diese im Verlauf eines „Krieges"

Karl Weule: *Der Krieg in den Tiefen der Menschheit*, Stuttgart 1916



gegen den Jetztmenschen dezimiert und vielleicht sogar ausgerottet wurden. Obwohl beide Gruppen am Anfang des Konflikts über ähnliche Technologien verfügten, siegte *Homo sapiens sapiens*, weil seine Organisation differenzierter und seine kommunikative Fähigkeit weiter entwickelt war. Die sogenannte Paläolithische Revolution, die sich vor allem an der Verbesserung der Waffen ablesen läßt, war Folge dieser Kompetenzen und eines „Rüstungswettlaufs", den der heutige Mensch gewann. Die Ähnlichkeit von Jagd und Krieg erklärt vielleicht auch, warum sich menschliche Gemeinschaften häufig mit (in Rudeln auftretenden) Raubtieren identifizierten. Entsprechende „Totems" blieben selbst dann noch erhalten, wenn die ältere Lebensweise als Jäger verschwand, aber der Krieger weiter großes Ansehen genoß.

Selbstverständlich war es ein weiter Weg von dem archaischen Jagdkrieg bis zu den außergewöhnlichen organisatorischen Leistungen, die zuerst die Sumerer erbrachten, um etwas wie eine Armee zu formieren, die aus professionellen Kämpfern bestand und über die Ressourcen eines großen, politisch geeinten Territoriums verfügte. Relativ jung sind auch alle Verknüpfungen des Krieges mit sittlichen Prinzipien. Der Ethnologe Wilhelm Mühlmann kam zu dem Schluß, daß der „primitiven Kriegsführung die Idee des Mutes wohl ursprünglich durchgängig" fehlte. Ähnliches gilt für die Begrenzung und Ritualisierung des Kampfes, und erst in der Neuzeit entstand ein Verhaltenskodex, der die übelsten Begleiterscheinungen des Krieges mildern, wenn schon nicht beseitigen konnte. Dieser Kodex galt indes nur für innereuropäische Konflikte und nicht für die Bekämpfung von Afrikanern, Asiaten, Australiern oder von Ureinwohnern der beiden Amerika. In unserem Zusammenhang ist jedoch entscheidender, daß bereits im Ersten und erst recht im Zweiten Weltkrieg sogar die beschränkten Versuche, den Krieg zu „hegen", scheiterten.

Wilhelm E. Mühlmann: *Krieg und Frieden. Ein Leitfaden der politischen Ethnologie,* Heidelberg 1940

Man hat für diesen Sachverhalt verschiedene Ursachen angegeben: von der Ideologisierung des Kampfes und der Aufbietung von Massenheeren aus Wehrpflichtigen im Gefolge der Französischen Revolution über die Methoden, mit denen der Amerikanische Bürgerkrieg geführt wurde, bis hin zu den Konzepten eines „totalen Kriegs" wie sie zwischen 1914 und 1918 entstanden. Auch die Weiterentwicklung des internationalen Rechts und die moralische Ächtung von Gewalt haben diesen Prozeß der Rebarbarisierung nicht aufhalten können. Die prinzipielle Verwerfung scheint vielmehr eine Art Entfremdung von der Wirklichkeit



*Fernand-Anne Piestre, genannt Cormon: Kain (1880)*

des Krieges zur Folge zu haben, die auch die Einsicht in die Möglichkeiten der Zähmung zersetzt. Als am 29. März 1971 ein amerikanisches Militärgericht den Leutnant William Calley wegen vorsätzlichen Mordes an mindestens 22 Zivilisten in My Lai während des Vietnamkrieges zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilte, kam es in der Bevölkerung zu einem Sturm der Entrüstung. Eine neuere Untersuchung von etwa tausend Briefen, die damals an das US-Verteidigungsministerium gingen, ergab, daß mehr als achtzig Prozent der Absender – darunter viele Kriegsteilnehmer und Veteranen – ihr Unverständnis für die Entscheidung äußerten und die Meinung vertraten, daß es auf dem Schlachtfeld keine Regeln gebe, der Soldat außerhalb der Rechtsordnung stehe und insofern auch nicht für Verbrechen belangt werden könne.

Wahrscheinlich ist diese Auffassung der Zukunft des Krieges adäquater, als die „klassische", die an der Regulierbarkeit des Konflikts durch den Friedensschluß, die Unterscheidung von Kombattant und Nichtkombattant, ein gewisses Maß an Ritterlichkeit und „Spielregeln" festhielt. Die wachsende Verbreitung von Gewalttaten, die nur aus Haß geschehen, bestimmte Züge des modernen Terrorismus und der *low intensity wars* zeigen schon jetzt ein schreckliches Gesicht des Krieges und müssen vielleicht verstanden werden als Vorzeichen für die Rückkehr jener „ältesten Festfreude" (Friedrich Nietzsche) des Menschen: der Grausamkeit. Der absolute Bellizismus, den der Westen schon tot geglaubt hatte, könnte sich als überraschend vital erweisen

Solche Prognosen werden nicht gern gehört. Wer auf die unverändert kriegerische Natur des Menschen Bezug nimmt, muß erleben, daß damit in der öffentlichen Diskussion eine Grenze überschritten ist. Vor allem in Deutschland wird gegen jeden Versuch, die anthropologische Dimension des Krieges zur Sprache zu bringen, notorisch der Vorwurf erhoben, man wolle zwischenstaatliche Konflikte durch „Schimpansenmoral" (Ruth Groh) rechtfertigen. Es wäre zuerst zu erwidern, daß eine Erklärung nicht oder nicht immer als Rechtfertigung zu verstehen ist. Aber dieser Einwand dürfte kaum verfangen. Also bleibt abzuwarten, bis die veränderte Lage den letzten eines Schlechteren belehrt.

# Freund oder Feind
# Zur Aktualität Carl Schmitts

von Erich Vad

Der 1985 im Alter von 97 Jahren verstorbene Carl Schmitt hat sich nicht nur mit Staats- und Verfassungsrecht, sondern auch mit grundsätzlichen Fragen der Kriegstheorie, der Geo- und Sicherheitspolitik beschäftigt. Dabei wurde sein Denken nachhaltig von der Erfahrung des „Europäischen Bürgerkriegs" (Ernst Nolte) geprägt, vor allem durch die spezifisch deutsche Bürgerkriegslage zwischen 1919 und 1923 sowie die Gefahr ihrer Wiederholung in den Jahren 1932 bis 1934. Schmitts Nationalismus und sein Eintreten für einen starken Staat lassen sich aus diesem Zusammenhang ebenso erklären wie seine Entscheidung zu Gunsten der staatlichen Ordnung, die notfalls unter Bruch der Verfassung gewahrt werden sollte, oder seine Entscheidung für eine zeitweise Kollaboration mit dem NS-Regime, das allein in der Lage schien, den vollständigen Zusammenbruch zu verhindern.



*Carl Schmitt, Zeichnung von 1933*

Wegen dieser Kollaboration mit dem Nationalsozialismus hat man Schmitt immer wieder beschimpft, als „geistigen Quartiermacher" (Ernst Niekisch) Hitlers, als „charakterlosen Vertreter eines orientierungslosen Bürgertums" (René König) oder als „Schreibtischtäter des deutschen Unheils", so etwa Christian Graf von Krockow, der aber auch zugab, daß Schmitt, „... der bedeutendste Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts" gewesen sei. Eine Beurteilung, die noch überboten wurde von dem Religionsphilosophen und Rabbiner Jacob Taubes, der über Schmitt sagte, dieser verkörpere eine „... geistige Potenz, die alles Intellektuellengeschreibsel um Haupteslänge überragt". Schließlich sei noch Raymond Aron erwähnt, der in seinen Lebenserinnerungen äußerte: „Er gehörte zur großen Schule der Gelehrten, die über ihr Fachgebiet hinaus alle Probleme der Gesellschaft samt der Politik umfassen und somit Philosophen genannt zu werden verdienen, so wie es auch Max Weber auf seine Weise war."

Diese Wertschätzung Schmitts erklärt sich vor allem aus dessen epochemachender Lehre vom Politischen, das er im Kern bestimmt sah durch die Unterscheidung von Freund und Feind. Dabei meinte Schmitt „Feind" im Sinne des lateinischen *hostis*, das heißt den öffentlichen, den Feind des Staates, nicht *inimicus* im Sinne von privater Gegner; eine Differenzierung, wie es sie auch im Griechischen mit *polemios* und *echthros* gibt. Gegen alle Versuche, die fundamentale Scheidung von Freund und Feind zu umgehen, wie sie vor allem in Deutschland

nach 1945 üblich wurden, behauptete Schmitt, daß ein Volk nur durch Verleugnung seiner eigenen politischen Identität dahin kommen könne, die Entscheidung zwischen Freund und Feind vermeiden zu wollen. In seinem berühmten, zuerst 1927 erschienenen Essay *Der Begriff des Politischen* hieß es: „Solange ein Volk in der Sphäre des Politischen existiert, muß es, wenn auch nur für den extremsten Fall – über dessen Vorliegen es aber selbst entscheidet – die Unterscheidung von Freund und Feind selber bestimmen. Darin liegt das Wesen seiner politischen Existenz."

Carl Schmitt:
*Der Begriff des Politischen.*
Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, zuletzt Berlin 2002

Wenn man diesen Satz auf unsere Lage bezieht, ergibt sich sofort der denkbar schlechteste Eindruck von der Außen- und Sicherheitspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung. Innenpolitische Probleme und Parteiinteressen bei Wahlkämpfen wirken stärker auf das Regierungshandeln als reale Bedrohungen des Landes und langfristige Strategien zur Wahrung nationaler Interessen. Im Glauben an einen herrschaftsfreien Diskurs auch in den Außenbeziehungen nimmt man bei akuten internationalen Krisen selbstgefällige, nur scheinbar überlegene moralische Positionen ein, um dann mittels utopischer Problemlösungsversuche die eigene Handlungsunfähigkeit zu verdecken. Man begnügt sich mit der Rolle des inzwischen als unzuverlässig geltenden Metöken, der gerade noch in der Lage ist, militärische Einrichtungen von Bündnispartnern im eigenen Land zu bewachen, ihnen Überflug- und Landerechte zu gewähren und andere Unterstützungsleistungen gerade so weit zur Verfügung zu stellen, daß eine Kabinetts- und Regierungskrise vermieden wird.

Die Kernfrage war für Schmitt immer die, wie wir als Erben der uralten brüderlichen Feindschaft von Kain und Abel mit dem zentralen Kriterium des Politischen umgehen sollen. In dem Zusammenhang ist ein von ihm handschriftlich kommentiertes Tagungsprogramm der Evangelischen Akademie Berlin aufschlußreich, das sich in seinem Nachlaß erhalten hat. Die Veranstaltung, die zwischen dem 26. und dem 28. November 1965 stattfand, hatte das Thema „Feind – Gegner - Konkurrent". In der Einführung zum Programm eines „Freundeskreises junger Politologen" („Freundeskreis" von dem selbstverständlich nicht geladenen Schmitt rot markiert) wurde die Frage aufgeworfen, ob noch die Berechtigung bestehe, vom Feind zu sprechen, oder ob nicht an seine Stelle „Der Partner politischer und ideologischer Auseinandersetzung" oder „Der Konkurrent im wirtschaftlichen Wettbewerb" getreten sei. Schmitt notierte am Rande polemisch: „Der Ermordete wird zum Konfliktpartner des Mörders?"

Er wollte damit zeigen, daß die hier geäußerten Vorstellungen die Existentialität menschlicher Ausnahmelagen nicht treffen konnten. Und mehr als das: Der Programmtext war für Schmitt auch eine indirekte Bestätigung seiner These von der notwendigen Freund-Feind-Unterscheidung, insofern als man fortwährend Begriffe verwendete, die auf elementare Gegensätzlichkeiten hinwiesen, wie zum Beispiel „Ideologie", „Theologie", „der Andere", „Liebe", „Diakonie" etc. Daß sich die Veranstalter dessen nicht bewußt waren, machte die Sache nicht besser. Schmitt bezeichnete ihre moralisierenden, auf Verschleierung des polemischen Sachverhalts abzielenden Formulierungen in einer Marginalie als „Entkernung des Pudels durch Verpudelung des Kerns".

Schmitts Bestimmung des Politischen durch die Unterscheidung von Freund und Feind gilt auch heute noch, trotz aller anderslautenden Beteuerungen. So, wenn die Vereinten Nationen ein Land wie den Irak faktisch aus der Völkergemeinschaft ausschließen und damit eine *hostis*-Erklärung im Sinne Schmitts abgeben, so, wenn die USA nach den Anschlägen vom September 2001 den internationalen Terrorismus und die ihn unterstützenden politisch unkalkulierbaren Staaten als Feind bestimmten. Eine mit modernsten Waffen operierende Guerilla oder eine weltweit vernetzte, organisierte Kriminalität können, auch wenn sie nicht selbst staatenbildend wirken, durchaus als Feinde im politischen Sinn betrachtet werden. Überhaupt ist die nichtstaatliche und privatisierte Form der Gewalt, also alles, was die *low intensity conflicts* kennzeichnet, nichts grundsätzlich Neues. Thukydides beschrieb sie bereits im Peloponnesischen Krieg, ähnliches gilt für Clausewitz oder die stark von ihm beeinflußten Theoretiker und Praktiker des revolutionären Krieges wie Friedrich Engels, Wladimir I. Lenin, Mao Tse-Tung, den Vietnamesen Vo Nguyen Giap oder Che Guevara. Die Wandelbarkeit des Krieges war sogar schon einem seiner frühesten Theoretiker, dem Chinesen Sun Tze, bewußt, der vor 2500 Jahren zu der Feststellung kam: „Der Krieg gleicht dem Wasser. Wie Wasser hat er keine feste Form."

Erich Vad:
*Carl von Clausewitz. Seine Bedeutung heute*,
Herford und Bonn 1984

Sun Tze:
*Die Kunst des Krieges*,
hrsg. von James Clavell, München 1988

Der Kampf heutiger Terroristen ist allerdings im Gegensatz zu dem, was Schmitt in seiner Theorie des Partisanen ausführte, nicht mehr „tellurisch" verortbar, sondern global angelegt. Musterbeispiel dafür sind die raumübergreifenden Operationen der al-Qaida in Afghanistan, auf dem Balkan, dem Kaukasus und in den zentralasiatischen Staaten oder die terroristischen Anschläge auf




*Folgen des diskriminierenden Feindbegriffes: antideutsches Plakat USA/Manila, 1918*

amerikanische Botschaften und Einrichtungen in Afrika oder am Golf. Der Plan für die Terrorangriffe gegen die USA wurde in den Bergen Afghanistans und im europäischen Hinterland erdacht und dann auf einem anderen Kontinent exekutiert. Das Flugzeug, das Transportmittel der Globalisierung par excellence, setzte man als Waffe ein. Planung und Operation der Terroraktion hatten globale Maßstäbe. Weltweit operierende *warlords* wie Osama Bin Laden könnten bevorzugte Akteure dieser neuen Form des bewaffneten Kampfs werden.

Carl Schmitt: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, zuletzt Berlin 2002

Carl Schmitt: *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen*, zuletzt Berlin 2002

Es spricht vieles dafür, daß die Zukunft des Krieges eher von Terroristen, Guerillas, Banditen und nichtstaatlichen Organisationen bestimmt sein wird, als von klassischen, konventionellen Streitkräften. Dort, wo die Macht immer noch aus Gewehrläufen kommt, führen zunehmend irreguläre Formationen in Privat- und Söldnerarmeen Krieg. Religiöser oder politischer Mythos, generalstabsmäßige Planung und üppige Finanzressourcen bilden die Voraussetzungen eines veränderten Kriegsbilds. In seiner erwähnten Theorie des Partisanen nahm Schmitt diesen Aspekt der heutigen Sicherheitslage durchaus zutreffend vorweg, vor allem, wenn er die Bedeutung des Fanatismus als Waffe hervorhob: „Der moderne Partisan erwartet vom Feind weder Recht noch Gnade. Er hat sich von der konventionellen Feindschaft des gezähmten und gehegten Krieges abgewandt und sich in den Bereich einer anderen, der wirklichen Feindschaft begeben, die sich durch Terror und Gegenterror bis zur Vernichtung steigert."

Wie soll man auf diesen Wandel reagieren, oder, – um die kritischen Fragen Schmitts aufzugreifen: Wer hat jetzt das Recht, den Feind zu definieren und gegen ihn mit allen Mitteln – das heißt unter den gegebenen Umständen auch mit Massenvernichtungswaffen – vorzugehen? Wer darf Strafen gegen den definierten Feind verhängen und sie – notfalls präventiv – durchsetzen? Und wie schafft man ein internationales Recht und die Fähigkeit, es notfalls mit Hilfe von Gewalt durchzusetzen? Schließlich: Wie verhindert man die Instrumentalisierung des Völkerrechts für nationale Macht- und Einflußpolitik?

Schmitt war grundsätzlich skeptisch gegenüber allen Versuchen ideologischer und das heißt auch menschenrechtlicher Legitimation des Krieges. Der

Krieg, so Schmitt, sei im Kern nur zu begreifen als Versuch „... der seinsmäßigen Behauptung der eigenen Existenzform gegenüber einer ebenso seinsmäßigen Verneinung dieser Form". Und weiter: „Es gibt keinen rationalen Zweck, keine noch so richtige Norm, kein noch so ideales Programm, keine Legitimität oder Legalität, die es rechtfertigen könnte, daß Menschen sich dafür töten."

Carl Schmitt: *Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951*, hrsg. von Eberhard Freiherr von Medem, Berlin 1991

Die Legitimität des Krieges bei einer vorliegenden „seinsmäßigen Verneinung" der eigenen Existenzform bekommt durch die modernen Bedrohungsszenarien, angesichts des internationalen Terrorismus einerseits und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen andererseits, eine neue Dimension. Das Wesen des Politischen bleibt aber unberührt. Darüber belehrt auch jeder genaue Blick auf die Verfaßtheit des Menschen, der in dauernder Auseinandersetzung mit anderen Menschen lebt und nur aus Gründen der Selbsterhaltung und der Vernunft bereit ist, den „Krieg aller gegen alle", den Schmitt wie Thomas Hobbes als natürlichen Zustand des Menschen betrachtete, durch einen staatlich garantierten Friedenszustand zu überwinden.

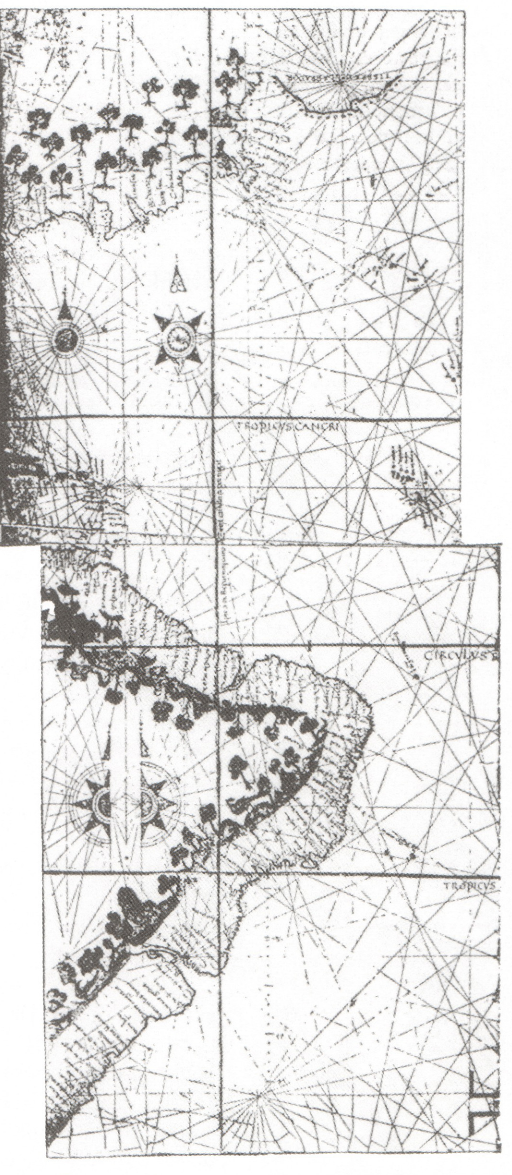
Carl Schmitt: *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*, zuletzt Köln-Lövenich 1982
ders., *Land und Meer. Eine weltgeschichtliche Betrachtung*, zuletzt Köln-Lövenich 1981

In *Der Begriff des Politischen* schrieb Schmitt: „Man könnte alle Staatstheorien und politischen Ideen auf ihre Anthropologie prüfen und danach einteilen, ob sie, bewußt oder unbewußt, einen ›von Natur bösen‹ oder einen ›von Natur guten‹ Menschen voraussetzen." Gerade mit Blick auf den heutigen Menschenrechtsuniversalismus und die gleichzeitige Verfügung über Massenvernichtungswaffen wird die tiefe Problematik jeder Lehre von der natürlichen Güte des Menschen deutlich. Denn der mögliche Einsatz von Massenvernichtungswaffen nötigt zur vorhergehenden Diskriminierung des Feindes, der nicht mehr als Mensch erscheinen darf – denn die Verwendung so furchtbarer Waffen widerspricht der Idee der Menschenrechte –, sondern nur noch als Objekt, das ausgelöscht werden muß, als Unmensch oder Glied eines „Schurkenstaates".

Schmitt sah diese furchtbare Konsequenz moderner Politik deutlich ab, die so unerbittlich ist, weil sie im Namen hehrster Prinzipien vorgeht: „Die Masse der Menschen müssen sich als Schlaginstrument in Händen grauenhafter Machthaber fühlen" – schrieb er nach dem Krieg und mit Blick auf seine persönliche Situation. Und hinsichtlich des Geltungsanspruchs universaler Forderungen nach Humanität kam Schmitt zu der bitteren Erkenntnis: „Wenn das Wort ›Menschheit‹ fällt, entsichern die Eliten ihre Bomben und sehen sich die Massen nach bombensicherem Unterstand um".

Schmitt meinte, daß die Reideologisierung des Krieges im 20. Jahrhundert zwangsläufig den totalen, auch und gerade gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Krieg hervorgebracht habe. Paradoxerweise ermöglichte die moralische Ächtung des Kriegs als Mittel der Politik den „diskriminierenden Feindbegriff" und damit die Denunziation des Gegners, der nicht mehr als Kontrahent in einem politisch-militärischen Konflikt angesehen wurde, sondern als Verbrecher. Erst der totale Krieg schuf den totalen Feind und die Entwicklung der Waffentechnik seine mögliche totale Vernichtung.

Diese Einsicht Schmitts ist so wenig überholt wie jene andere, die weniger mit Krieg und mehr mit Frieden zu tun hat. Sein Ende der dreißiger Jahre entwickeltes Konzept des „Großraums" und des Interventionsverbots für „raumfremde Mächte" war, trotz offiziellem Tabu, nach 1945 und selbst in der Hochphase des Kalten Krieges das ungeschriebene Prinzip der außen- und sicherheitspolitische Konzepte beider Supermächte. Daran hat sich auch in Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion wenig geändert. Nach wie vor können Staaten, denen es ihr politisches, militärisches und wirtschaftliches Potential ermöglicht, eigene Einflußsphären aufbauen und durch angemessene geopolitische und geostrategische Maßnahmen schützen.



*Ergebnis der Einigung von Tordesillas zwischen Portugal und Spanien 1494: Darstellung einer Demarkationslinie in einer Karte um 1525*

Mit seinen Schriften *Der Leviathan*, *Völkerrechtliche Großraumordnung* und der „weltgeschichtlichen Betrachtung" *Land und Meer* suchte Schmitt angesichts des Auftretens neuer, „raumüberwindender" Mächte und einer nachhaltigen Infragestellung der traditionellen Staatlichkeit die Faktoren einer neuen Sicherheitspolitik zu bestimmen. Beim Blick auf die historische Entwicklung, ins-

besondere des Aufstiegs der Seemächte England und Nordamerika, erkannte er die Bedeutung des Großraums und einer entsprechenden Ordnung. Die amerikanische Monroe-Doktrin von 1823, die die westliche Hemisphäre als Interessengebiet der USA bestimmt hatte, gewann für Schmitt Vorbildcharakter im Hinblick auf eine europäische Konzeption.

Carl Schmitt: *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969*, hrsg. von Günter Maschke, Berlin 1995

Daß dieses Projekt eines „europäischen Großraums" seitdem immer wieder gescheitert ist, sagt wenig gegen seine Notwendigkeit. Europa bildet wie andere geopolitische Räume eine Einheit auf Grund von Weltbild und Lebensbedingungen, Traditionen, Überlieferungen, Gewohnheiten und Religionen.

Es ist nach Schmitt „verortet" und „geschichtlich konkret" und es muß deshalb, um auf Dauer zu bestehen, einen adäquaten Machtanspruch erheben und weltanschaulich begründen. Im Bereich des Politischen sind solche Weltanschauungen nichts anderes als „Sinn-Setzungen für Großplanungen", entworfen von Eliten in einem bestimmten historischen Moment, um sich selbst und den von ihnen zu lenkenden Massen den geistigen Bezugsrahmen politischen Handelns zu schaffen.

Die Aktualität der Überlegungen Schmitts zur Bedeutung solcher „geistiger Zentralgebiete" ist im Hinblick auf einen „Kampf der Kulturen" (Samuel Huntington) offensichtlich: In beinahe zweihundert Nationalstaaten der Welt existieren mehrere tausend Kulturen. Sie bilden die Grundlage „geistiger Zentralgebiete" und schaffen damit auch das Bezugsfeld für Kriege. Was das „Zentralgebiet" inhaltlich bestimmt, mag sich ändern, an dem Tatbestand selbst ändert sich nichts. So markierte der Grundsatz *cuius regio eius religio* eben ein religiöses Zentralgebiet, das nach der Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts von Bedeutung war, während das Prinzip *cuius regio eius natio* nur vor dem Hintergrund der Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert zu verstehen ist und die Formel *cuius regio eius oeconomia* ihre Erklärung findet in der enorm gesteigerten Bedeutung internationaler Wirtschaftsverflechtungen seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Entsprechend haben sich die Kriege fortentwickelt von Religions- über Nationalkriege hin zu den modernen Wirtschafts- und Handelskriegen.

Carl Schmitt: *Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens*, zuletzt Berlin 1993

Die Kriege mitbestimmenden „geistigen Zentralgebiete" waren für Schmitt stets Kampfzonen sich ablösender, miteinander konkurrierender und kämpfender Eliten. Sie können niemals nur Sphäre des Geistigen und ein Ort des friedlichen Nachdenkens und Diskurses sein. Das gilt trotz der in jüngster Vergangenheit so stark gewordenen Erwartung, daß der Krieg gebannt sei. Schmitt hat früh die Vergeblichkeit solcher Hoffnungen erkannt und etwas von ihrer furchtbaren Kehrseite geahnt: „Wir wissen, daß heute der schrecklichste Krieg nur im Namen des Friedens, die furchtbarste Unterdrückung nur im Namen der Freiheit und die schrecklichste Unmenschlichkeit nur im Namen der Menschheit vollzogen wird."

Ein wesentliches Kennzeichen des modernen Kriegs ist gerade seine unkriegerische Terminologie, sein pazifistisches Vokabular, das die Aggression aber nur verdeckt, nicht beseitigt. Die „friedlichen" Methoden der modernen Kriegsführung sind die vielfältigen Möglichkeiten finanz- und wirtschaftspolitischer Pression, das Sperren von Krediten, das Unterbinden der Handelswege und der Rohstoff- oder Nahrungsmittelzufuhr. Werden militärische Maßnahmen als notwendig erachtet, bezeichnet man sie nicht als Kriege, sondern als Exekution, Sanktion, Strafexpedition, Friedensmission etc. Voraussetzung für diese Art „pazifistischer" Kriegführung ist immer die technische Überlegenheit des eigenen Apparats. Das moderne Völkerrecht folgt dieser Entwicklung, indem es die Begriffe zur Stabilisierung des politischen Status Quo liefert und die Kontrolle von Störern der internationalen Ordnung juristisch begründet. Es ist das Kennzeichen von Weltmächten, wie sie seit dem Ende des Ersten Weltkriegs auftreten konnten, Rechtsbegriffe mit universalem Anspruch zu definieren und dann souverän zu entscheiden, was Recht und was Unrecht ist. Die aktuelle Irakkrise zeigt auch hier, wie zutreffend die Einschätzung Schmitts war.

Carl Schmitt: *Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff*, zuletzt Berlin 2003

Carl Schmitt: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Ius Publicum Europaeum*, zuletzt Berlin 1997

Die Zukunft der großen Staaten China, Indien, Rußland, aber auch der Vereinigten Staaten ist ungewiß. Wir können kaum einschätzen, welche Konstellationen sich entwickeln werden. Vielleicht entwerfen die USA für den asiatischen Raum eine ähnliche *balance of power*-Doktrin wie Großbritannien sie im 19. Jahrhundert gegenüber den europäischen Staaten besaß. Vielleicht gelingt es Washington, die Annäherung Rußlands an die NATO weiter voranzutreiben und es wie Indien in eine Geostrategie für den pazifischen Raum zwecks Eindämmung Chinas einzubinden. Weiter muß die Frage beantwortet werden, ob Europa Teil des atlantischen Großraums bleibt oder sich hier Tendenzen in Richtung auf eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Amerika verstärken. Deutschland spielt in diesem Zusammenhang allerdings kaum eine Rolle, da sich seine derzeitige



*Plakat Australien, 1918*

politische Führung bei außenpolitischen Problemen regelmäßig an der Innenpolitik orientiert, Bedrohungen ignoriert oder den Vorgaben anderer anschließt.

Die von Schmitt im Zusammenhang mit seiner Theorie der Staatenwelt analysierten Verteilungs-, Quarantäne- und Freundschaftslinien, die auch zivilisatorische Konfliktlinien sein können, drohen heute zu Grenzen zwischen unversöhnlichen Gegnern zu werden. Wir wissen nicht erst seit den Terroranschlägen auf das World Trade Center, daß sich die westliche Welt mit anderen Zivilisationen in Konkurrenz befindet. Die wichtigsten Auseinandersetzungen der Zukunft scheinen an den Grenzen aufzutreten, die Kulturkreise voneinander trennen. Hier könnten die Brennpunkte von Kriegen sein, die sich durch Regellosigkeit, Ent-Hegung und Rebarbarisierung auszeichnen. Hier entwickeln sich militärische und politische Herausforderungen globalen Ausmaßes, denen nur auf dem Wege eines neuen internationalen Ordnungssystems und eines erweiterten Verständnisses von Sicherheit begegnet werden kann.

Die gestiegene Wahrscheinlichkeit eines Ernstfalls, die für Deutschland nach den Angriffen vom 11. September 2001 sehr deutlich geworden und die Tragweite der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich gemacht zu haben schien, hat tatsächlich vor allem die Handlungsunfähigkeit einer nachbürgerlichen politischen Klasse gezeigt, deren Weltbild sich primär aus *reeducation*, aus den erstarrten Ritualen der Vergangenheitsbewältigung und Achtundsechziger-Mythologie speist. Diese geistigen Verirrungen bedürfen eines Gegenmittels, und in der politischen Philosophie Carl Schmitts könnte das zur Verfügung stehen.

Wie Hobbes im 17. entfaltete Schmitt im 20. Jahrhundert ein politisches Denken, das von der unnormierten Lage, das vom Ausnahmezustand und der ständigen Möglichkeit inner- und zwischenstaatlicher Anarchie und Gewalt ausging. Ein solcher Ansatz steht im Gegensatz zur idealistischen Utopie einer weltweiten Entfaltung der Menschenrechte, eines friedlichen Ausgleichs der Kulturen und Zivilisationen sowie freizügiger, offener und multikultureller Gesellschaften. Anders als viele hoffen, sind gerade diese Gesellschaftskonzepte potentielle Konfliktherde. Eine Gefahr, der man nicht durch moralische Appelle begegnen kann, sondern nur durch Gefahrensinn, politischen und militärischen Realismus und durch rationale Antworten auf die konkreten Herausforderungen der Lage.

# Offensiver Informationskrieg

von Gebhard Geiger

Die elektronische Vernetzung von politisch-gesellschaftlichen Infrastrukturen hat die Hochtechnologieländer binnen weniger Jahre auf eine bislang unbekannte Weise verwundbar gemacht und weitreichenden Gefährdungen ausgesetzt. Elektronische Rechner, Datenspeicher, Netze und Software bieten aufgrund vielfältiger Schwachstellen zahlreiche Angriffspunkte für das unbefugte Mitlesen (Spionage) und die absichtliche, verdeckte Veränderung, Fälschung, Unterbrechung und Vernichtung elektronisch verbreiteter, gespeicherter und verarbeiteter Information. Die neuen Informations- und Kommunikations- (IuK-) Systeme haben auch neuartige Möglichkeiten der globalen, gesellschaftlichen Konfliktaustragung geschaffen („Informationskrieg"). So ist die neue sicherheitspolitische Lage dadurch gekennzeichnet, daß Handlungsfähigkeit und Überleben eines Staates oder Bündnisses in internationalen Krisen und Konflikten nicht mehr nur durch militärische Gewalt gefährdet sind, sondern zunehmend auch vom störungsfreien Betrieb staatlicher und internationaler IuK-Systeme abhängen.

Obwohl die sicherheitspolitischen Herausforderungen der geheimdienstlichen und militärischen Computerspionage und -sabotage bereits lange bekannt sind, hat sich die Gefährdungslage politisch-gesellschaftlicher Systeme mit dem Auf- und Ausbau internationaler digitaler Datenübertragungsnetze, Telekommunikationssysteme, Multimedia-Anwendungen und Online-Dienste weiter verändert und verschärft: Elektronische IuK-Netze sind in der Regel öffentlich und anonym zugänglich, weltweit verknüpft und gegen politisch oder kriminell motivierten Mißbrauch kaum ausreichend zu schützen. Hinzu kommt die rasante Fortentwicklung der Informationstechnologie, mit der sicherheitspolitische Maßnahmen meist vergeblich Schritt zu halten versuchen. Zudem ist die Ausrüstung, die für einen Angriff auf elektronische Netzwerke benötigt wird, in jedem gut sortierten Computerladen erhältlich, beziehungsweise als offen verfügbare Software aus dem Internet herunterzuladen.



*„Feind hört mit" – Plakat Italien, 1943*

Die internationalen Beziehungen und die politische Handlungsfähigkeit von Staaten und Bündnissystemen hängen zunehmend von technischen Fähigkeiten zur Informationsvermittlung und Systemsteuerung ab. Umgekehrt eröffnen die elektronischen Medien Möglichkeiten des kollektiven Handelns und der internationalen Organisation, die sich der politischen Kontrolle durch den Staat und

seine Organe entziehen. Neue, nichtstaatliche Organisationen treten auf, die bestehende politische und militärische Machtstrukturen verändern können. Das Spektrum herkömmlicher internationaler Konflikte wird sich erweitern, voraussichtlich sogar völlig verändern. Aufgrund der weltweiten elektronischen Vernetzung aller Lebensbereiche wird es immer schwieriger, zwischen kriminellen und militärischen Bedrohungspotentialen, politischen und geographischen Grenzen, innerer und äußerer Sicherheit von Staat und Gesellschaft zu unterscheiden.

Der Informationskrieg muß sich dabei nicht notwendig nur zwischen Staaten abspielen – er kann auch zwischen den »grenzenlosen«, weltweit operierenden Wirtschaftsunternehmen, Interessengruppen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen einschließlich solchen des politischen Terrorismus unter Mitwirkung von Massenmedien und Nachrichtendiensten geführt werden. Zudem können Angriffe gegen die Informationsinfrastruktur eines Staates militärische Gewaltanwendung sowohl unterstützen und ergänzen als auch um völlig neue Elemente erweitern, wenn nicht gar als Konfliktmittel ersetzen oder ganz erübrigen.

Gebhard Geiger: *Sicherheit der Informationsgesellschaft*, Baden Baden 2000

Der Informationskrieg als Ersatz, Ergänzung oder Erweiterung militärischer und nichtmilitärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen ist heute keine *science fiction* mehr und alles andere als eine futuristische Spekulation. US-Behörden schätzen, daß Computerspionage und -sabotage von über 30 Staaten vorbereitet beziehungsweise bereits routinemäßig ausgeführt werden. Was den amerikanischen Beitrag hierzu betrifft, dürften die Schätzungen jedenfalls zutreffen. Im Oktober 1998 legte der US-Generalstab Richtlinien für den Einsatz militärischer Führungs- und Nachrichtensysteme bei teilstreitkräfteübergreifenden Operationen fest. Das Dokument trägt den nüchternen Titel „Joint Doctrine for Information Operations“. Es dient zunächst dazu, den Einsatz der US-Streitkräfte in umfassender Weise den Erfordernissen der informationselektronischen Revolution im modernen Militärwesen anzupassen. Während jedoch bisher unter „Information Operations“ vor allem Strategien der psychologischen Kriegsführung, der Öffentlichkeitsmanipulation und des Aufbaus elektronischer Informationssysteme verstanden wurden, eröffnete die Doktrin von 1998 eine neue Dimension: Das Dokument legt fest, daß die amerikanischen Streitkräfte informationstechnische (IT) Angriffe gegen fremde, zivile wie militärisch genutzte IuK-Systeme sowie elektronisch gespeicherte oder übermittelte Daten führen werden, wo und wann immer dies zur Durchsetzung der US-Interessen opportun erscheint, im Frieden wie im Krieg. Einer Meldung der Washington Post vom 7. Februar 2003 zufolge wurde die „Joint Doctrine for Information Operations“ inzwischen durch eine Weisung Präsident Bushs ergänzt (National Security Presidential Directive 16, Juli 2002), wonach die USA eine globale offensive Informationskriegführung (sinnigerweise als „total information awareness“ bezeichnet) entwickeln, die sich insbesondere der nachrichtendienstlichen Mittel der National Security Agency (NSA) und der CIA bedient.

Zwar wird sich ganz allgemein im Zuge der informationstechnischen Entwicklung das Erscheinungsbild bewaffneter Konflikte in seinen Grundzügen wandeln, das heißt zunehmend vom Einsatz intelligenter, unbemannter, distanzfähiger, nahezu perfekt getarnter Präzisionswaffen und Waffensysteme geprägt sein. Entscheidend ist jedoch, und das besagt die erwähnte Doktrin des US-Generalstabs ausdrücklich, daß militärische „Information Operations“ keineswegs an den Einsatz bewaffneter Streitkräfte gebunden sein müssen, um unter den technischen Bedingungen des Informationskriegs Zerstörungen strategischen Ausmaßes bewirken zu können. Das heißt, das Schadensausmaß kann dem angegriffenen Staat eine Verteidigung faktisch unmöglich machen, die technisch-organisatorischen Voraussetzungen seiner politischen Handlungsfähigkeit schlechthin zerstören. Die elektronische Revolution in der modernen militärischen Kommunikation und Informationsverarbeitung kann daher nicht einfach nur als rein technischer Innovationsprozeß mit den üblichen Auswirkungen auf militärische Waffen-, Nachrichten- und Aufklärungssysteme verstanden werden. Es handelt sich vielmehr um eine Umwälzung des gesamten Militärwesens auf allen Ebenen der Rüstung, Organisation und Streitkräfteplanung, Strategie, Taktik und militärischen Operation bis hin zur internationalen Sicherheitspolitik.

Gebhard Geiger: *Offensive Informationskriegführung. Die „Joint Doctrine for Information Operations“ der US-Streitkräfte: sicherheitspolitische Perspektiven*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002

Neuartig und problematisch am offensiven Informationskrieg sind vielmehr die spezifischen Möglichkeiten der Computerspionage und -sabotage und des verdeckten elektronischen Netzangriffs, die sich neben militärischen Zielen auch auf die (Zer-)Störung ziviler öffentlicher IuK-Systeme sowie informationsabhängiger Infrastrukturen (Verwaltung, Wirtschaft, Transport und Verkehr, Energieversorgung, Nachrichtenwesen eines Landes) richten können. Selbst die Europäer sind als Verbündete der USA allem Anschein nach sowohl aus wirtschaftlichen wie aus sicherheitspolitischen Gründen der IT-gestützten Spionage, Überwachung

und dem Abhören des Funk und Telefonverkehrs durch die National Security Agency (NSA) ausgesetzt.

Ihrer äußersten Zielsetzung nach sind Maßnahmen vom Typ des Informationskriegs dem militärischen Waffeneinsatz vergleichbar, ohne allerdings an herkömmliche politische und rechtliche Regelungen für den Kriegszustand effektiv gebunden zu sein. Sie können anonym und ohne Frühwarnung über die weltweit und öffentlich zugänglichen Informationsnetze vorgetragen werden und bieten dem angegriffenen Staat oder Militärbündnis kaum eine Chance, den Angreifer zu ermitteln. Ihr Einsatz ist an keine Mobilmachung der Streitkräfte und schon gar nicht an eine Kriegserklärung gebunden. Kaum kontrollierbar – und in internationalen Krisen und Konflikten effektiv kaum korrigierbar – ist die Verbreitung gezielter Falschinformationen durch die elektronischen Massenmedien.

Eduard Waltz: *Information Warfare. Principles and Operations*, Boston 1998

Kurz, offensiven informationsgestützten Operationen militärischer wie ziviler Akteure bietet sich ein weites Feld der verdeckten physischen Gewaltanwendung und mediengesteuerten Agitation und Propaganda auf zentralen Gebieten der internationalen Politik und Sicherheit. Mit fortschreitender informationstechnischer Entwicklung entsteht auf diesen Gebieten ein zunehmend rechts- und herrschaftsfreier Raum, der sich bereits weit im Vorfeld akuter Konflikte zu überfallartigen Offensiv- und Präventivmaßnahmen nutzen läßt.

Eines der Hauptprobleme liegt darin, daß die Bedrohungspotentiale des Informationskriegs vergleichsweise unscharf sind – begrifflich wie in der praktischen, sicherheitspolitischen und militärischen Beurteilung. Zum einen hängt dieser Sachverhalt mit dem erwähnten »dual-use«-Charakter der informationstechnologischen Systeme zusammen, zum anderen mit den – ebenfalls technisch bedingten – Schwierigkeiten auf seiten des Opfers, eine Bedrohung, ja selbst einen IT-gestützten Angriff zu erkennen, bevor er Schaden angerichtet hat. Solche Angriffe können in unvergleichlich hohem Maße aus der Distanz in Territorien und (ungeschützte) Infrastrukturen eindringen, und sie sind nahezu perfekt getarnt – im ungünstigsten Fall erkennen die zuständigen Organe erst, daß ein Staat Ziel eines Informationskrieges ist, wenn dessen Infrastrukturen bereits in ihren wesentlichen Komponenten lahmgelegt sind.

The White House: *National Plan for Information Systems Protection*, Washington, D.C. 2000

Ganz anders stellen sich die Verhältnisse in bezug auf Schutz- und Abwehrmaßnahmen im Informationskrieg dar. Sicherheitspolitisch betrachtet fehlt der Abwehr nämlich, von Ausnahmefällen abgesehen, die Fähigkeit, einen Angriff gezielt mit Gegengewalt zu beantworten. Die Ursache hierfür liegt im wesentlichen darin, daß Abschreckung und Vergeltung und ähnliche Defensivmaßnahmen mit »eingebauter« Gegendrohung im Informationskrieg wenig wirksam sind, da der Urheber elektronisch gesteuerter Angriffe schwer zu identifizieren ist. Die Quelle unberechtigter Eindringversuche in fremde IT-Systeme kann kurzfristig beziehungsweise in Echtzeit kaum, langfristig bestenfalls mit erheblichem Aufwand und, sofern die Angriffe aus dem Ausland erfolgen, höchstens durch internationale Zusammenarbeit aufgeklärt werden. Unter Gegnern in internationalen Konflikten entfällt jedoch diese Möglichkeit. Eine wirksame Defensive kann sich daher im Informationskrieg auf Abschreckung und Vergeltung nicht verlassen. Sie muß vielmehr auf Prävention, Schutz, Abwehr und einer Überwachung des sicherheitskonformen Systembetriebs aufbauen.




*Vom britischen Geheimdienst während des Zweiten Weltkrieges gefälschte Briefmarken, die der NS-Führung eine bevorstehende Machtübernahme Himmlers suggerieren sollten*

Wirtschaftlich-technisch-militärische Großmächte sind im Informationszeitalter in ihrer politisch-gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit in dem Maße gefährdet, in dem ihre Infrastrukturen IT-gesteuert und auf elektronischem Wege angreifbar sind. Gerade die am weitesten fortgeschrittenen Hochtechnologieländer sind mit einer völlig neuartigen Sicherheitsproblematik konfrontiert, die selbst für eine Großmacht wie die USA mit militärischen Mitteln allein nicht zu lösen ist. Militärisch überlegene Konfliktgegner sind der Bedrohung »asymmetrischer« Kriegsgführung in Form eines IT-Angriffs auf ihre technisch-wirtschaftliche Infrastruktur ausgesetzt.

Die Asymmetrie beruht auf einem Ungleichgewicht zwischen Angriffs- und Verteidigungsaufwand sowie zwischen Aufwand und Ertrag für den Angreifer. Die Wahl von Angriffsart, -ziel und -zeitpunkt ist bei der neuen Art des Kriegs ganz in das Ermessen des Angreifers gestellt, während der Verteidiger seine gesamte IT-Infrastruktur unablässig schützen muß. Elektronische Angriffe sind daher »preisgünstiger« und erfordern technisch und organisatorisch einen wesentlich geringeren Aufwand als ihre Prävention und Abwehr. Noch drastischer fällt

das Bilanzungleichgewicht bei erfolgreichen Angriffen aus, weil hier das Schadensausmaß durch Ausbreitung der Schäden auf Grund von Vernetzungseffekten enorm sein kann. Dieser Fall wird durch die so simple Verbreitung des email-Virus »I love you« illustriert, der weltweit Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht hat. Schließlich muß auf seiten des Verteidigers jede sicherheitstechnische Verbesserung erst einmal entwickelt und in die IT-Systeme eingebaut werden, was Zeit und Aufwand kostet. In internationalen Krisen und Konflikten kann solcher Zeitverzug ein entscheidender Nachteil gegenüber den Operationsbedingungen des Angreifers sein.





6 LE MIROIR

LES CRIMES DES HORDES ALLEMANDES EN POLOG

Deux photographies saisissantes prises à Lodz après la retraite des barbares

Comme en Belgique et en France, les champions de la "Kultur" ont donné aux habitants de la Pologne russe une idée exacte de la domination allemande. De tels documents venant après ceux que nous avons publiés sur la Serbie, se passent de commentaires. Ils ont été pris à Lodz après que l'ennemi eut b en retraite. On remarquera, sur la deuxième photograp que les spectateurs de la scène atroce se sont, d'ins saisi les mains pour garder leur sang froid et ne pas s'en

*oben: Postkarte mit der Darstellung von in Russisch-Polen bei Progromen 1905 ermordeten Juden*

*unten: Dasselbe Bild, das von der französichen Presse während des Ersten Weltkrieges dazu benutzt wurde, um angebliche Greuel der Deutschen im Osten zu belegen*

Solche Analysen legen die umfassende Prävention als wirksamste Verteidigungsstrategie nahe. Die US-Doktrin vom Oktober 1998 trägt dem Rechnung: Zwar sieht das Dokument auch defensive Strategien vor, läßt ansonsten jedoch die klare Absicht erkennen, die Angriffsarten und -möglichkeiten, die der Informationskrieg heute und in absehbarer Zukunft bietet, umfassend zu nutzen. Dabei wird der offensive Informationskrieg in Friedenszeiten ausdrücklich mit eingeschlossen. Es wird sogar unterstellt, daß solche Offensivmaßnahmen im Frieden ihre höchste Wirksamkeit entfalten.

Es stellt sich an diesem Punkt die Frage, ob und worin sich elektronischer Computerangriff und Internetkriminalität auf der einen Seite von offensiven IT-Maßnahmen regulärer Streitkräfte auf der anderen Seite unterscheiden, wenn sie sich der gleichen Mittel und Methoden bedienen. Für die US-Streitkräfte ist diese Frage rasch erledigt. Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch längst nicht das gleiche. Die Doktrin geht ganz selbstverständlich vom uneingeschränkten Vorrang der USA, ihrer staatlichen Ziele und nationalen Interessen aus: Der Informationskrieg ist innerhalb oder auch jenseits des herkömmlichen Gefechtsfeldes zu führen, wann immer dies die Kriegsziele der USA erfordern.

Tatsächlich gibt es für offensive Anwendungen des Informationskriegs, wie sie die US-Doktrin vorsieht, keine wirksamen internationalen, diplomatischen, rechtlichen und erst recht keine rüstungskontrollpolitischen Hürden oder Beschränkungen. Es kann und wird sie auch in absehbarer Zukunft nicht geben. Eine »Hegung« des offensiven Informationskriegs im Sinne des Kriegsvölkerrechts ist aus technischen Gründen grundsätzlich schwierig, in wesentlichen Elementen sogar völlig unmöglich.

Das Kriegsvölkerrecht unterscheidet zwischen der Berechtigung, einen Krieg zu führen (*ius ad bellum*) einerseits und der Zulässigkeit bestimmter Kampfmaßnahmen im Krieg (*ius in bello*) andererseits. Wie die »Joint Doctrine« hervorhebt, bemißt sich die Zulässigkeit des offensiven Informationskriegs in der Hauptsache – aber nicht ausschließlich – nach der Haager Landkriegsordnung (1907) sowie den internationalen Verträgen, deren Mitglied die Vereinigten Staaten sind. Das Kriegsvölkerrecht verlangt unter anderem den Schutz von Nichtkombattanten, die Begrenzung des Waffengebrauchs auf das militärisch Notwendige, die Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel und Maßnahmen sowie die Achtung der Unverletzlichkeit neutralen Territoriums. Es verbietet Heimtücke und vermeidbare Kollateralschäden des Waffeneinsatzes.

Zwar enthält die Doktrin ein Bekenntnis zu diesen Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts, zu den internationalen Verträgen der USA und der UN-Charta, doch erfolgt dieses Bekenntnis offenbar in der klaren Erkenntnis, daß der Verpflichtungsgehalt des Kriegsvölkerrechts in bezug auf den offensiven Informationskrieg gering ist. Hierzu heißt es in einem Rechtsgutachten des US-Verteidigungsministeriums aus dem Jahre 1999: „Wird ein Computernetzangriff aus großer Entfernung vom Ziel ausgeführt, ist es praktisch unerheblich, ob der ›Kombattant‹ eine Uniform trägt. Jedoch verlangt das Kriegsvölkerrecht, daß rechtmäßige Kombattanten in Übereinstimmung mit dem Kriegsvölkerrecht handeln, effektiv einer Disziplin unterworfen sind und von Offizieren befehligt werden, die für ihr Verhalten verantwortlich sind. Daher ist es notwendig, daß während internationaler bewaffneter Konflikte ›Information Operations‹ nur von Angehörigen der Streitkräfte als den Kombattanten ausgeführt werden dürfen. [...] Die große Entfernung und Anonymität von Computernetzangriffen mag deren Aufdeckung und Strafverfolgung unwahrscheinlich machen, aber es ist ein feststehender Grundsatz der Politik der Vereinigten Staaten, daß die US-Streitkräfte in voller Übereinstimmung mit dem Kriegsvölkerrecht kämpfen."

Ob die Streitkräfte bereit sind, das Kriegsvölkerrecht einzuhalten, ist rechtlich gesehen gar nicht die Frage – dazu sind Streitkräfte selbstverständlich immer verpflichtet. Fraglich ist vielmehr, ob und inwieweit das Kriegsvölkerrecht den offensiven Informationskrieg überhaupt erfaßt. Wie das Zitat selbst hervorhebt, hat die Problematik im wesentlichen drei Dimensionen:

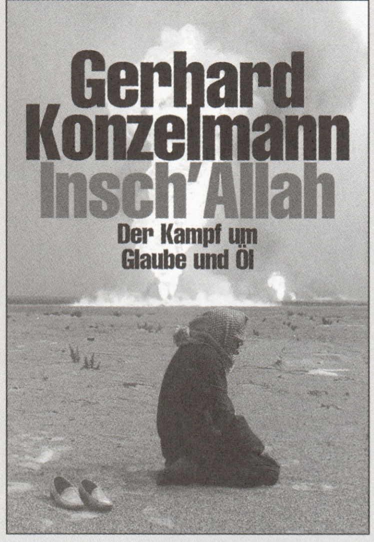
Lawrence T. Greenberg u.a.: *Information Warfare and International Law*, Washington, D.C. 1998

Zum einen erfassen die Begriffe des Kriegsvölkerrechts (Kombattant, Nichtkombattant, Waffe, Waffengewalt, Krieg, Nichtkrieg usw.) die Akteure, Mittel und Methoden des offensiven Informationskriegs nicht zureichend. In dem Maße, in dem die Offensivmaßnahmen der „Joint Doctrine" von 1998 nicht an einen Waffengebrauch gebunden ist, unterliegt er auch nicht dem Recht bewaffneter Konflikte. Zum anderen sind Rechtsverletzungen durch den offensiven Informationskrieg als solche (für den Gegner, einen neutralen Zeugen, ein Kriegsverbrechertribunal) grundsätzlich nicht erkennbar. Dies gilt in dem zitierten Beispiel sicherlich für den anonymen Konfliktgegner und ist im übrigen typisch für alle distanzfähigen, anonymen und verdeckten Operationen. Drittens sind Kombattanten und Nichtkombattanten in einem bewaffneten Konflikt, der mit Maßnahmen des offensiven Informationskriegs geführt wird, für einen Beobachter nicht mehr zu unterscheiden. So sieht etwa die „Joint Doctrine" die Mitwirkung nichtmilitärischer Behörden und Medien an der offensiven Informationskriegsführung der Streitkräfte vor. Die Mitarbeiter dieser Organisationen sind aber definitionsgemäß keine Angehörigen der Streitkräfte und daher keine Kombattanten beziehungsweise ihr Kombattantenstatus ist nicht überprüfbar und schon gar nicht offen erkennbar.

Bereits sehr skizzenhafte Überlegungen dieser Art lassen erkennen, wie schwach und fragwürdig die Bestimmungen des internationalen Rechts in bezug auf die neuen Formen des Krieges sind. Deutlicher noch als das zitierte Pentagon-Gutachten urteilt eine Studie der National Defense University in Washington, das 1998 zu der Auffassung gelangte, daß viele Staaten, einschließlich der USA, beim Einsatz offensiver Mittel des Informationskriegs nach Gesichtspunkten der Opportunität und nicht nach denen des internationalen Rechts verfahren.

Alexander Roßnagel u.a.: *Verletzlichkeit der Informationsgesellschaft*, Opladen 1989

Bleibt der Blick auf die deutsche Sicherheitspolitik und die Konsequenzen, die sie aus den neuen Entwicklungen und den Planungen vor allem der US-Streitkräfte zu ziehen sind. Versuche der militärischen und geheimdienstlichen Nutzung der neuen Techniken zu politischen und wirtschaftlichen Zwecken unternehmen angeblich viele Staaten. Die »Joint Doctrine« der USA wird diese Aktivitäten eher verstärken denn hemmen. Auch die Bundesrepublik Deutschland muß damit rechnen, daß – ähnlich der Spionage oder der Agententätigkeit – der offensive Informationskrieg als Routinemittel der internationalen Politik eingesetzt wird, mag das in das politisch naive Bild von der „Weltgemeinschaft" passen oder nicht. Die Informationsabsicherung in der Bundeswehr wird zwar als Defensivmaßnahme vorangetrieben, sie sichert aber nur eine notwendige Minimalbasis der deutschen Streitkräfteoperationen. Angesichts der (militärischen, technischen, wirtschaftlichen, medienabhängigen) Dimensionen des offensiven Informationskriegs ist eine umfassende Aufklärung und systematische Daten- und Lageanalyse internationaler Aktivitäten und aktueller Entwicklungen auf dem Feld des Informationskriegs zur Bildung einer sicherheitspolitischen Entscheidungsgrundlage dringend geboten.




472 Seiten, ISBN 3-7766-2316-0, € 24,90, Herbig

In seinem aktuellen und hervorragend recherchierten Hintergrundbericht verfolgt der Nahost-Experte den Weg Saddam Husseins vom Partner zum Feind des Westen. Er zeigt, wie es zur heutigen Entwicklung kam, welche Interessen die USA verfolgen und welche Gefahren dem Westen drohen.




368 Seiten, ISBN 3-7766-2289-X, € 29,90, Herbig

Hans-Peter Raddatz analysiert die islamischen Machtmechanismen und untersucht die Geschichte des »Djihads« im Islam. Der promovierte Orientalist deckt dabei die Gefahren auf, die entstehen, wenn sich islamischer Terror der Korruption, Desinformation und des organisierten Verbrechens bedient.

ROLF STOLZ

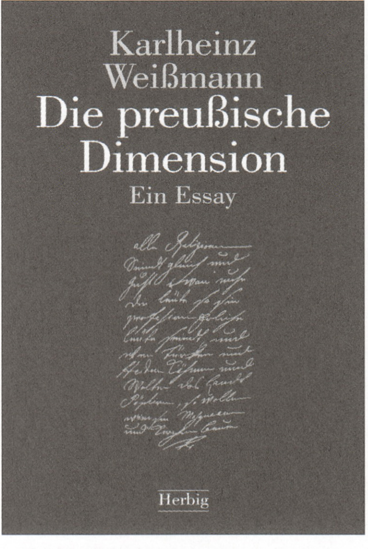
Deutschland, deine Zuwanderer

Fakten – Analysen – Chancen

HERBIG

224 Seiten, ISBN 3-7766-2292-X, € 22,90, Herbig

Welche Chancen und Gefahren entstehen durch die Zuwanderung? Rolf Stolz stellt fest, dass nur, wenn der Vorrang des Staatsvolks gewahrt bleibt, sich verhindern lässt, dass Deutschland von extremistischen Kräften auf beiden Seiten in eine heillose Konfrontation getrieben wird.




192 Seiten, ISBN 3-7766-2239-3, € 17,50, Herbig

In seinem temperamentvollen Essay erklärt Karlheinz Weißmann die Bedeutung der preußischen Kultur für unsere heutige Gesellschaft. Nicht als rückwärts gewandte Nostalgie wird hier das preußische Erbe beschworen, sondern als Modell für jede politische Ordnung, die im 21. Jahrhundert Bestand haben soll.

**www.herbig-verlag.de**

# The American Way of War

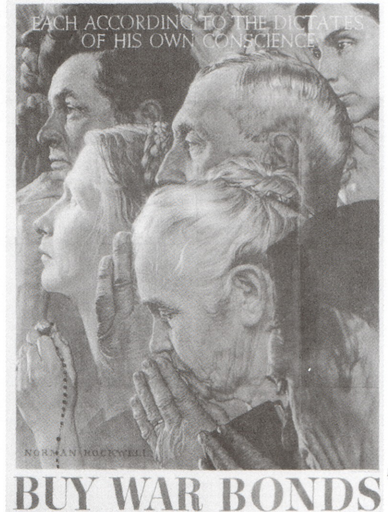
von Markus Abt

Schon Winston Churchill mußte die Erfahrung machen, daß das eigene Sozialprestige schwer leidet, wenn man in postheroischen Gesellschaften für einen Militärschlag plädiert: Denn in solchen moralisch aufgeladenen Sozialsystemen sind es Bekundungen des guten Willens und der guten Absicht, nach denen die „Guten" von den „Bösen" getrennt werden, nicht die Faktenlage oder ungemütliche Bedrohungsszenarien. Und so bekam Churchill die Etiketten „Kriegstreiber" und „Deutschenfeind" angehängt, gerade weil er in den dreißiger Jahren zu den wenigen gehörte, die vor den Aggressionsabsichten Hitlers warnten.

Erstaunlicherweise scheint das sonst so ausgeprägte Vergangenheitsbewußtsein mit Blick auf den Irak, also im Falle einer neuerlichen Entscheidung zwischen „Gut" und „Böse", keine historische Parallele zu kennen. Denn der gemeinsame Nenner aller linken und rechten Verschwörungstheoretiker ist der Glaube an eine aggressive amerikanische Weltherrschaft und an die besondere Neigung der USA, militärische Mittel zum Einsatz zu bringen.

Doch findet hier eine Verwechslung statt: Der auf moralischer Überheblichkeit beruhende Glaube vieler Amerikaner, amerikanische Werte seien universal gültig oder sollten es zumindest sein, führt keineswegs automatisch zu dem Ziel „Weltherrschaft", und eine solche ideologische Zielvorgabe ist im tatsächlichen militärischen Handeln der USA auch kaum zu erkennen.

Warum führen die Amerikaner Krieg? In erster Linie zur Durchsetzung eigener nationaler Interessen oder derjenigen verbündeter Staaten. Dazu gehörten bis zum Ende des Kalten Krieges, der bipolaren Weltordnung also, auch strategische Ressourcen. Seither hat die Globalisierung der Märkte, also ihre Öffnung über alle politischen Grenzen hinweg, die Bedeutung dieses Aspekts jedoch stark relativiert. Wichtiger ist heute, globale Energiequellen und Kommunikationswege einfach offenzuhalten. Ölkonzerne sind meist multinational organisiert, und so hat die direkte Kontrolle von Ländern, und damit ein zentraler Aspekt geostrategischer Überlegungen, erheblich an Relevanz verloren. Die Ölvorkommen Kanadas sind größer als die des Irak, die Förderregion um das Kaspische Meer boomt. Moderne Technik bietet zudem neue Möglichkeiten und Alternativen. Weder die USA noch Europa hängen daher von irakischen Öllieferungen ab. Umgekehrt gibt es für den Irak keine Alternativen: Er muß sein Öl verkaufen. Worin sollte also




*Plakat USA, nach einem Motiv von Norman Rockwell, 1943*

der strategische Vorteil liegen, das Land mit erheblichen Kosten zu erobern? Man erhielte so das teuerste Öl der Welt.

Vielleicht ist es an dieser Stelle sinnvoll, einige Sätze über die Verbündeten der USA und ihre Interessen einzufügen. Saudi Arabien erbat in den achtziger Jahren die Stationierung von US-Truppen im Land, weil es die eigenen Öltanker vor iranischen Angriffen schützen wollte. Dasselbe Saudi-Arabien rief nach der irakischen Invasion in Kuwait die Vereinigten Staaten dazu auf, das kleine Land gegen irakische Truppen zu verteidigen. Auch in Europa, genauer gesagt in Bosnien, erwiesen sich die Verbündeten aus eigener Kraft als handlungsunfähig, bis schließlich Großbritannien und Frankreich auf eine Beistandsgarantie der USA verwiesen und eine massive amerikanische Truppenpräsenz auf dem Balkan erbaten. In diesem Zusammenhang ist auch die Behauptung leichtfertig, die Vereinigten Staaten setzten sich gezielt mit ihren Truppen fest, um ein Koordinatensystem aus Kontrollpunkten und Einflußsphären aufzubauen. Vielmehr würden selbst aus Deutschland die US-Truppen mittlerweile abziehen, wenn die Bundesregierung sie dazu aufforderte. Dies alles steht also im krassen Gegensatz zur Behauptung eines tatsächlichen US-Imperialismus.

Ralph Peters:
*Fighting for the Future*,
Mechanicsburg, 1999

Zurück zum Glauben der Amerikaner an die eigene moralische Überlegenheit. Dieser Glaube ist nur schwer zu trennen von harten strategischen Überlegungen, aber in einigen Fällen wird man die Selbstlosigkeit der USA schwer bestreiten können. So war der Somaliaeinsatz 1992/93 ohne Zweifel eine humanitäre Mission zwecks Sicherung der Nahrungsvorräte für die notleidende Bevölkerung. Unter massivem öffentlichem Druck, der nicht zuletzt den Vorwurf der Untätigkeit erhob, engagierten sich die Vereinigten Staaten damals in Somalia, ohne dabei erkennbare nationale Interessen zu verfolgen. Zumindest dies mußten die Kritiker mittlerweile eingestehen. Erst eine militärisch erfolgreiche, aber politisch desaströse Operation gegen Mitglieder des Ai-Deed Clans führte zu einem überstürzten Rückzug aus Somalia. Nachdem sich die USA dann aufgrund der schlechten Erfahrungen 1994 nicht in Ruanda einmischten und dem Völkermord tatenlos zusahen, wurde der moralische Druck, 1999 im Kosovo einzugreifen, gewaltig. Der Kosovokrieg war insofern das Beispiel für einen – im Prinzip vermeidbaren – Krieg, der geführt wurde, weil moralische Überlegungen die treibende Kraft waren.

Unter den Gründen, die angeführt werden, wenn die Kriegslust der Vereinigten Staaten zur Debatte steht, steht der 11. September 2001 obenan, dies nicht zuletzt deswegen, weil die USA selbst den kompromißlosen Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausgerufen haben und ihre jüngsten Engagements in Afghanistan und im Irak so rechtfertigen. Doch setzte sich damit keinesfalls eine schon immer latent vorhandene und einseitig antiarabische Position Washingtons durch, wie oft behauptet.

In der Vergangenheit stützten die USA etwa Abdel Nasser in Ägypten, dessen Sturz Frankreich, Großbritannien und Israel während des Suezkonflikts 1956 betrieben. 1973 retteten die USA Ägypten ein zweites Mal, indem sie Israel massiv zu einem Waffenstillstand drängten. Jassir Arafat wurde 1982 aus dem Libanon gerettet, ungeachtet der prosowjetischen Positionierung der PLO. Die USA hielten sich auch zurück, als die Ölfirmen in Libyen, Saudi-Arabien und anderen Staaten Anfang und Mitte der siebziger Jahre enteignet wurden und die Ölkrise aufbrach.

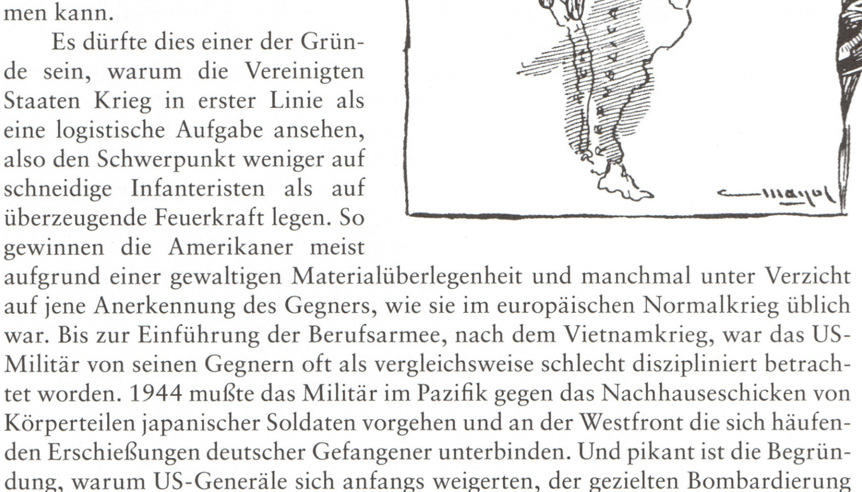
Antiarabisches oder antiislamisches Verhalten ist also kein Grundzug amerikanischer Politik. Es muß andere Argumente dafür geben, daß die USA den prowestlichen Schah von Persien im Stich ließen und außerdem von dessen fundamentalistischen Nachfolgern Demütigungen ertrugen. Die Mudjahedin und Taliban in Afghanistan profitierten von amerikanischer Unterstützung im Kampf gegen die Russen, Pakistan gegen den Erzfeind Indien. Somalis sind Muslime, Kosovoalbaner ebenso, und – ganz aktuell – setzen die USA Europa massiv unter Druck, um der Türkei den EU-Beitritt zu ermöglichen.

Ohne Zweifel vertritt Washington seine nationalen Interessen, aber seine Außenpolitik folgt erstaunlich selten gängigen Klischees. Handelten die USA ausschließlich realpolitisch oder gar unmoralisch, wären sie nach dem 11. September nicht gegen Saddam Hussein aufmarschiert, sondern betrieben seine Rehabilitierung mit dem Ziel, ihn gegen die Fundamentalisten einzusetzen. Ein geeigneterer Kandidat wäre im Nahen Osten kaum zu finden. Doch wäre dies innenpolitisch nicht vertretbar und ist somit keine Handlungsoption.
Daran zeigt sich schon, daß es für die USA ein strukturelles Hindernis gibt, um wie eine traditionelle Imperialmacht handeln zu können: Demokratische Regierungen sind vom Meinungsbild ihrer Bürger abhängig. So schrieb General Patton zum Jahreswechsel 1944/45 besorgt in sein Kriegstagebuch, man sei noch nie so nahe am Rande der Niederlage gewesen. Er schrieb dies, obwohl ein Sieg über die

Deutschen schon absehbar war. Was den amerikanischen Einsatz aus der Sicht Pattons viel stärker gefährdete als die Ardennenoffensive der Wehrmacht, waren die eigenen, verhältnismäßig hohen Verluste, die eine Genehmigung des Kongresses zur Aufstellung von sechs weiteren Divisionen ungewiß machten: Wähler zu opfern, hat schwerwiegende Folgen in Gesellschaften, in denen das Individuum höheres Ansehen genießt als der Staat und zudem über die Politik, die das Opfer fordert, abstimmen kann.

Dave Grossman: *On Killing - The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society*, New York 1996

Es dürfte dies einer der Gründe sein, warum die Vereinigten Staaten Krieg in erster Linie als eine logistische Aufgabe ansehen, also den Schwerpunkt weniger auf schneidige Infanteristen als auf überzeugende Feuerkraft legen. So gewinnen die Amerikaner meist aufgrund einer gewaltigen Materialüberlegenheit und manchmal unter Verzicht auf jene Anerkennung des Gegners, wie sie im europäischen Normalkrieg üblich war. Bis zur Einführung der Berufsarmee, nach dem Vietnamkrieg, war das US-Militär von seinen Gegnern oft als vergleichsweise schlecht diszipliniert betrachtet worden. 1944 mußte das Militär im Pazifik gegen das Nachhauseschicken von Körperteilen japanischer Soldaten vorgehen und an der Westfront die sich häufenden Erschießungen deutscher Gefangener unterbinden. Und pikant ist die Begründung, warum US-Generäle sich anfangs weigerten, der gezielten Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung zuzustimmen: Man sorgte sich weniger um den Gegner, mehr um die Auswirkungen auf die Moral der eigenen Truppe.




*Antiamerikanische Karikatur, Südamerika, um 1890*

Stephen Ambrose: *Citizen Soldiers*, New York 1997

Dementsprechend war der Einsatz der ersten Atombomben gegen Japan das Ergebnis einer simplen Rechnung, die über moralische Skrupel siegte: Im vierten Kriegsjahr, mit Blick auf beinahe 300.000 eigene Gefallene, bot die Bombe eine Alternative zu den weiteren 250.000 US-Soldaten, deren Tod für eine Eroberung des Inselstaates veranschlagt wurde. Das ließ die Entscheidung zum Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki relativ leicht werden.

Andererseits ist hervorzuheben, daß es den Begriff „Kollateralschaden“ nur deswegen gibt, weil auch die USA sich aufgrund gewachsener gesellschaftlicher Sensibilität darum bemühen, Zivilopfer zu vermeiden. Der qualitative Unterschied für den Beobachter wäre viel deutlicher, wenn die US-Truppen in Afghanistan so vorgingen wie die Russen dies dort taten oder in Tschetschenien heute tun. Wir wissen von Übergriffen des amerikanischen Militärs auf den Rheinwiesen 1945, an Jagst und Kocher während der Kämpfe um Heilbronn, im Pazifik oder in My Lai eben deshalb, weil die USA sich einer solchen Kritik stellen und als offene Gesellschaft fragen, weshalb beispielsweise 1 Prozent aller deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischen Lagern starb, während nur 0,7 Prozent aller US-Soldaten in deutscher Gefangenschaft umkamen. Solche Fragen sind in den Ländern vieler Kritiker der USA nicht möglich, ebensowenig wie Proteste gegen die Herrschenden.

Die Erfolge in der Pazifizierung von Deutschen und Japaner nach Kriegsende bestärkten die Amerikaner in ihrem Glauben, daß „Demokratisierung“ eine Investition in dauerhaft friedliche Beziehungen sei. Wie Jill Lepore schreibt, ist es genau aus diesem Grund wichtig, über die militärische Dimension hinaus zu denken. Wo der Sieger den Verlierern seine Version des Geschehens aufzwingen kann, entsteht ein doppelter Sieg. Denn ein Geschehen durch die psychologische Brille des anderen zu sehen, legitimiert dessen Auftreten und Verhalten.

Lepore, Jill: *The Name of War*, Boston 1998

Im Kalten Krieg entstand aus solchen Überlegungen die Maxime, vor allem „Verstand und Herzen“ der Gegner zu gewinnen. Mit dieser Doktrin, die innerhalb der *containment*-Strategie plaziert war, wurden die Stellvertreterkriege des bipolaren Zeitalters geführt. Jedoch kam es immer wieder zu Verhaltensweisen, die der Strategie des Vertrauensgewinns diametral entgegenstanden. So war aus Sicht das Kampfs um die Herzen die Entlaubungsstrategie in Vietnam kontraproduktiv, nicht zuletzt deshalb, weil es die Motivation der verbündeten vietnamesischen Truppenteile unterlief: Robert McNamara erkannte erst dreißig Jahre

später, daß in der Lageeinschätzung der Vereinigten Staaten der Kommunismus als Feindbild für die Motivationsgrundlage der Vietnamesen überbewertet wurde. Für die Vietnamesen ging es nämlich nicht in erster Linie um die Wahl zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern um nationale Fremd- oder Selbstbestimmung. Agent Orange wurde als Akt der Fremdbestimmung durch die Amerikaner wahrgenommen und deshalb auch von den Südvietnamesen abgelehnt.

Trotz dieses Einschätzungsfehlers wird oft fälschlich der Eindruck erweckt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten seien in Vietnam militärisch gescheitert. Dies trifft nur teilweise zu. Die Moral des Militärs war zwar erschüttert und es gab einige Zerfallserscheinungen. Das lag jedoch daran, daß sich der Verlust des politischen Willens, den Krieg siegreich zu beenden auf das Militär übertragen hatte. Ein wichtiger Grund war außerdem das jährliche Rotationssystem der Armee, das der begrenzten Einsatzzeit der Wehrpflichtigen geschuldet war: Die US-Armee befand sich militärisch nicht zehn Jahre in Vietnam, sondern eher zehn Mal ein Jahr. So schränkte die mangelnde Kontinuität die operative Handlungsfähigkeit stark ein. Entscheidend im Kampf um die Herzen und den Verstand der eigenen Bevölkerung war, daß Jahr für Jahr die Rückkehrer von der Härte des Kampfs und vom nicht zu vermittelnden Sinn des Engagements in Vietnam erzählten. Was nicht bedeutet, daß der Einsatz in Vietnam keinen Sinn hatte. Um Vietnam wurde nicht gekämpft, weil es strategisch wertvoll war, sondern es wurde strategisch wertvoll, weil dort zwischen den Stellvertretern der beiden Blöcke gekämpft wurde.

Michael Lind: *Vietnam- The Necessary War*, New York 1999

Nachdem die Tet-Offensive Anfang 1968 in die Geschichte als Sieg des Vietkong einging, obwohl sie tatsächlich sein Ende bedeutete, begriff das Militär die Macht der Medien. Nicht die Tatsachen waren entscheidend, sondern die Wahrnehmung der Vorgänge durch die Mehrheit der US-Bürger, deren politische Zustimmung für den weiteren Verlauf entscheidend war.

So rückte der „Medienplan" auf der militärischen Prioritätenliste nach oben, und zwanzig Jahre später war das US-Militär kaum wiederzuerkennen. Perfektioniert wurde die Kunst des Medienkrieges jedoch erst später, nämlich während des Kosovo-Krieges. Der Nato-Sprecher Jamie Shea erklärte danach: „Dies war der erste Medienkrieg. Alle Journalisten waren auch Soldaten. Es gehörte zu meiner Aufgabe, sie mit Munition zu versorgen, ihnen die Lauterkeit unserer Kriegsmotive und unserer Aktionen zu zeigen.“ Der Fachterminus lautet „Perzeptionsmanagement“; dies ist ein integraler und zur moralischen Rechtfertigung unverzichtbarer Bestandteil militärischer Strategie und Planung in der Gegenwart. Allerdings weist Perzeptionsmanagement auch jene Eigenschaften auf, die bei jeder Propaganda rasch dazu führen, rasch die Grenze zur Lüge zu überschreiten.

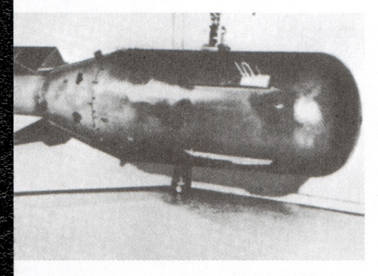
John N. Moore (Hrsg.): *The Vietnam Debate - A Fresh Look at the Arguments*, Maryland 1990

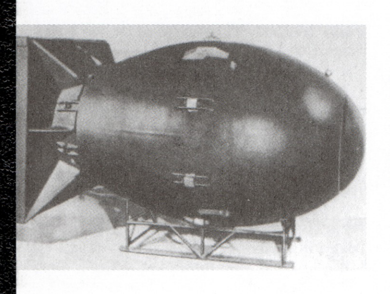
Berühmt geworden ist die Beschuldigung, die ein fünfzehnjähriges Mädchen nach der Invasion in Kuwait gegen den Irak vorbrachte: Es berichtete vor dem US-Kongreß, daß irakische Soldaten frühgeborene Säuglinge töteten, um die Brutkästen in den Irak zu verbringen. Später stellte sich heraus, daß es sich bei dem Mädchen um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington handelte und daß dies alles von der PR-Firma Hill & Knowlton als Bühnenstück für den Kunden Kuwait arrangiert worden war. Übrigens nutzte der deutsche Verteidigungsminister 1999 zur Rechtfertigung des Kosovokrieges vor der eigenen Bevölkerung ähnliche Methoden: Greuelberichte von Betroffenen wurden als Fakten behandelt, darunter die Behauptung, das Stadion in Pristina sei als Konzentrationslager mit 100.000 Insassen genutzt worden.

Aber es gab auch Lehren des Vietnamkriegs, die die Amerikaner nicht beherzigt haben. Als Nation mit einem westlichen Demokratie- und Staatsverständnis, zeigen sie eine Schwäche, die auch als „Zivilisationskrankheit“ betrachtet werden könnte und die Henry Kissinger folgendermaßen beschreibt: „Weil die Vereinigten Staaten Macht und Gewalt traditionell als einzelne, getrennte und aufeinander folgende Phasen betrachten, führen sie ihre Kriege entweder bis zur bedingungslosen Kapitulation, was sie der Notwendigkeit enthebt, eine Beziehung zwischen Gewalt und Diplomatie herzustellen, oder sie tun so, als wäre nach dem Sieg das militärische Element nicht mehr erforderlich und Diplomaten hätten jetzt die Pflicht, in einer Art strategischem Vakuum die Sache in die Hand zu nehmen. Darum haben die Vereinigten Staaten die militärischen Operationen 1951 in Korea eingestellt, sobald die Verhandlungen begannen, und 1968 als Eintrittspreis für die Verhandlungen die Bombardierung Vietnams gestoppt. In beiden Fällen hat das Nachlassen des militärischen Drucks die Anreize verringert, welche die Verhandlungsbereitschaft des Gegners überhaupt erst herbeigeführt hatten. Dadurch kamen die Gespräche wieder ins Stocken, und es gab neue Opfer. In der Schlußphase des Golfkrieges stellte sich heraus, daß die Vereinigten Staaten aus ihrer Geschichte nicht gelernt hatten. So wurde es einem total geschlagenen Gegner möglich, sich den vollen Konsequenzen seines Debakels zu

Henry Kissinger: *Die Herausforderung Amerikas - Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 2002

entziehen. Die Kriegsziele waren zu eng und zu legalistisch formuliert worden. Weil der Krieg wegen der Besetzung Kuwaits durch den Irak ausgelöst worden war, zogen die amerikanischen Entscheidungsträger den Schluß, daß mit der Befreiung des Scheichtums sowohl das Kriegsziel erreicht als auch das UN-Mandat erfüllt sei. Sie rechtfertigten diese Entscheidung, indem sie das Risiko weiterer Opfer bei einem Vormarsch auf Bagdad und die Wirkung weiteren Blutvergießens auf die öffentliche Meinung betonten, nachdem die Schlacht gewonnen schien. Sie erinnerten sich zwar an die zähen Verhandlungen in Korea und Vietnam, aber nicht an deren Ursachen." Dem hier als „legalistisch" bezeichneten Ansatz und den damit verbundenen Verzögerungen im militärischen Handeln verdankt auch eine ganze Zahl von Talibanführern ihr Leben.





*oben: Little Boy – die Atombombe, die Hiroshima vernichtete*

*unten: Fat Man – die über Nagasaki abgeworfenen Atombombe*

Der veränderte Anspruch an das Militär, die Transformation vom Krieger zum PR-Berater, schlägt sich auch im Ausbildungsstand der Führungskräfte nieder: Nach einer Studie des *North Carolina Centre for Creative Leadership* verfügen 19 Prozent der amerikanischen Manager, aber 88 Prozent der Brigadegeneräle der US-Streitkräfte über einen Hochschulabschluß. Noch nie zuvor hat man die Führungskräfte des Militärs so gut ausgebildet in Fragen der Wirtschaft und der Politik, während demgegenüber die Politiker noch nie so ungebildet und unerfahren in militärischen Fragen waren.

Das Militär hat zu siegen, das entspricht den Erwartungen der verantwortlichen Politiker. Dieser Sieg sollte aber auf politisch korrekte Art, „sauber" und „klinisch", möglichst ohne Verluste erfochten werden. *Desert Storm*, der kurze, heftige Golfkrieg 1991 gegen den Irak, sollte das militärische Paradigma sein, der klare Sieg auf dem Schlachtfeld, ermöglicht durch ein Zusammenspiel von technologischer Überlegenheit und passender Aufbereitung durch die Medien. In der Tat beeindrucken die Zahlen: Eine F-117 erreicht mit einem Feindflug und einer Bombe das gleiche, wofür im Zweiten Weltkrieg 4500 Einsätze und 9000 Bomben, während des Vietnam-Kriegs noch 95 Einsätze und 190 Bomben benötigt wurden. Jedoch entsprechen Szenarien wie *Desert Storm* gegen den Irak oder *Allied Force* gegen Restjugoslawien immer weniger der Realität moderner Krisenbewältigung. Sie sind Auslaufmodelle der Kriegsführung, besonders in ethnischen Krisengebieten. So haben Generäle der NATO die Politiker darauf hingewiesen, daß mit den Luftschlägen des Unternehmens *Allied Force* nur beschränkte Erfolge erzielt werden könnten. Im Nachhinein erwies sich dann, daß nur knapp 10 bis 15 Prozent der gemeldeten Erfolge auf Fakten beruhten. 37.200 Flugeinsätze erbrachten, laut NATO-Untersuchungen im September 1999, das bescheidene Resultat von insgesamt 26 Kampfpanzern, 12 Schützenpanzern und acht Geschützbatterien. Außerdem wird die Psychologie des potentiellen Gegners nach wie vor oft unterschätzt, weil dessen Schmerzgrenze und Leidensfähigkeit in der Regel die der Angehörigen westlicher Überflußgesellschaften weit übertrifft.

Martin van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*, München 1998

Zuletzt sind auch die Auswirkungen des Distanzkriegs auf die eigene Bevölkerung und den Rest der Welt schwer kalkulierbar. Je länger die Katze braucht, um die dreiste Maus zu fangen, desto stärker verschieben sich die Sympathien der Zuschauer zur Maus hin. Rasch und präzise müssen die Militärmaßnahmen ablaufen, damit sie auch psychologisch ihre volle Wirksamkeit entfalten und man den Konflikt erfolgreich beenden kann. „Krieger" müssen lediglich die klare militärische Niederlage vermeiden, um am Ende zu siegen. Westliche Soldaten müssen, im Gegensatz dazu, schnell und entscheidend siegen, um die Niederlage zu vermeiden.

Robert D. Kaplan: *The Coming Anarchy*, New York 2000
Ders.: *Warrior Politics – Why Leadership Demands a Pagan Ethos*, New York 2002

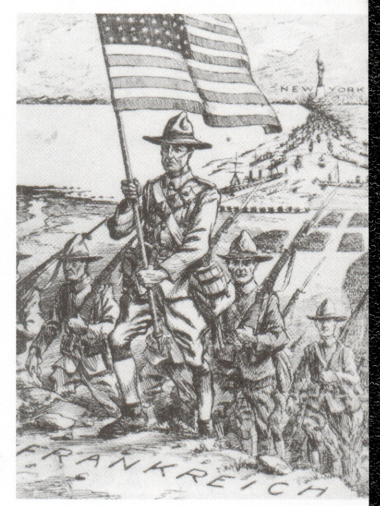
Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine der großen Gefahren, der die Sicherheitspolitik eines so exponierten Landes wie die USA begegnen muß. Man geht dort heute davon aus, daß nur ein Raketenschutzschild einen gewissen Schutz gewähren würde. Denn das Völkerrecht oder internationale Abkommen können die Verbreitung von ABC-Waffen nicht verhindern. Allein die 1998/99 durchgeführten Tests der „Taepo-Dong-Raketenprogramme" im unberechenbaren Nordkorea zeigen den Bedarf an Schutz vor Staaten, die vielleicht nicht nur durch Verträge vom Einsatz solcher Wirkmittel abgehalten werden können. Der politische Wille, solchen Bedrohungen zu begegnen und in den Schutz zu investieren, existiert zur Zeit fast ausschließlich in den USA, die das *Star Wars*-Programm im Rahmen der *National Missile Defense*-Strategie fortsetzen. Es ist naiv zu glauben, daß Europa keinen Bedarf an ähnlichen Entwicklungen habe, weil es nicht den gleichen Bedrohungen ausgesetzt sei. Tatsache ist, daß Europa und die USA in den Regionen, die neue militärische Bedrohungen aufbauen, als eng miteinander verknüpfte (Un-)Wertegemeinschaft angesehen werden. Die Frage, die sich letztendlich stellt, ist die, ob es nicht besser wäre, ein Raketenschutzschild zu haben und es nicht zu benötigen, als im Ernstfall eines zu benötigen und es nicht zu haben. So ein Schutzschild kann gegen Anschläge von der Qualität des 11. September nicht schützen; es entmutigt aber Staaten, in damit obsolet

George Friedman: *The Future of War – Power, Technology and American World Dominance in the 21st Century.* New York 1996

gewordene Atomwaffenprogramme zu investieren. Und es reduziert die Wahrscheinlichkeit eines Wettrüstens und erhöht sie nicht, wie oft behauptet wird.

Im Gegensatz zu den Europäern haben die USA eine realistische Vorstellung von dem, was das 21. Jahrhundert mit sich bringen wird. Das liegt vor allem an der Offenheit der Diskussion. Der schwindende Einfluß des Westens, die Emanzipation der Peripherie und die Tendenz, daß Konflikte von dieser Peripherie in den Entwicklungskern fließen, sind Gegebenheiten, die in Europas Sicherheitspolitik unzureichend berücksichtigt werden. Während man in Deutschland langsam zu der Einsicht gelangt, daß die große, vaterländische Panzerschlacht in der norddeutschen Tiefebene endgültig abgesagt wurde, befassen sich US-Experten schon seit Mogadischu intensiv mit dem asymmetrischen Krieg. Angehörige der *Special Forces* führten allein im Jahre 1996 über 2300 Kommandounternehmen in 167 Ländern durch, wobei durchschnittlich nicht mehr als 20 Soldaten zum Einsatz kamen. Der nichterklärte Krieg ist längst Wirklichkeit geworden.

Die USA reagieren mit der notwendigen Weitsicht auf solche Entwic ündigt, mit denen die eigenen Streitkräfte uneinholbar aufgerüstet werden sollen. Die sogenannte *Revolution In Military Affairs* (RMA) befindet sich in vollem Gange. Hinter den Begriffen *Network Centric Warfare* (NCW) und RMA verbirgt sich inhaltlich das gleiche: gemeint ist die beschleunigte, exponentielle Entwicklung der Militärtechnologie.




*Mit dem Ballon über den deutschen Stellungen abgeworfenes amerikanisches Flugblatt, 1917*

Die Amerikaner haben verstanden, daß in einer globalen Welt eine starre Militärdoktrin mit den klassischen Komponenten der Landesverteidigung einem Rückfall in jene Denkgewohnheiten gleichkäme, die die Maginotlinie hervorbrachten. Sie wissen, daß die Überlegenheit auf dem Schlachtfeld zukünftig durch die Kombination von Informationsdominanz und Geschwindigkeit erkämpft wird. Waren 7 Prozent der eingesetzten Mittel bei *Desert Storm* sogenannte intelligente Munition, so sind heute in den Waffenarsenalen der USA rund 80 Prozent von dieser Qualität.

Das Budget der US-Streitkräfte wird in den nächsten fünf Jahren in bestimmten Bereichen geradezu explodieren. Die Schwerpunktbildung folgt den Analysen, wonach die Informationstechnologie, der Raketenschutzschild und die präventive Kriegsführung im Rahmen von Spezialeinsätzen ohne Kriegserklärung die Sicherheit garantieren sollen. So sind für Auslandsbasen und Auslandsprogramme 47 Prozent beziehungsweise 157 Prozent an Mehrausgaben vorgesehen. Um 145 Prozent wird das Budget für die Entwicklung der weltraumunterstützten Kriegsführung aufgestockt, das für die Anschaffung von Informationstechnologie um 125 Prozent.

Alvin Toffler:
*War and Anti-War*,
New York 1993

Auf die Vorgabe, den eigenen Blutzoll möglichst gering zu halten, reagieren die USA mit umfassenden Maßnahmen der Robotisierung. Sie setzen damit auch konsequent Analysen um, die vom Schlachtfeld der Zukunft als einem urbanen, unübersichtlichen und für Distanzmittel nicht immer erreichbaren ausgehen. Selbst dem demographischen Problem der Geburtenschwäche tragen die Vereinigten Staaten damit Rechnung. So soll bis 2017 ein Drittel aller Kampffahrzeuge der US-Armee unbemannt sein. Die US-Luftwaffe plant, bis 2012 ein Drittel ihrer Langstreckenbomber ohne Personal fliegen zu lassen. Und die US-Marine reduziert ihr Personal bis 2015 um ein Drittel, erhöht dabei aber gleichzeitig Effektivität und Effizienz der Wirkmittel durch neue Schiffstypen.

Wesley Clark:
*Waging Modern War*,
New York 2001
William Owens:
*Lifting the Fog of War*,
New York 2000

Trotz aller Vorbereitung auf die Bedrohungen der Zukunft und eines wirklich erkennbaren Willens, gerüstet zu sein, lassen sich Schwachstellen in der Politik der USA und in ihrer inneren Entwicklung ausmachen. Ein erhebliches Problem ist der utopische Glauben an ein universales Wertesystem, demzufolge in jedem Menschen ein Amerikaner stecke, der „raus" möchte. Diese Überheblichkeit wird von nicht wenigen Kritikern als der eigentliche Grund für einen rabiaten Antiamerikanismus angesehen. Die zweite Schwachstelle ist die Fehleinschätzung, daß multiethnische Staaten wie Bosnien oder Afghanistan durch Sozialingenieure und den Vorgang eines künstlichen *nation building* zusammengehalten werden könnten, wobei der Zauberstab „Demokratisierung" heißt. Drittens – mit Blickwendung ins Land selbst – bedroht die ethnische Veränderung der US-Bevölkerung die innere Konsensfähigkeit, weil neue Zuwanderungswellen im Gegensatz zu ihren europäischen Vorgängern den Wertekonsens kündigen und sogenannte ethnische Brückenköpfe bilden könnten. Diese drei Faktoren führen zu einer nachhaltigen Erosion der kollektiven Energie und stellen die USA schon innerhalb der nächsten Jahrzehnte vor existentielle Schwierigkeiten, deren Umfang heute noch nicht abzusehen ist.

David Callahan:
*Unwinnable Wars*,
New York 1997

# Die Wirklichkeit des kleinen Krieges

von Cornelius Fischer

Am 20. März begann ein neuer Krieg am Persischen Golf. Monatelang konzentrierten vor allem die US-amerikanischen Streitkräfte Truppen und Kriegsmaterial in der Konfliktregion. Nach langen Querelen mit Bündnispartnern der NATO, den Vereinten Nationen und arabischen Staaten in Nahost begannen die USA nahezu im Alleingang ihre Offensive im Irak.

Ein schnelles Ende des Krieges ist nach den ersten Kampftagen indes nicht abzusehen. Dabei sind die Ausgangsvoraussetzungen für die amerikanische Kriegsmaschinerie scheinbar ideal: Ungestörter Kräfteaufwuchs in Drittstaaten, nahezu uneingeschränkte Hoheit im irakischen Luftraum, gangbares Gelände auch für Großgerät wie Kampf- und Schützenpanzer, gute Einsatzmöglichkeiten für modernste technische Aufklärungsträger wie beispielsweise Satelliten und ferngesteuerte Kleinstflugzeuge, die Aufklärungsergebnisse per Videosignal in Echtzeit übermitteln. Und dennoch – erste Bewertungen der Kampfhandlungen im Irak deuten darauf hin, daß sich die westliche Allianz trotz vorteiliger Ausgangslage schwerer tut, als dies von vielen Militärexperten im Vorfeld des Krieges für möglich gehalten wurde.

Warum kommt es nicht zum schnellen Kontersieg der mächtigsten Streitkräfte der Welt über die irakische Armee, die den GIs sowohl in Kampfkraft wie auch Gefechtswert haushoch unterlegen sein muß? Könnte sich dieser erneute Schlagabtausch am Golf zu einem langwierigen Waffengang entwickeln, an dessen Ende ein ‚erbärmlicher Gewinner' steht, der seine Kriegsziele weder taktisch-operativ noch strategisch erreichen konnte ?

Wird dieser großangelegte Krieg in mehrere ‚kleine Kriege' zerfallen, die konventionelle Streitkräfte nur schwer eindämmen und erfolgreich beenden können? Erste leise Zweifel an der angenommenen Unverwundbarkeit der Kriegsmaschinerie der westlichen Allianz klingen bereits an. Die Medienberichterstatter gebrauchen Begriffe wie ‚verlustreiche Straßenkämpfe', ‚Hinterhalt' und ‚Abnutzungstaktik', nachdem die Alliierten die ersten eigenen gefallenen Soldaten und deutliche Verzögerungen beim propagierten Marsch auf Bagdad hinnehmen müssen. In diesen ersten Tagen des Konflikts scheinen die irakischen Militärs tatsächlich auf eher unkonventionelle Strategien und Taktiken zurückzugreifen. Die irakischen Kämpfer vermeiden die offene Feldschlacht, in der ihr um bis zu

drei Technologiegenerationen veraltetes Material den modernen amerikanischen Kampfpanzern ‚*Abrams*' und den wendigen Kampfhubschraubern Typ ‚*Apache*' und ‚*Cobra*' hoffnungslos unterlegen wäre. Die militärische Führung der irakischen Streitkräfte scheint Willens, die gröbsten taktischen Fehler aus dem Golfkrieg von 1991 nicht zu wiederholen. Damals konnten amerikanische Panzer- und Panzerabwehreinheiten die irakischen Kampfverbände dezimieren, die entlang von Hauptversorgungsstraßen aufmarschierten und sich so der neuesten Waffentechnologie der US-Streitkräfte auslieferten. Dafür krallen sich im jüngsten Konflikt kleine irakische Einheiten und Verbände in Ortschaften fest, die entlang der Hauptrouten in Richtung Zentralirak liegen. So können die Iraker ihre mangelnde Fähigkeit, komplexe Gefechte im offenen Terrain zu führen, durch den geschickten Einsatz einfacher Infanteriewaffen etwas ausgleichen.

Den Amerikanern mag das wie ein böser Traum erscheinen: Bereits in den ersten Kriegstagen könnte die irakische Kriegsführung die Allianz so vor eine weitreichende Entscheidung stellen. Entweder entschließen sich die amerikanischen und britischen Truppenführer dazu, auch in kleineren Ortschaften den irakischen Widerstand Haus um Haus auszuräuchern, oder aber sie befehlen den breitangelegten Einsatz von Artillerie und Luft-Boden-Unterstützung. Jede Möglichkeit birgt unwägbare Risiken.

Im Orts- und Häuserkampf könnte die Westallianz die technische Überlegenheit ihres Materials nicht in gleichem Maße ausspielen wie im Kampf gegen feindliche Kräfte in Feldstellungen oder feindliche Panzerverbände. Ortskämpfe könnten besonders für die angreifenden Infanterieeinheiten der Westallianz verlustreich sein und es ist fraglich, wie die ohnehin am Thema ‚Kampf gegen den Irak' gespaltenen Bevölkerungen der westlichen truppenstellenden Nationen größere eigene Verluste hinnähmen. Wie selbstverständlich gehen weite Bevölkerungsteile der Industrienationen davon aus, daß Kriege heute fast chirurgisch geführt werden, daß ein möglichst hoher Technisierungsgrad der eigenen Streitkräfte dazu beiträgt, Freundverluste nahezu auszuschließen. Doch gerade diese Annahme trifft auf Kämpfe in bebautem Gelände nicht zu. Nur zu gut erinnern westliche Militärstrategen an die Schockwellen, die das Debakel der US-amerikanischen ‚Task Force Ranger' in den Straßen Mogadishus in Militärkreisen hervorrief. Dabei wurde Mitte der 90er Jahre ein Eliteverband der US-Armee im Häusergewirr der somalischen Hauptstadt beim Versuch, den Milizenführer Aidid zu ergreifen, von einheimischen Freischärlern dezimiert. Das US-amerikanische Militär reagierte, indem es die Ausbildungsanteile ‚Kampf in bebautem Gelände' für alle Infanterieeinheiten erhöhte und taktische Konzepte entsprechend anpaßte.

*US Field Manual 90-8, Counter Guerilla Operations,* US Armed Forces 1986



*Ein Arzt des britischen* Special Air Service *(SAS) versorgt Zivilisten im Oman (1972): eine der Maßnahmen, die den örtlichen Partisanen den Rückhalt entzogen*




*Wachsende Gefahr durch Partisanen zwingt zu Vorsichtsmaßnahmen: Sowietunion 1943*

Aber auch noch so realistische Trainingsszenarien reduzieren die hohen Risiken des Häuserkampfs kaum. An die Gefahren und potentiellen Verlustraten, die mit einer kampfmäßigen Eroberung Bagdads verbunden wären, möchte heute sicher noch kein alliierter Truppenführer denken.

Alternativ dazu stünde der Entschluß, irakische Widerstandsnester auch in zivilen Wohngebieten mit dem konsequenten Einsatz von Artillerie und Kampfbombern zu beseitigen. Damit müßte sich die Westallianz aber von der bisherigen operativen Vorgehensweise lösen, sogenannte Kollateralschäden auf ein Minimum zu reduzieren. Die Wirkung von Bildern im Zuge US-amerikanischer Luftangriffe getöteter irakischer Kinder und Greise auf die Weltöffentlichkeit könnte die Opposition gegen die ohnehin scharf attackierte amerikanische Offensive im Irak sowohl in der westlichen als auch in der arabischen Welt erheblich verstärken. Bilder aus Vietnam würden wachgerufen, Erinnerungen an Zeiten, als das amerikanische Militär mangels eines geeigneten Konzepts zur Führung eines ‚Kleinen Kriegs' zu Flächenbombardements mit B-52 Bombern griff – und damit jeden Kredit für ein Engagement im ehemaligen Indochina verspielte.

Charles W. Thayer: *Guerillas und Partisanen*, München 1964

Sollte es den irakischen Streitkräften gelingen, die Kampagne der Westallianz im Irak unter Anwendung von Kleinkriegstechniken in mehrere regionale Subkonflikte aufzubrechen, stünden die hauptsächlich amerikanischen Verbände vor einem ernsthaften Problem. Der ‚Fisch im Reisfeld', und damit meinte Mao Tse-Tung den hochmobilen leichtbewaffneten Guerillakämpfer, ließe sich von der Westallianz dieses Mal nicht so schnell stellen wie die schwerfälligen irakischen Panzerverbände noch 1991. Was also macht ‚Kleine Kriege' aus, die von den westlichen Militärmächten so gefürchtet werden?

Kleinkriege sind sicher keine Erfindung des 20. oder 21. Jahrhunderts. Irreguläre Banden und reguläre Einheiten wendeten ähnliche Taktiken schon seit Jahrhunderten an, ohne allerdings Bezeichnungen wie ‚*Guerilla Warfare*' oder ‚Unkonventioneller Kampf' zu verwenden. Kleinkriegsführung basiert im Wesentlichen darauf, die Größenvorteile eines an sich überlegenen Gegners durch hohe Mobilität und Initiative in der Kampfführung wettzumachen und dem Geg-

ner dabei die Gefechtsparameter Ort, Zeit und Stärke der beteiligten Truppen aufzuzwingen.

Bereits die Skythen praktizierten ‚*Hit and Run*'-Techniken gegen große Feldherren wie Darius und Alexander den Großen, und später gegen die Römer. Gerade die großen Armeen der Römer, die auf weite Logistikwege und stark ausgebaute Feldlager vertrauten, sahen sich über die Jahrhunderte fast permanent Angriffen von Streitkräften ausgesetzt, die nadelstichartig zustießen und sich sofort zurückzogen, sobald die gutgeölte, aber schwerfällige römische Kriegsmaschinerie die Entscheidung in einer Feldschlacht suchte. Es dauerte lange, bis die Römer erkannten, daß sie derart kämpfende Feinde nur mit gleichen Waffen besiegen konnten und das Konzept der leichtbeweglichen Infanterie entwickelten, die sich im schweren Gelände ähnlich wendig und schnell bewegen konnte wie beispielsweise angreifende Germanenstämme.

Field-Marshal Viscount Slim:
*Defeat into Victory,*
Cooper Square Press 2000

Aus diesen vor Jahrhunderten gemachten Erfahrungen lassen sich Erkenntnisse ableiten, die Angehörige westlicher Streitkräfte im Rahmen der Bodenoperationen gegen die sogenannten Terrornetzwerke in Afghanistan nach dem 11. September 2001 machten. Trotz Hubschraubertransport und nach Möglichkeit täglicher Versorgungsflüge erreichten die zu schwer bepackten und konditionell nicht immer gut vorbereiteten Soldaten der westlichen Streitkräfte kaum die hohe Mobilität der genügsamen irregulären Gebirgskämpfer, die sich durch schnelles Überschreiten von Gebirgskämmen und Bergpässen wieder und wieder Zugriffen entziehen konnten. Bis auf wenige Fälle gelang es den westlichen Einheiten deshalb nicht, die Angehörigen der terroristischen Strukturen in Afghanistan zu stellen und in Kampfhandlungen zu verwickeln, in denen sie ihre überlegene Feuerkraft hätten ausspielen können.

Die leidvollen Erfahrungen der deutschen Wehrmacht mit den Partisanen während des Rußlandfeldzugs ist ein weiteres Beispiel für die Quasiniederlage einer konventionellen Streitmacht gegen einen Feind, der den offenen Kampf mied und in Form von Handstreichen und Hinterhalten genau dann zuschlug, wenn es die deutschen Wachtposten oder anfänglich schwach geschützten Versorgungskonvois am wenigsten erwarteten. Selbst wenn es deutschen Jagdkommandos gelang, einzelne Gruppen von Partisanen zu isolieren und zu zersprengen, konnten sie der zellenartigen Struktur größerer Partisanenverbände nicht wirklich schaden. Am Beispiel der russischen Partisanen wird ein weiterer wichtiger Faktor der Kleinkriegsführung deutlich: Die Motivation und der unbedingte Wille zum Sieg. Auf Grund der Kriegsgre uel der deutschen Invasoren war ein Großteil der russischen ländlichen Bevölkerun g bereit, die Partisanen aktiv oder zumindest passiv zu unterstützen und dabei das eigene Leben zu riskieren. Die Partisanen hielten unter primitivsten Bedingungen in Winterverstecken aus, oft wochenlang von der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern abgeschnitten. Experten schätzen die Zahl der durch Hunger und Krankheiten umgekommenen Partisanen in den Anfängen des russischen Widerstands wesentlich höher als die Zahl der durch Kampfhandlungen Gefallenen.

Ganz ähnliche Erfahrungen mit einem hochmobilen und erfindungsreichen Gegner machte die französische Kolonialarmee in Indochina. Die französischen Generale verließen sich gegen die kommunistisch indoktrinierten Vietcong bis zuletzt auf gut ausgebaute Forts und versäumten es, den vietnamesischen Guerillas die Möglichkeit zu nehmen, sich abseits der gesicherten Fahrtstraßen und der genannten Forts zu bewegen. So konnten die Vietcong eine eigene Infrastruktur von Versorgungslinien und Waldlagern errichten, die es ihnen erlaubte, auch größere Truppenkontingente rasch zusammenzuziehen und zu verpflegen, gegen vorerkundete französische Ziele ins Gefecht zu führen und danach rasch zu zerstreuen, ohne die Kämpfer der Gefahr eines massiven Vergeltungsschlags der Franzosen auszusetzen.

Rolf Schroers:
*Der Partisan. Ein Beitrag zur politischen Anthropologie,*
Köln 1961

Die Vietcong perfektionierten mit Hilfe rotchinesischer Ausbilder diese Form des ‚Kleinen Kriegs' zu einer Kunst. Dabei profitierten sie in großem Maße von der mangelnden Initiative und taktischen Sorglosigkeit der Masse der französischen Einheiten, die sich auf den linearen Schutz von Konvois und Routinepatrouillen entlang der Versorgungsrouten sowie den statischen Wachdienst in befestigten ausgebauten Stellungen verließen. Die Vietcong konnten so bis 1953 die Kontrolle über weite Geländeabschnitte erringen und ihren Rückhalt in der örtlichen Bevölkerung zunehmend ausbauen. 1954 holten die vietnamesischen Guerilla zum Todesstoß gegen die französische Kolonialarmee aus - eine Aktion, die als die Schlacht von ‚Dien-Bien-Phu' in die Annalen der Kleinkriegsführung einging. Den Vietcong gelang es, eine Reihe untereinander vernetzter französischer Forts zu umzingeln. Zuvor hatten sie über Monate unbemerkt die umliegenden Höhenzüge besetzt und mit unendlicher Geduld und Leidensfähigkeit schwere Artilleriestücke nebst zugehöriger Munition in günstige Schußpositionen gebracht.

Die Franzosen realisierten das Ausmaß der Katastrophe erst, als es keinem Versorgungskonvoi mehr gelang, die französische Festung auf dem Landmarschweg zu erreichen. Auch die Versorgung aus der Luft gestaltete sich angesichts der massiven Luftabwehrfähigkeit der Vietcong immer schwieriger. Mehrere Entsatzversuche französischer Eliteverbände scheiterten ebenso wie Ausbruchsversuche der belagerten Soldaten. Im Mai 1954 kapitulierte der letzte Stützpunkt der französischen Armee bei Dien-Bien-Phu nach härtesten Nahkämpfen.

Bemerkenswert ist, daß die französische Armee aus dieser Niederlage lernte. Während der Gefangenschaft bei den Vietcong kamen viele der jungen französischen Offiziere mit dem Gedankengut Mao Tse-Tungs in Berührung und lernten seine Theorie vom ‚Fisch im Reisfeld' kennen. Sie verinnerlichten die Taktiken und Prinzipien der siegreichen Vietcong und transformierten große Teile dieser operativen Leitlinien so, daß daraus in Kombination mit den aufkommenden mobilen Funkgeräten und einem revolutionären Transportmittel mit vielseitigen Einsatzmöglichkeiten, dem Hubschrauber, eine moderne Doktrin zur Bekämpfung irregulärer Kräfte wurde.

Bereits Ende der 50er Jahre konnte die französische Armee diese Doktrin erfolgreich gegen die algerischen Rebellen einsetzen, die für die algerische Autonomie kämpften. In starkem Kontrast zur eher passiven Kampfesweise in Indochina, spürten kleine bewegliche Einheiten elitärer französischer Verbände aktiv die algerischen Terroristen in deren Bergverstecken auf und führten über Funk Verstärkungen heran, die mittels Hubschraubern auch in schwierigem Gelände angelandet werden konnten, um beispielsweise ausweichenden Rebellen den Rückzug abzuschneiden. So gewann die französische Armee die Kontrolle über die ländlichen Rückzugsgebiete der Rebellengruppen und schnitt ihnen den Zugang zu Ausbildungslagern und zur Nahrungsmittelversorgung ab. Lange bevor die Amerikaner ihre ‚*Winning the Hearts and Minds*' – Strategie im Umgang mit der einheimischen Bevölkerung in Vietnam propagierten, verbanden französische Militärärzte in Algerien Abszesse von Kleinkindern, unterstützten bei der Organisation von dörflichen Hygieneeinrichtungen und verteilten Impfstoff, um der französischen Administration die Sympathie der Bevölkerung zu versichern.

Militärisch ähnlich erfolgreich gelang es den Briten, die postkolonialen Konflikte in ihrem ehemaligen Verantwortungsbereich abzuwettern. Auch der britische Ansatz zur Bekämpfung irregulärer Kräfte, die sich Kleinkriegstaktiken bedienten, basierte auf dem erfolgreichen Versuch, den ‚Kleinen Krieg' direkt in die Verfügungsräume des Feindes zu tragen, um ihn nie in dem Maß zur räumlichen Entfaltung kommen zu lassen, wie es den Vietcong im Konflikt mit den Franzosen möglich war.

In Malaysia und auf Borneo entwickelten die Briten das Modell sogenannter Wehrdörfer. Dabei überzeugten sie die Dorfältesten abgelegener Siedlungen davon, britische Soldaten bei militärischen Aktivitäten im Umfeld des Dorfs vor allem durch Informationsweitergabe zu unterstützen. Im Gegenzug stellten die Briten den Schutz der Siedlung sicher und verhinderten so, daß männliche Jugendliche von Terroristen zwangsrekrutiert oder von diesen in großem Stil Nahrungsmittel requiriert wurden. Dieses Konzept wurde später von den Amerikanern im Vietnamkrieg verfeinert und vor allem in der Kooperation mit chinesischen, laotischen und kambodschanischen Stämmen gegen die nordvietnamesischen Kleinkriegsverbände weitergeführt. Inwieweit amerikanische Militärberater und Angehörige westliche Nachrichtendienste im jüngsten Irak-Krieg Kontakt mit Minderheiten im Irak aufnahmen, um diese zur Kooperation gegen die irakischen Streitkräfte zu bewegen, ist rein spekulativ.

Seit Jahrhunderten hat sich die Taktik von Kleinkriegskräften nur wenig geändert. Der vielleicht wichtigste Faktor der Neuzeit ist die gute Verfügbarkeit von Kommunikationsmitteln wie Mobilfunk oder Satcom. Dies ermöglicht auch irregulären Kräften, Aktionen über weite Entfernungen hin zu koordinieren und ein weitverzweigtes Logistiknetz zu errichten.

Konträr dazu verlief die Entwicklung, Ausrüstung und Ausbildung regulärer westlicher Streitkräfte, die nun in zunehmendem Maß von Großgerät und aufwendigen logistischen Unterstützungsleistungen abhängig sind, seit Beendigung des Kalten Kriegs aber wahrscheinlich nicht mehr gegen einen konventionell kämpfenden Gegner antreten müssen, der die Entscheidungsschlacht in panzergünstigem Gelände sucht. Es ist erstaunlich, daß die von Amerikanern geführte neueste Operation gegen Saddam Hussein dennoch auf eine symmetrische Verteidigungshaltung der irakischen Armee vertraut. Gerade die völlige konventionelle Unterlegenheit der Iraker läßt die Annahme zu, sich die irakischen Streitkräfte in ihren Verteidigungsoperationen an Kleinkriegstaktiken anlehnen. Bleibt abzuwarten, wie sich die westliche Allianz auf diese etwaige Herausforderung, gerade bei Kampfhandlungen in bebautem Gelände, eingestellt hat.

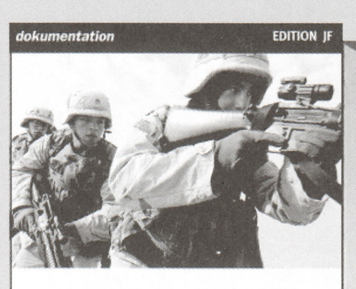
# Ein Kampf um Vorherrschaft

„Wir dürfen nicht in absoluten Begriffen von Gut und Böse denken. Aber wir dürfen und müssen erkennen, daß Amerika derzeit der übelste 'Schurkenstaat' der Welt und damit unser Hauptfeind ist. Der Hauptfeind ist nicht unbedingt derjenige, den man am meisten haßt oder mit dem man am wenigsten gemeinsam hat. Der Hauptfeind ist lediglich der mächtigste Feind, dessen Machenschaften die schlimmsten Folgen haben, dessen Einfluß am stärksten und am dauerhaftesten ist, dessen Produkte die Medien am meisten durchdringen, der über die meisten Überwachungsgeräte verfügt, der am ehesten Druck auf die Finanzmärkte ausübt, dessen militärische Präsenz die Welt am stärksten zu spüren bekommt, von dem die meisten multinationalen Konzerne abhängig sind."

*Alain de Benoist*

Alain de Benoist
**Die Schlacht um den Irak**
Die wahren Motive der USA
bei ihrem Kampf um Vorherrschaft
90 Seiten, Paperback, EUR 7,90
ISBN 3-929886-14-6

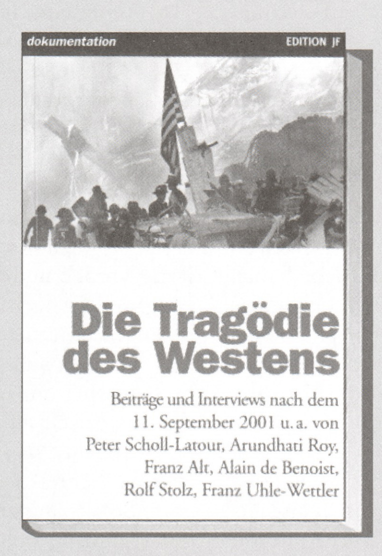
**Jetzt erschienen!**







*Überarbeitete und erweiterte 2. Auflage!*
Alain de Benoist
**Aufstand der Kulturen**
Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert. Neben dem aktuellen Manifest der „Nouvelle Droite" enthält dieses Buch Benoists programmatische politische Ideen. Neuauflage mit mehreren bisher nicht veröffentlichten Texten.
280 S., Pb., EUR 18,–
ISBN 3-929886-04-9




***Jetzt in 3. Auflage!***
Dieter Stein (Hrsg.)
**Die Tragödie des Westens**
Beiträge und Interviews nach dem 11. September 2001 u. a. von Peter Scholl-Latour, Arundhati Roy, Franz Alt, Alain de Benoist, Rolf Stolz, Franz Uhle-Wettler. Mit einem Vorwort von Dieter Stein.
128 S., Pb., EUR 9,90
ISBN 3-929886-10-3




Alain de Benoist
**Die Wurzeln des Hasses**
Ein Essay zu den Ursachen des globalen Terrorismus. „Der Hauptfeind ist und bleibt – heute mehr denn je – die globale Entfesselung der Logik des Kapitals ..." (Alain de Benoist). Eine schonungslose Analyse zur US-Weltpolitik.
64 Seiten, Pb., EUR 6,90
ISBN 3-929886-11-1

**In jeder Buchhandlung oder direkt bei der EDITION JF.**

## EDITION JF

Hohenzollerndamm 27 a • 10713 Berlin
Tel. 030-8 64 95 30 • Fax 030-86 49 53 14
www.jungefreiheit.de

# *Der Brand* – (k)ein Historikerstreit

von Christian Vollradt

„Über den Bombenkrieg ist viel geschrieben worden, seit langem aber nichts über seine Leideform“, konstatiert Jörg Friedrich einleitend in seinem im vergangenen November erschienenen Buch *Der Brand*. Detailliert schildert er darin, wie der anglo-amerikanische Feldzug zur Luft wissenschaftlich geplant, durchgeführt und am Boden erlitten wurde, wie die Waffe „Bombe“ funktionierte, die kein punktuelles Ziel fand, sondern Ziele schuf und so einen „Vernichtungsraum“ herstellte, wie die Strategie des *moral bombing* aussah, mit deren Hilfe der Durchhaltewille der Zivilbevölkerung gebrochen, Deutschland – laut Churchill – in eine Wüste verwandelt werden sollte, und wie wenig gerechtfertigt die Angriffe im Verhältnis zu ihrem militärischen Nutzen erscheinen. Drei Faktoren betont Friedrich im Gegensatz zur älteren Literatur über den Bombenkrieg: seine Dauer, seinen Zerstörungsradius und seinen Charakter als Brandkrieg. Immer wieder läßt er Augenzeugen zu Wort kommen, die das Geschehen erlebt haben, und er zitiert aus archivierten Aufzeichnungen, die unmittelbar nach den Bombenangriffen entstanden sind. Ein „Kolossalgemälde des Schreckens in den bombardierten Städten“ nennt der Militärhistoriker Horst Boog das Werk, das minutiös die Landkarte der Zerstörungen nachzeichnet.

Dem Vorwurf historischer Einseitigkeit entzieht sich der Autor, indem er weder die vorausgegangenen deutschen Angriffe, noch die hohen Verluste auf alliierter Seite verschweigt. Dennoch mußte sein aus der Opferperspektive gezogenes Resümee - wonach „die erste Nation, an der die losgelassene Kriegsfurie der Lüfte gründlich, konsequent und bis zur Verwüstung erprobt wurde, die deutsche gewesen“ sei -, für Aufsehen sorgen.

In den meisten Beiträgen der Debatte zu Friedrichs *Brand* wird die Vorreiterrolle des Autors hervorgehoben, der ein lange tabuisiertes Thema wieder aufgegriffen hat. Es sei, so stellte Volker Ullrich in der *Zeit* fest, in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik „gemieden“ worden. „Und dafür gab es gute Gründe: Denn wer vom deutschen Leid sprach, weckte den Verdacht, von deutschen Verbrechen ablenken und Schuld aufrechnen zu wollen“. Fast gleichlautend die Rechtfertigung von Hans-Ulrich Wehler in seiner Besprechung für die *Süddeutsche Zeitung*, der erklärt, warum sich seine Zunft mit diesem Thema noch nicht umfassender beschäftigt habe: Der alliierte Bombenkrieg gegen Deutschland „... war bisher in der Tat ein vernachlässigtes Thema der deutschen Zeitgeschichte“, weil „man den Vorwurf der Aufrechnung“ mit den Opfern des „Holocaust und des antislawischen Vernichtungskriegs“ scheute.

Hat Friedrich nun, indem er diese Scheu ablegte, einen „neuen Historikerstreit“ (Heimo Schwilk) ausgelöst? Folgt wieder eine Debatte, in der vor einem drohenden Revisionismus gewarnt und die Unvergleichbarkeit deutscher Verbrechen postuliert wird? Auf den ersten Blick gibt es tatsächlich Anzeichen dafür.

So wird moniert, daß Friedrich nicht permanent betone, daß: „Hitler und seine Deutschen ... den Krieg vorbereitet und entfesselt“ haben, oder daß der „englische Angriff auf deutsche Städte ... Reaktion, nicht Initiative“ (Wehler) war. Der Autor versäume „... weitgehend, den politisch-militärischen Kontext deutlich zu machen“ und halte sich, „... was die historisch-moralische Bewertung des Geschehens angeht, merkwürdig bedeckt“ (Ullrich). Dagegen pflichtet der Göttinger Gewaltforscher Wolfgang Sofsky ausdrücklich Friedrichs These bei, daß der verbrecherische Charakter des NS-Systems und die Tatsache, daß Deutschland den Krieg begonnen habe, nicht den Terror gegen die deutsche Zivilbevölkerung legitimierten: „Der Krieg ist kein Automat, bei dem die Gegenseite keine Verantwortung für ihre eigenen Mittel hätte“. Zwar, so Ullrichs Kritik, bezeichne Friedrich weder in seinem Buch noch in der Debatte die Verantwortlichen auf alliierter Seite als Kriegsverbrecher, impliziere dies jedoch durch den „emotionalisierenden Duktus der Darstellung“.
Ein weiterer Vorwurf gegen die Darstellung ist die „undisziplinierte Sprache“: Friedrich benutze für die Beschreibung des Bombenkriegs Begriffe, die „aus guten Gründen für den Vernichtungskrieg gegen Juden und Slawen reserviert“ waren (Wehler).

Wenn er brennende Luftschutzkeller als Krematorien bezeichnet, von Vernichtungsangriffen oder Massakern schreibt und die Toten Ausgerottete nennt, „... hat man sprachlich die völlige Gleichsetzung mit dem Holocaust". Mit Blick auf die von Wehler und anderen monierte Wortwahl Friedrichs – Massaker, Vernichtung, Krematorien, Bücherverbrennung – stellt Sofsky gegenüber der Zeitschrift *Geo* fest: „Sprachliche Vorbehalte werden manchmal aktiviert, wenn man in der Sache wenig einwenden kann, aber seine altgewohnte Reserve erhalten möchte. Man muß ...ein Verbrechen ein Verbrechen nennen, wer immer es verübt hat".

Vor solchen „moralisierenden Urteilen" warnt Wehler in einem *Spiegel*-Interview, in welchem er seiner Sorge über die mögliche Entstehung eines „modischen Opferkults" Ausdruck verleiht. Ein solcher Opferkult könnte eine „kostbare Errungenschaft der letzten Jahrzehnte" zerstören: „die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen jüngeren Geschichte".

Doch gerade diese (nicht immer ganz freiwillige) Selbstkritik ist über Jahrzehnte hinweg hoch emotionalisiert worden, vor allem mit der permanent wiederholten Abbildung der grausam entstellten Opfer. In diesem Fall sind moralisierende Urteile keineswegs verpönt, im Gegenteil herrscht oft genug ein volkspädagogischer, gerade mit dem Erschrecken erziehen wollender Tonfall. Friedrich selbst weist ausdrücklich auf den Wiedererkennungseffekt hin, der sich bei seinen Schilderungen einstellt. Unterschiedlich sei nur die Herkunft, nicht die Art der Opfer. Hinter der dadurch ausgelösten Provokation steht, so gibt er zu bedenken, „... daß all diese Formen des totalen Krieges bei uns besetzt sind mit der Barbarei des deutschen Menschen", was „wohl doch ein Irrtum" sei.

Der Vorwurf des unzulässigen Moralisierens prallt an Friedrich gerade deshalb ab, weil er die Unterscheidung von guten und bösen Opfern für obsolet hält. Und gegen die These der kollektiven Schuld deutscher Opfer führt er schlicht aus: Die Frauen und Kinder in den Luftschutzkellern haben den Krieg nicht begonnen und sie waren nicht die Adressaten, wenn es darum ging, ihn zu beenden. Für eine entsprechende Äußerung in der ZDF-Sendung „Der Bombenkrieg" erfährt Friedrich in der *Frankfurter Allgemeinen* Zuspruch, wohingegen seinem Gegenpart Ralph Giordano „umgekehrte Aufrechnung" vorgeworfen wird: „Daß es auch unter Deutschen Opfer gab, denen sich keine Schuld zurechnen läßt, ist für manchen ein schwer erträglicher Gedanke."

Was die Debatte über den Bombenkrieg trotz der in manchem Feuilleton gegen Friedrichs gerichteten Einwände von vorherigen Auseinandersetzungen um die Historisierung deutscher Vergangenheit – sei es der Historikerstreit, sei es die Auseinandersetzung um das Gedenken an den 8. Mai 1945 oder die Empörung über die Paulskirchen-Rede Martin Walsers – unterscheidet, ist das Fehlen eines Lagers, das die Diskussion per se für schädlich hält. Denn auch bei Wehler oder Ullrich wird der „Gezeitenwechsel der öffentlichen Wahrnehmung" nicht verdammt, sondern von einer „belebenden Diskussion", einer „reinigenden Debatte" und der Notwendigkeit historischer Vergleiche gesprochen. Das Tabu deutscher Opfer in der offiziellen Erinnerungskultur hatte eine Funktion, pflichtet Friedrich bei, die „Versöhnung mit den Gegnern". Heute dagegen sei die „kathartische Vergegenwärtigung" des Bombeninfernos, das die deutschen Städte und mit ihrer Zerstörung auch die historische Seele der Nation so nachhaltig beschädigte, wichtig. Die Auflagen seines Buches, seine Präsenz auf dem Bildschirm und die Besucherzahlen bei seinen Lesungen geben ihm bei dieser Einschätzung offenbar Recht.

Daß Friedrich das Wagnis des Tabubruchs augenscheinlich erleichtert wurde, liegt zu einem kleinen Teil auch an seiner eigenen politischen Vergangenheit als „Linksradikaler" oder „Trotzkist". Geprägt wurde er durch das Milieu der Achtundsechziger, wo man „... zum Verhalten der Nazi-Väter eine staatsanwaltschaftliche Attitüde einzunehmen" pflegte, wie er selbst zugab. Seine bisherigen Veröffentlichungen über die Nachkriegskarrieren von NS-Funktionären, über deutsche Kriegsverbrechen im Ostfeldzug und seine Mitwirkung an der Enzyklopädie des Holocaust lassen den Vorwurf der relativierenden Absicht seines aktuellen Werks ins Leere laufen. Auch er habe die Verheerungen deutscher Städte lange Zeit als eine gerechte Strafe verstanden und sei von dieser Einstellung erst durch die Lektüre der Akten des britischen *bomber command* abgekommen.

Für die große Resonanz, die *Der Brand* fand, mag auch verantwortlich gewesen sein, daß der Boden bereits vorbereitet war: durch die im Frühjahr 2002 erschienene Erzählung *Im Krebsgang* von Günter Grass, die die Katastrophe des 1945 versenkten Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff" wieder in Erinnerung rief – verfaßt von jemandem, dem nicht gerade der Ruf anhaftet, konservativ zu sein. Auch durch das Aufgreifen des Themas Vertreibung in Serien des *Spiegel* und des Fernsehens sei in diesem Jahr eine „neue Unbefangenheit" entstanden, werde es wieder möglich, „um Deutschland zu trauern" und „... jenseits aller Ressentiments Mitleid mit Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausgebombten zu haben", so Berthold Seewald in der *Welt*. Das Interesse am Bombenkrieg entspringe nicht einem „Wunsch nach revanchistischer, verharmlosender oder gar exculpierender Deutung". Stattdessen habe die „Geschichte die Deutschen wieder eingeholt" und sei an die Stelle von „allgegenwärtiger Schuld" getreten.

So überwiegt der Tenor, *Der Brand* sei „zur rechten Zeit" erschienen: „Die unbestreitbare Schuld der Deutschen", so Cora Stephan, „... hat es ihren Nachbarn lange Zeit ermöglicht, über die eigene Verstrickung hinwegzusehen". Es sei Zeit, auch das als Kriegsverbrechen zu bezeichnen, „... was man gewohnt war, als mehr oder weniger gerechtfertigte Rache hinzunehmen". Und Heimo Schwilk konstatiert, Wahrheiten hätten Konjunkturen, es herrsche das „... Phänomen eines Opportunitätskalküls, mit dem Tabus gebrochen werden, wenn sie reif sind".

Im sogenannten Historikerstreit von 1986 über die Frage der Vergleichbarkeit von Hitlers und Stalins Terror meinte Jürgen Habermas noch vor einer Rückkehr der Deutschen „... zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität" warnen zu müssen, die „die einzig verläßliche Basis unserer Bindung an den Westen zerstört". Dieser Ruf ist in der Debatte um *Der Brand* nicht zu vernehmen; wahrscheinlich hat das „moralische Grundgesetz der Bundesrepublik" (Seewald) seinen Bezug zur politischen Realität eingebüßt.

# „... den Mythos für das 20. Jahrhundert wieder lebendig werden lassen“

Fritz Langs Klassiker *Die Nibelungen* steht jetzt in einer DVD-Fassung zur Verfügung

von Karlheinz Weißmann

Als am Ende des 18. Jahrhunderts das *Nibelungenlied* wiederentdeckt wurde, schrieb der schweizerische Historiker Johannes Müller begeistert, diese Dichtung müsse zur „teutschen Ilias“ werden. Die Hoffnung erfüllte sich. Schon für die Romantik und den Vormärz war das *Nibelungenlied* ein Nationalepos, Entscheidendes leistete auch Wagner mit dem *Ring des Nibelungen*, obwohl der Stoff von ihm sehr stark verändert wurde, und für das Kaiserreich gehörte das *Nibelungenlied* bereits vollständig in den Kanon deutscher Mythologie. Dabei waren es immer zwei Motive, die trotz ihres Kontrastes gleichermaßen Bedeutung hatten: das des Drachenkämpfers Siegfried und das des heroischen Untergangs der Nibelungen in Etzels Halle.

Deshalb verstand jedermann, was mit der „Nibelungentreue“ des Reiches gemeint war, oder was während des Krieges ein Begriff wie „Siegfriedlinie“ bedeuten sollte, und nach der Niederlage bediente sich die „Dolchstoß“-Propaganda bewußt einer Ikonographie, die an die Ermordung Siegfrieds erinnerte. Die Krise der nationalen Symbolik, die der Zusammenbruch ausgelöst hatte, war zu diesem Zeitpunkt schon überwunden. 1924 notierte Alfred Döblin: „Es ist jetzt die Zeit der Nibelungenrenaissance“. Der Satz bezog sich auch auf den monumentalen Film Fritz Langs, der in demselben Jahr dem Publikum vorgestellt wurde und allgemeine Begeisterung auslöste.



*Filmszene: Hagen schützt Gunther in der brennenden Halle Etzels*

Lang hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen Namen als Regisseur. 1921 war *Der müde Tod* aufgeführt worden und verhalf ihm zu internationaler Anerkennung, 1922 drehte er – schon in Zusammenarbeit mit seiner Frau Thea von Harbou – den Kriminalfilm *Dr. Mabuse, der Spieler.* Lang verstand den Film ausdrücklich als Massenmedium und äußerte in bezug auf die *Nibelungen*: „Es mußte mir also darauf ankommen, in einer Form, die das Heilig-Geistige nicht banalisierte, mit den Nibelungen einen Film zu schaffen, der dem Volke gehören sollte und nicht, wie die ›Edda‹ oder das mittelhochdeutsche Heldenlied, einer im Verhältnis ganz geringen Anzahl bevorzugter und kultivierter Gehirne.“ Damit war gerade nichts gegen die politische Absicht des Films gesagt, den er ausdrücklich dem deutschen Volk widmete und der dazu dienen sollte, „... den Mythos für das 20. Jahrhundert wieder lebendig werden“ zu lassen. Bei der Uraufführung am 14. Februar 1924 hielt der Außenminister Gustav Stresemann eine Ansprache, und in der *Filmwoche* hieß es aus Anlaß der Premiere: „Ein geschlagenes Volk dichtet seinen kriegerischen Helden ein Epos in Bildern.“

Die Dreharbeiten für das aufwendige, aus zwei Teilen – *Siegfried* und *Kriemhilds Rache* – bestehende Werk hatten fast zwei Jahre in Anspruch genommen. Lang erklärte zwar, nicht mit der Monumentalität des amerikanischen Films in Konkurrenz treten zu wollen, aber Siegfrieds Kampf mit dem Drachen, die Burg Brunhilds inmitten eines Flammenmeers,

der Nebelwald und die Tarnkappe erforderten technisches Raffinement, die Massenszenen ein ungeheures Aufgebot an Personal. Die Realisierung der komplizierten Tricksequenz von Kriemhilds Falkentraum übertrug Lang Walter Ruttmann, der bekannt war für seine avantgardistischen Montageexperimente, als Kameramann verpflichtete er Carl Hoffmann, mit dem er schon früher zusammengearbeitet hatte. Bei der Besetzung der Hauptrollen verzichtete er ausdrücklich auf Stars, um *Die Nibelungen* in bewußt stilisierten Bildern ohne psychologische Note zu erzählen.

Das von Thea von Harbou geschriebene Drehbuch kam dieser Intention entgegen durch Vereinfachung der Charaktere. Der strengen Polarität von Gut und Böse entsprach die symbolische Bedeutung von Hell und Dunkel. Im ersten Teil sind Hagen und Brunhild schwarz gekleidet, Siegfried und Kriemhild tragen weiße Kostüme. Grau ist die Farbe Königs Gunthers, um seine unentschiedene Position zu kennzeichnen. Im zweiten Teil trägt die rächende Kriemhild ein schwarzes Gewand. Im ersten Teil ist Siegfried der Held, an dem kein Makel ist, dessen Tod das Schicksal aber vorgezeichnet hat, im zweiten Teil ist Kriemhild zwar von heroischem Glanz umgeben, aber doch unmäßig in ihrer Rache. Dominiert im ersten Teil die geordnete Welt, von der Kamera in langen ruhigen Sequenzen erfaßt, so wird im zweiten Teil die Starre und Bewegungslosigkeit aufgebrochen und mündet schließlich in einem apokalyptischen, fünfundvierzig Minuten andauernden Massaker.

Der Eindruck von Monumentalität, den Lang erzeugte, kam vor allem durch die „Stimmungsarchitektur" des Films zustande, die nach dem Konzept der Bühnenbilder Max Reinhardts entworfen worden war, und es erlaubte, die Schauspieler in übergroßen Räumen agieren zu lassen. Die kunstvolle Lichtdramaturgie tat ein übriges, die Wirkung zu verstärken und Szenen zu entwerfen, die Lang häufig ganz bewußt an Motive der Malerei von Max Klinger oder Arnold Böcklin angelehnt hatte.

Die *Nibelungen* machten Lang zu einem der wichtigsten deutschen Regisseure. Auch seine folgenden Arbeiten wie etwa der berühmte Film *Metropolis* waren große Erfolge. Die Karriere schien allerdings mit der nationalsozialistischen Machtübernahme beendet. Einige der jüngeren Produktionen Langs – *Die Frau im Mond* und *M – Mörder unter uns* – wurden verboten. Dagegen schätzte Hitler *Die Nibelungen* sehr und unterstützte die Herstellung einer vertonten Fassung des ersten Teils; die Aufführung von *Kriemhilds Rache* blieb bezeichnender Weise untersagt. Lang selbst, der jetzt als „Halbjude" galt, verließ Deutschland bereits 1933. Wie glaubwürdig seine Behauptung ist, Goebbels habe ihm die Stelle eines Reichsfilmintendanten angeboten, bleibt dahingestellt. Lang emigrierte zuerst nach Frankreich, dann in die USA, um in Hollywood seine Arbeit fortzusetzen. Obwohl auch später in seinen Filmen – bis hin zu *Der Tiger von Eschnapur* – großartige Kulissen und Massenszenen eine Rolle spielten, hat er alles getan, um die Erinnerung an den *Nibelungen*-Film vergessen zu machen oder doch dem Vorwurf zu begegnen, es habe sich um eine Frühform von „Naziästhetik" gehandelt; in einem wenige Jahre vor seinem Tod 1976 geschriebenen Brief stellte Lang allen Ernstes die Behauptung auf, es sei ihm darum gegangen, den Untergang des „Kapitalismus" metaphorisch vorweg zu nehmen.




*Filmplakat zur Erstaufführung*

Trotz des Erfolgs der *Nibelungen* und der relativ großen Zahl von Kopien, die angefertigt wurden, überlebte der Film nur in verstümmelten Fassungen. Erst nachdem man in den achtziger Jahren ausgerechnet in Moskauer Archiven ein vollständiges Exemplar des ersten Teils gefunden hatte und aus insgesamt fünf erhaltenen Kopien den zweiten rekonstruieren konnte, war das Münchener Filmmuseum in der Lage, das Original wiederherzustellen. Auf dieser Grundlage wurden jetzt zwei DVDs produziert, die neben dem vollständigen Film Aufnahmen von Fritz Lang am Set, Zeichnungen des Produktions-Designs sowie der Effekte von Erich Kettelhut und einen Vergleich zweier Drachen-Sequenzen (in *Siegfried* und dem gleichfalls 1924 uraufgeführten *Thief of Bagdad*) enthalten. Dem Film wurde außerdem wieder die originale Musik von Gottfried Huppertz beigegeben.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unserer kulturellen Lage, daß damit einer der großen deutschen Filme für den Interessierten nur mit englischen Texttafeln zur Verfügung steht. Offenbar ist man hierzulande kaum an diesem Erbe interessiert und zieht es vor, die in den sechziger Jahren entstandene, qualitativ gar nicht vergleichbare Fassung der *Nibelungen* dem Publikum wie jedes beliebige Sandalenopus zu präsentieren.

# *Potsdam Center for Transatlantic Security on Military Affairs*

von Manuel Ochsenreiter

„Studieren, wo andere Urlaub machen", mit diesem Motto wirbt die Universität Potsdam. Der ehemalige Bundesminister für Verteidigung, Rudolf Scharping, fand den Slogan so originell, daß er damit seine Rede anläßlich der Eröffnung des *Potsdam Center for Transatlantic Security on Military Affairs* (TSMA) würzte. Und im Urlaub befanden sich wohl auch die meisten Studenten, als das TSMA am 4. März 2002 eröffnete, denn es war mitten in den Semesterferien. Die Studenten der Universität wurden nicht einmal informiert. Statt mit dem sonst üblichen akademischen Pomp begann die Einrichtung ihre Tätigkeit eher diskret, gerade mal einige kleine Zeitungsmeldungen gaben die Gründung bekannt. Keine studentischen Abordnungen, keine groß angelegte Feierlichkeit, stattdessen eine interessante Mischung von hochrangigen Persönlichkeiten aus Politik, Militär und Rüstungswirtschaft. Gründungsschirmherr der Stiftung war Scharping, der in seiner erwähnten Rede ausdrücklich seine „besondere Genugtuung" bekundete. Scharping teilt sich das Protektorat übrigens mit dem früheren US-amerikanischen Außenminister Henry Kissinger. Außer Scharping wohnte noch der brandenburgische Innenminister und CDU-Landeschef Jörg Schönbohm der Zeremonie bei. Weiter sprachen bei der Veranstaltung der *Chairman* des *Defense Security Board* des US-Verteidigungsministeriums und ehemalige Stellvertretende US-Verteidigungsminister Bill Schneider sowie der Präsident der Universität Potsdam, Wolfgang Loschelder. Als Gründer und Direktoren des neuen TSMA traten die „Industriemanagerin und Zeithistorikerin" Margarita Mathiopoulos und Manfred Görtemaker, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, auf. Mathiopoulos wurde termingerecht nur drei Wochen vor dieser Veranstaltung zur Honorarprofessorin für Internationale Sicherheitspolitik ernannt.

Wo die Bezugspunkte des Instituts zukünftig liegen sollten, stellte Scharping bereits in den ersten Sätzen seiner Rede klar. Noch vor der pflichtschuldigen Erwähnung der „Höhen und Tiefen der preußisch-deutschen Geschichte" fabulierte Scharping über das „gutgewählte Datum" der Eröffnung: Denn genau 213 Jahre zuvor, am 4. März 1789, sei der amerikanische Kongreß das erste Mal zusammengetreten, um George Washington zum ersten US-Präsidenten zu wählen. Es folgte in Scharpings Rede der obligatorische Bezug auf das „... Band der gemeinsamen Werte und Prinzipien, das mittlerweile die Staaten, die Institutionen und die Menschen der ›Atlantic Community‹" umfasse, und auf Berlin als „Symbol für die transatlantische Partnerschaft schlechthin".

In einer Pressemeldung zur Institutseröffnung wurden dessen Ziele knapp zusammengefaßt: Das TSMA wolle „... einen Beitrag dazu leisten, die strategischen Interessen der Atlantischen Gemeinschaft im 21. Jahrhundert zu umreißen und die Prioritäten der deutschen, europäischen und amerikanischen Sicherheitspolitik neu zu definieren", das Institut werde Projekte „... zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im europäischen und transatlantischen Rahmen, zur neuen Rolle der Nato, zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit, zur Förderung der europäisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft, zur Prävention der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu transnationalen Risiken und Anti-Terrorstrategien, zu russischen und asiatischen Sicherheits- und Militärinteressen" verfolgen. Als letztes Projekt wird die Förderung der „Kooperation zwischen Rüstungsindustrie und Regierungen" genannt.

Für dieses Projekt scheint die Gründerin und Direktorin Margarita Mathiopoulos bestens geeignet. Bereits im Alter von zwanzig Jahren war Margarita Mathiopoulos 1977 als weiblicher Presseattaché der griechisch-zypriotischen Botschaft in Bonn beschäftigt. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde sie aber erst durch ihren Kontakt zu dem damaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bekannt. Der alternde Sozialdemokrat wollte die gerade dreißigjährige Mathiopoulos zur Pressesprecherin seiner Partei machen. Brandt kannte bereits ihren Vater, Basil Mathiopoulos, dem er „... während der griechischen Junta-Zeit wahrscheinlich das Leben gerettet" habe, wenn man der Darstellung von Mathiopoulos folgt. Allerdings paßte Brandts Kandidatin kaum in das Raster

sozialdemokratischer Personalpolitik. Die Parteilose war Stipendiatin der FDP-nahen Friedrich Naumann Stiftung und zu allem Überfluß mit dem CDU-Mann Friedbert Pflüger verlobt, damals noch Pressesprecher des Bundespräsidenten Weizsäcker.

Für die SPD war das alles zuviel, und die Partei opponierte so heftig gegen Brandts Entscheidung, daß der seinen Schützling fallen lassen mußte und nach heftigen internen Debatten sogar von seinem Amt als Parteivorsitzender zurücktrat. Daß Mathiopoulos schon damals „... vom Amerikanischen Traum und der Atlantischen Allianz" beseelt war, dürfte ihre Aussichten auf den prestigeträchtigen Posten bei der SPD auch nicht unbedingt verbessert haben; bereits war sie bei Karl Dietrich Bracher mit einer Arbeit über „Geschichte und Fortschritt im Denken Amerikas: Ein europäisch-amerikanischer Vergleich" promoviert worden.

Nach dem gescheiterten Anlauf in der Politik übernahm Mathiopoulos zwischen 1992 und 1997 die Funktion einer Pressesprecherin der NordLB, danach heuerte sie beim Rüstungskonzern British Aerospace an. Dort war sie für die Planung der Konzerngeschäfte in Nordamerika und Europa verantwortlich. 1995 übernahm sie zudem eine Honorarprofessur für US-Außenpolitik und Internationale Politik an der Technischen Universität Braunschweig. Seit Sommer 2001 ist sie Geschäftsführende Gesellschafterin des EAG European Advisory. Bei der EAG European Advisisory Group handelt es sich um eine GmbH, die unter anderem vom ehemaligen Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, General Klaus Naumann geführt wird. DEAG versteht sich als beratendes Scharnier und Vermittlung zwischen Politik-, Wirtschaft- und Rüstungsunternehmen. Zur reichhaltigen Angebotspalette des EAG-Konzerns gehören die Anfertigung politischer und strategischer Analyssen, Konfliktforschung, Anti-Terror-Strategien, sogenannte „Verteidigungsdiplomatie" sowie die Beeinflussung politischer und ökonomischer Entscheidungsprozesse. Damit, so die EAG in ihrer Selbstdarstellung, fülle sie eine wichtige Marktnische aus und wappne Eliten aus Politik und Wirtschaft für das 21. Jahrhundert. Neben Mathiopoulos und Naumann arbeiten auch noch der Ungarische Botschafter Istvan Gyarmati sowie Bill Schneider, dem Vorsitzenden des „Defense Science Board of the US-Department of Defense" eines Konzerns, der seinerseits enge Verbindungen mit dem TSMA-Institut eingehen sollte. Darüber amtiert sie als Vizepräsidentin der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft und ist Mitglied der Studiengruppe für „strategische Fragen" der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Sogar eine eigene, nach ihr benannte Stiftung hat sie bereits ins Leben gerufen. Sekundiert wird sie auch dort von ihrem Mann, dem mittlerweile zum Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Parteivorstands der CDU aufgestiegenen Pflüger. Die Stiftung beschäftigt sich „mit der Lösung religiöser und kultureller Konflikte" und mit „der Bewahrung liberaler Strukturen im Zeitalter der Globalisierung".

2002 trat die parteilose Mathiopoulos öffentlichkeitswirksam in die FDP ein („die einzigen wirklichen Modernisierer Deutschlands"), was den regierenden Sozialdemokraten nur mäßig gefallen haben dürfte. Dieser Umstand, so heißt es gerüchteweise aus dem Verteidigungsministerium, habe zur aktuellen Finanzmisere des TSMA-Instituts beigetragen. Denn finanziert wird die „unabhängige akademische Einrichtung" mit Hilfe von „privaten und öffentlichen Mitteln aus Deutschland und den USA". Dabei belaufen sich die jährlichen Kosten nach Auskunft der *Welt* auf 3 Millionen Euro. Bereits einige Monate nach der TSMA-Gründung gab es erste Probleme. Scharping soll noch als Verteidigungsminister eine Anschubfinanzierung von 250.000 Euro zugesagt haben. Über diese Zusage gibt es allerdings keine schriftliche Vereinbarung, und so fühlt sich das Ministerium nicht gebunden. Der FDP-Eintritt der Gründerin und Direktorin Mathiopoulos war wohl das falsche Signal an die potentiellen Geldgeber mit SPD-Parteibuch. Kritisiert wurde das unter anderem lautstark vom neuen Parteifreund, dem FDP-Bundestagsabgeordneten Werner Hoyer, der die Beschneidung als „geradezu kleinkariert" bezeichnete.

Bleibt schließlich die Frage, was das TSMA eigentlich mit der Universität zu tun hat? Das weiß selbst Mitgründer Görtemaker nicht genau zu sagen. Ihm zufolge ist einer der Berührungspunkte TSMA-Universität, daß beide Gründungsdirektoren zugleich Angehörige der Universität seien. Zum anderen solle die Professur für Militärgeschichte in die Institutsarbeit einbezogen werden. Dieser „in Deutschland einzigartige Lehrstuhl" (Scharping) wird von der Bundeswehr finanziert und hat nicht zuletzt jene pazifistischen Reflexe ausgelöst, die sich auch gegen das TSMA-Institut richten. Dabei ist die Vorstellung einer deutschen militärischen Denkfabrik im Herzen des längst vergangenen Preußen ganz absurd. Dessen Zielsetzung hat gerade nichts zu tun mit einem neuen deutschen Großmachtstreben. Das TSMA wird, sofern es seine zukünftige Finanzierung erlaubt, als eine Art Filiale der amerikanischen Rüstungslobby fungieren. Daran ändert auch die für passionierte Kriegsgegner beunruhigende neue Ballung militärischer Einrichtungen in der brandenburgischen Landeshauptstadt (Einsatzführungskommando, Militärgeschichtliches Forschungsamt und jetzt eben TSMA) gar nichts.

# Relativer Bellizismus

Thema „Krieg" auf der 3. Winterakademie des Instituts für Staatspolitik

von Cornelius Fischer

Der Kinderpsychologe Bruno Bettelheim, Angehöriger der Frankfurter Schule, wurde in den 60er Jahren einmal gefragt, weswegen um alles in der Welt nach wie vor die kleinen Buben mit Zinnsoldaten spielten. Bettelheim soll geantwortet haben, daß es mit Zinnpazifisten einfach nicht zu machen sei.

Die Frage hätte abstrakter gestellt werden können: Wenn davon auszugehen ist, daß Krieg ein Konstrukt oder eine anerzogene Disposition sei, warum ist er dann noch nicht aberzogen? Oder knapper: „Krieg – nur eine Erfindung?" So fragte der Historiker Karlheinz Weißmann in seinem Einführungsvortrag zur 3. Winterakademie des Instituts für Staatspolitik (IfS), die Ende Februar zum Thema „Krieg" veranstaltet wurde. Weißmanns Antwort, daß Krieg keine Erfindung, sondern eine anthropologische Konstante sei, war zu erwarten: Zu Weißmanns Schutz muß auch gesagt werden, daß er die Frage nicht in der Hoffnung stellte, sie mit einem „Ja" beantworten zu können. Zuviel stichhaltige Forschung hat den eigentlich evidenten Sachverhalt erhärtet und alles Fabulieren von künstlichen und pädagogisierbaren Sozialkonstrukten wenigstens in diesem Feld widerlegt. Und doch war Weißmanns Fragestellung mit Blick auf die Unfähigkeit der deutschen Politik, politisch zu denken, richtig gestellt und verriet etwas über den pädagogischen Ansatz der für ein junges Publikum konzipierten Akademie.

Um zu erklären, worum es Weißmann – und damit dem Institut für Staatspolitik – ging, könnte es hilfreich sein, ihn selbst einer der Grundeinstellungen zuzuordnen, die er in seinem Vortrag beschrieb. Daß es angesichts der außergewöhnlichen Bedeutung des Krieges für die Geschichte des Menschen unabdingbar sei, sich zu diesem Phänomen zu verhalten, führt zu vier idealtypischen Positionen: Der absolute Bellizismus, das heißt die Auffassung, daß der Krieg „natürlich" und insofern gerechtfertigt sei, und der relative Bellizismus, der den Krieg für ein notwendiges Übel hält, das eben nicht nur negative Seiten hat, sondern auch als „Stahlbad" der Völker dient, stehen den beiden pazifistischen Positionen gegenüber: Hier ist der relative Pazifismus noch bereit, den Krieg als *ultima ratio* zu begreifen, wobei möglichst alle militärischen Aktionen vermieden werden sollten. Kompromißlos gegen jedwede Gewaltanwendung – und damit auch gegen den Krieg – tritt hingegen der absolute Pazifismus an.

Wie immer berühren sich die Extreme wie die Enden eines Hufeisens. Beiden absoluten Haltungen hängt etwas Religiöses an, etwas von der Politik Gelöstes: Wenn der absolute Bellizist um des Töten willens tötet und seinen Urtrieb feiert, ist er nicht weit entfernt vom absoluten Pazifisten, der die „Ethische Irrationalität" (Max Weber) der Welt nicht erträgt und sich zur Tatenlosigkeit verdammt. Politisch in dem Sinne, daß Krieg und Politik aufeinander bezogen und in ihrem Verhältnis nicht entfremdet begriffen würden, sind nur die beiden mittleren Positionen. Hier hat auch das Denken Weißmanns seinen Platz: Es ist politisch, kreist um das Machbare und kann dem Lager des relativen Bellizismus zugeordnet werden, weil es an anderer Stelle – und im Verlauf der Akademie ebenfalls immer wieder – die Dekadenz als eines der Grundübel deutscher Staatlichkeit ausmacht. Krieg, Auseinandersetzung an sich sind dann Antriebskräfte einer Wiederbelebung altruistischer Tugenden wie Selbstlosigkeit und Kameradschaft. So zu denken, folgt dem Beispiel von Moltkes, der den berühmten Satz sprach: „Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner", mißverstanden und ausgebeutet ohne seine Fortsetzung: „Ohne Krieg würde die Welt dem Materialismus verfallen". Moltke verrät sich mit solchen Worten als Vertreter des relativen Bellizismus. Daß der Verfall kategorischer Ordnungen und die damit einhergehende Dekadenz bereits einmal eine halbe Generation zu absoluten Bellizisten gemacht hatte, beschrieb der Germanist Frank Lisson in seinem Vortrag über „Die schönen Gedanken, die töten". Es waren eben nicht nur ein paar Einzelne, die sich auf „blutbetauten Wiesen" (Ernst Jünger) eine Revitalisierung ihrer eigenen Substanz und der ihrer Nation erhofften. Weißmanns Vortrag ist – in stark gekürzter Fassung – in diesem

Heft dokumentiert (S. 14-19). Auch der sicherheitspolitische Berater der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erich Vad, hat seine Gedanken über „Friedenssicherung und Geopolitik im Denken Carl Schmitts" (S. 20-25) auf der Akademie des IfS vorgetragen, ebenso Oberst a. D. Klaus Hammel sein Autorenportrait über den israelischen Militärtheoretiker Martin van Creveld (S. 2-7). Und gerade Vad verwirrte, weil er völlig unvoreingenommen den „jüngsten Klassiker des politischen Denkens" (Bernhard Willms) auf die ganz aktuelle Außenpolitik der Bundesrepublik bezog: Vad zerlegte Joschka Fischer mit Carl Schmitt, ohne sich durch die zeitweilige Nähe Schmitts zum NS dessen Denken von vornherein zu verbieten. Gleichzeitig aber plädierte Vad beinahe vehement für einen fairen Blick auf die USA und für einen analytischen, lernbegierigen Blick auf ein gerade aus staatspolitischer Sicht faszinierendes Phänomen: daß es nämlich den Vereinigten Staaten gelungen sei, über einen nationalen Mythos im Ernstfall eine homogene Mobilisierung ihrer völlig heterogenen Bevölkerung zu bewerkstelligen.

Daß das Imperium dabei sei, die ohnehin schon brüchige internationale Rechtsordnung zu pulverisieren, war neben dem realpolitischen Ansatz der zweite rote Faden der Winterakademie. Der Historiker Dag Krienen von der „Deprivatisierung zur Reprivatisierung des Kriegs". Wie kann die Errungenschaft einer „Hegung des Kriegs" erhalten bleiben, wenn der Krieg absolut wird und das Zivilleben in einer totalen Mobilmachung den selben Arbeitscharakter annimmt wie die Streitkräfte? Eine Diskussion der Thesen des Buchs *Der Brand* von Jörg Friedrich zeigte, daß genau diese Analyse einer totalen Mobilmachung zur Konzeption einer flächenhaften Störung und Zerstörung des Räderwerks „Stadt" geführt habe.

Mittlerweile sind die Methoden feiner geworden: Ein Vortrag über den „Offensiven Informationskrieg", entlang der Analysen von Gebhard Geiger (siehe in diesem Heft S. 26-31), zeigte, daß im Zeitalter des Angriffs ohne Vorwarnzeit die einzige Verteidigung in der Prävention liege: Neue Militärdoktrinen der USA sprechen die Notwendigkeit des Präventivkriegs in den Bereichen Proliferation, Terrorismus und vor allem des computergestützten Informationskriegs offen aus. In der Tat ist der nichterklärte Krieg auf der Ebene des Kommandounternehmens längst Realität. Das Kriegsvölkerrecht erfährt dabei eine weitere Aushöhlung, weil am Computer zwischen Kombattant und Nichtkombattant kein Unterschied mehr besteht.

Das Recht zur Prävention leitet sich dabei nicht zuletzt aus einem wichtigen Bestimmungsstück der postmodernen Kriegsführung her: der Asymmetrie. Der Aufwand, in einem Computerladen Hard- und Software zu kaufen und zu hacken steht in keinem Verhältnis zu den Schäden in den Infrastrukturbereichen eines Staates, die Ziel des Hackerangriffs waren. Mit einem Teppichmesser, einem Großraumflugzeug und einem Hochhaus verhält es sich ebenso.

So kreiste die Akademie um drei Themen: um das Verhältnis zwischen Politik und Krieg, um die Hegung und um die Asymmetrie des neuen Krieges. Daß zumindest die ersten beiden Problembereiche mit der Schwäche der Staatlichkeit und dem Aufgeben des Machtmonopols durch den Staat zu tun hätten, wurde in der Abschlußbesprechung herausgehoben.

## Heiliger Krieg – im Westen

Christoph Auffarth: *Irdische Wege und himmlischer Lohn. Kreuzzug, Jerusalem und Fegefeuer.* Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 144. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 2002, 320 S., mehrere Abbildungen, EUR 36.00

Friedrich Münter (Hrsg.): *Statutenbuch des Ordens der Tempelherren.* Neuausgabe der Fassung von 1794 mit einem Vorwort von Peter Dinzelbacher, Sinzheim: AAGW 2002, 416 S., auf 500 Exemplare begrenzte Auflage, EUR 60.00 (Nur direkt zu beziehen über AAGW, Lothar von Kübel Straße 1, 76547 Sinzheim)

Peter Dinzelbacher: *Die Templer. Ein geheimnisumwitterter Orden.* Freiburg i. Br.: Herder 2002, EUR 8.90

Die Idee des Heiligen Krieges gilt heute als unverständlich und fremdartig. Daß sie für die Geschichte des Krieges eine wesentliche Rolle gespielt hat und zwar auch für die europäische Geschichte des Krieges, ist fast vergessen. Deshalb klärt der Religionswissenschaftler Christoph Auffarth mit seinem Band *Irdische Wege und himmlischer Lohn* zuerst die Grundlagen dieses Vorstellungszusammenhangs und beginnt seine Darstellung mit einem zentralen Problem der mittelalterlichen Geschichte: dem Verständnis der Eschatologie. Einer populären Meinung nach lebten die Menschen des Mittelalters in permanenter Endzeiterwartung und fürchteten besonders um ihr Seelenheil angesichts des bevorstehenden Gottesreichs. Auffarth bezweifelt die Richtigkeit dieser Interpretation, wie er auch bezweifelt, daß eine solche Furcht der Auslöser für den Ersten Kreuzzug im Jahr 1096 gewesen sein kann. Seiner Auffassung nach war die mittelalterliche Eschatologie in erster Linie „präsentische Eschatologie“: „Eschatologie als die volle, unbestrittene Herrschaft Gottes wird als schon weitgehend realisiert angesehen; Christus als der Triumphator ist überall in Bild und Wort dargestellt. Das Weltende kann diese Realität nur bestätigen, nicht umkehren.“

Das bedeutete für die Kreuzzüge, daß sie als Ausdehnung der Gottesherrschaft verstanden wurden, aber nicht als Eroberungszug, als Verteidigung des byzantinischen Reiches oder der Ostkirche gegen die Turkvölker. Wie der Nestor der Forschung Carl Erdmann deutet auch Auffarth den Kreuzzug als „bewaffnete Wallfahrt“. Deshalb spielte für die Entscheidung zur Teilnahme das individuelle Heil eine so außerordentliche Rolle. Allerdings verschränkte sich die Idee, man werde durch den Zug nach Jerusalem seiner Bußstrafen ledig, rasch mit einer anderen, nämlich der, daß der im Kampf gegen die Ungläubigen Gefallene auch keine jenseitigen Strafen fürchten müsse, mehr noch, daß er wie die Märtyrer direkt in den Himmel eingehen werde.

Diese eng mit dem Gedanken des Heiligen Krieges verbundene Vorstellung steht eigentlich fremd in der christlichen Überlieferung. Man hat deshalb immer wieder Mutmaßungen über ihre Herkunft angestellt und auch gemeint, es liege eine Übernahme aus dem muslimischen Bereich vor, wo dem im Dschihad getöteten Krieger paradiesische Freuden versprochen wurden. Auffarth arbeitet nun im zentralen Kapitel seines Buches heraus, daß diese Annahme in die Irre führe. Man sollte vielmehr eine Neuentdeckung der Makkabäerbücher des Alten Testaments zu Grunde legen, deren Spuren sich von der Zeit des Ersten Kreuzzugs bis zu den Schriften Bernhard von Clairvauxs verfolgen ließen.

In diesem Zusammenhang kam Auffarths Meinung nach den Glaubensbedürfnissen von Laien eine entscheidende Bedeutung zu, denen die kämpferischen Frommen und zum Martyrium bereiten Führer des jüdischen Befreiungskampfes gegen die heidnische Herrschaft als Vorbilder empfohlen wurden. Entscheidend war vielleicht schon die Predigt des päpstlichen Legaten Adhemar von Puy über die Makkabäer in Antiochia, das die Kreuzfahrer mit letzter Kraft verteidigten; daß Adhemar dann am Tag der Makkabäer starb, dürfte seinem Hinweis auf die Männer, die um ihres Glaubens willen so tapfer gefochten hatten, zusätzliches Gewicht gegeben haben.

Man kann Auffarths Interpretation der Kreuzzugsideen nicht aus dem Zusammenhang seiner Gesamtdeutung der Geistesgeschichte lösen, die in den übrigen Kapiteln des Buches sehr viel weniger überzeugt. Indes hat er eine im großen und ganzen überzeugende Darstellung jener historischen Bedingungen geliefert, die zu jenem „eigenen Heilsweg“



*Ordensritter, Zeichnung von Pierre Joubert*

(Alain Demurger) führten, den der europäische Kriegeradel betrat, um seine Identität als *militia christi* zu entwickeln. Deren sichtbare Verkörperung wurden die Ritterorden, die während des 11. und 12. Jahrhunderts entstanden. Diese Gemeinschaften hatten militärische Zwecke und bildeten für die Staaten in *outremer* so etwas wie ein stehendes Heer. Das war aus ihrer eigenen Sicht aber nur zweitrangig gegenüber den geistlichen Zielen.

Im Anschluß an die Schrift *De laude novae militiae* Bernhards hat man die Ordensritter als „Mönchskrieger" bezeichnet, und bei allen Vorbehalten gegen diese Formel ist doch zuzugeben, daß hier tatsächlich der Versuch unternommen wurde, eine Verknüpfung aus kriegerischem und monastischem Ideal zu schaffen. Alle Regeln der Ritterorden wiesen eine große inhaltliche Ähnlichkeit auf, die aus der Orientierung an den benediktinischen Grundsätzen zu erklären war. Obwohl das Leben im Kloster ganz anderen Prinzipien folgte als das des Kriegers, schien es doch zwischen beiden Berührungspunkte zu geben: in der Betonung der Genossenschaft einerseits, in dem Ziel des Daseins, nämlich dem Kampf für den „wahrhaften König Christus", andererseits.

Wie die gleichfalls von den Orden übernommene Fürsorge und Pflege von Armen und Kranken galt der Kampf als ein „gutes Werk". Eine Vorstellung, die insbesondere durch die zisterziensische Reform befördert wurde, deren wichtigster Vorkämpfer Bernhard von Clairvaux mit seiner erwähnten Schrift allerdings nicht nur im allgemeinen für die neue Bewegung Partei genommen hatte, sondern vor allem den Templerorden als Vorbild der christlichen Kriegergemeinschaft feiern wollte.

Die Templer stellten den ältesten unter den Ritterorden, und ihre Gründung war mit großen Erwartungen verknüpft. Trotz seines raschen Aufstiegs zu einer bedeutenden politischen und militärischen Macht im Heiligen Land – im 13. Jahrhundert verfügte er über fast alle großen Festungen – und der Feindseligkeit, mit der auf das oft hochfahrende Benehmen der Templer reagiert wurde, gingen die Ideale der Anfangszeit nie ganz verloren. Noch 1291, bei der heroischen, aber hoffnungslosen Verteidigung Akkons, der letzten christlichen Position im Orient, zeigten die Templer außergewöhnliche Tapferkeit und Opferbereitschaft.

Wer sich einen Eindruck von Organisation und Selbstverständnis des Ordens machen will, kann jetzt auf eine lange verschollene Ausgabe seiner „Statuten" zurückgreifen. Die Übersetzung ist zwar mehr als zweihundert Jahre alt – sie wurde von dem deutsch-dänischen Theologen Friedrich Münter 1794 veröffentlicht -, aber durchaus lesbar und vor allem vom Herausgeber mit einem sehr umfangreichen Kommentar versehen, der viele Einzelheiten, die den Nachgeborenen nur schwer verständlich sind, erläutert.

In acht „Büchern" wird dem Leser die Verfassung des Ordens vor Augen gestellt (Von der

Aufnahme in den Orden / Von dem Haupt und den Gliedern des Ordens / Vom Gottesdienst / Von den allgemeinen Pflichten / Häusliche Anordnungen / Kriegsstatute / Vom Kapitel / Von den Strafgesetzen des Ordens), wobei Münter an vielen Stellen verbreitete Irrtümer im Hinblick auf diese Ordnung korrigiert. Solche Richtigstellungen waren und sind vor allem notwendig wegen der besonderen Umstände durch die der Orden vernichtet wurde. Die Maßnahmen des französischen Königs Philipps IV. des Schönen, der 1307 alle Templer in seinem Machtbereich unter der Anklage von Häresie und Blasphemie verhaften und ihre Führung später hinrichten ließ, diente offensichtlich dem Versuch der Krone, in den Besitz der Reichtümer des Ordens zu kommen. Die Kurie vollzog zwar wunschgemäß die Aufhebung der Templer, vermied aber jede offizielle Verurteilung, da man von der Berechtigung der Vorwürfe nicht hinreichend überzeugt war.

Gerade die Art der Vorwürfe gegen die Templer hat bis heute das Interesse am Templerorden wach gehalten. So gibt es nicht nur Abenteurer, die nach den verborgenen Schätzen der Templer suchen, sondern auch eine große Anzahl von Phantasten, die aus dem Vorwurf geheimer Aufnahmerituale und der Verehrung eines besonderen Idols schlußfolgern, daß es tatsächliche eine templerische Esoterik gegeben habe, deren verborgenes Wissen es wieder zu entdecken gebe. In seinem Vorwort zur Neuausgabe von Münters Edition der Templer-Statuten hat der Mediävist Peter Dinzelbacher die Hauptlinien dieser Art von phantastischer Historiographie nachgezeichnet, dem Leser aber auch Hinweise auf die seriöse Forschungsliteratur zum Thema gegeben. Von Dinzelbacher ist außerdem im Herder-Verlag eine kleine Monographie über den Templerorden erschienen, die gerade dem interessierten Laien Auskunft geben kann und neben der großen Arbeit von Demurger eine gute Einführung in die Thematik bietet.

*Karlheinz Weißmann*

## Preußen in seiner großen Katastrophe

Carl von Clausewitz: *Preußen in seiner großen Katastrophe.* Wien: Karolinger Verlag 2002, 164 S., EUR 21.60

Erst 57 Jahre nach dem Tode Clausewitz´ und 82 Jahre nach dem Zusammenbruch des preußischen Heeres und Staates im Jahre 1806 konnte von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung II im Großen Generalstab die schonungslose Analyse dieser Katastrophe veröffentlicht werden. Zwanzig Jahre später, 1908, erfolgte eine verbesserte Neuauflage. Nach den beiden Weltkriegen wandte sich das Interesse den viel gewaltigeren und folgenschwereren Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu. Ungebrochen, ja verstärkt hatte sich nach 1945 allerdings das Interesse an den Arbeiten von Clausewitz. Sein theoretisches Hauptwerk *Vom Kriege* erlebte mehrere Neuauflagen und Übersetzungen, und auch eine Reihe seiner militärgeschichtlichen Schriften wurde wieder verlegt.

So ist es verdienstvoll, daß nun in einer ansprechenden Neuauflage auch die Analyse *Preußen in seiner großen Katastrophe* in der „Bibliothek von R***" des Karolinger Verlags vorgelegt wurde. Peter Ungelter vom Institut für vergleichende Taktik, Wien-Potsdam, zeichnet für sie verantwortlich. Wie fast alle anderen Arbeiten seines umfangreichen Werkes verfaßte Clausewitz auch und gerade diese Studie, die er in der Mitte der 1820er Jahre als Direktor der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin schrieb, für die Nachwelt. Er wußte, daß selbst nach dem Sieg über Napoleon in der stickigen Atmosphäre der Reaktionszeit keine Deutung der Niederlage von 1806 gefragt war, schon gar nicht, wenn sie schonungslos nicht nur das militärische Versagen dekuvrierte, sondern auch die Mitverantwortung des politischen Systems, seiner Vertreter und auch die Haltung des Volkes zur Sprache brachte. In der scharfsinnigen und scharfzüngigen Studie wirft Clausewitz zuerst „Einige Blicke auf den Geist im Heere und der Verwaltung", erstellt dann eine „Charakteristik der bedeutendsten Männer", spricht danach die „Ursachen und Vorbereitungen zum Kriege" an und schließt mit einem Kapitel über den „Feldzug von 1806". Für den Militärgeschichtler interessant sind die Feldzugsvorbereitungen und -beschreibung, für alle politisch Interessierten hingegen besonders die beiden ersten Kapitel.

Vernichtend ist seine Charakteristik der leitenden Militärs, deren Beschränktheit in den meisten Fällen nur noch von ihrem Alter übertroffen wurde; Mitte 60 könne als „das Jugendalter der Generalität" bezeichnet werden. In der Festung Magdeburg vereinigten die „abgelebten" Greise der Generalität gar 1.300 Lebensjahre und entsprechenden Dünkel auf sich. Gamaschendienst, die „schlechtesten Gewehre Europas", der Geist des Heeres „im Höchsten unkriegerisch", kurz: ein „ewiges, steriles Nachbilden des Veralteten", des friderizianischen Phänotyps ohne dessen Seele, waren die kennzeichnenden Merkmale des Heeres. Aber Clausewitz geht weiter. Er sieht die wahren Ursachen in der feigen und unfähigen Diplomatie Preußens, die das Land innerhalb eines einzigen Jahres in Europa völlig isolierte, und das, obwohl mindestens drei Großmächte potentielle Verbündete waren: England, Rußland und Österreich. Das System der Kabinettsregierung ohne den Kopf eines verantwortlichen Ministerpräsidenten hätte nichts anderes als den vagabundierenden Schlendrian der Minister und auch den des wohlmeinenden, aber eigensinnigen und letztlich den Verhältnissen nicht gewachsenen Monarchen gefördert. Ohne historische Parallelen überstrapazieren zu wollen, kann man sich bei der Lektüre der „Nachrichten" des Vergleichs mit dem heutigen Zustand im Lande nicht erwehren: eine veraltete Armee, eine Regierung, die eine „unwürdige Neutralitätspolitik betreibt", da sie durch den Zustand ihrer Armee „im Ausland weder Ehre noch Ansehen genießt" und daher gezwungen ist, eine Politik zu betreiben, „welche den Gefahren stets den Rücken dreht und nur an die Vorteile des Augenblicks denkt". Man kann sich denken, warum Clausewitz´ Witwe bei der postumen Veröffentlichung seines Werkes so viele „Entschärfungen" vornehmen mußte, daß der Text manchmal sogar verfälscht wurde. Der russische General Alexander Swjetschin, der in den zwanziger

Jahren überlegen die Strategiedebatte in der UdSSR beherrschte, empfahl der KPdSU, die militärischen Niederlagen des Jahres 1920 in Polen ebenso schonungslos und frei zu analysieren wie weilend Clausewitz Preußens Katastrophe 1806. Es sollte ihn 1938 den Kopf kosten, unterstreicht aber die Wirkung des Textes auch im Ausland.

Die ansprechend gestaltete vorliegende Ausgabe hätte noch gewonnen, wenn die Neuauflage dazu benutzt worden wäre, auch die Forschungen von Hahlweg, Paret und Schössler in einer Einleitung zu verarbeiten, aus der die Entstehung des Textes wie auch die Reaktionen der Nachwelt bei der Veröffentlichung hätten nachvollzogen werden können.

*Olaf Rose*

## Neue Kriege

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (Hrsg.): *Das Kriegsgeschehen 2001. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte*, Opladen: Leske und Budrich 2002, 288 Seiten, EUR 14.80

Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*. Hamburg: Rowohlt 2002, 285 Seiten, EUR 19.90

Statistisch gesehen wird die Welt immer friedlicher. Das unterscheidet die gegenwärtige Situation sehr deutlich von der vor zehn Jahren, als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Zahl der Kriege kontinuierlich wuchs und 1992 einen Höchststand mit fünfundfünzig militärischen Konflikten weltweit erreichte. Dann halbierte sich die Zahl und stieg bis zum Ende des Jahrzehnts nur noch auf 31 an. Trotzdem neigen diejenigen, die diese Angaben für das Handbuch *Das Kriegsgeschehen 2001* zusammengetragen haben, nicht zu optimistischen Prognosen. Das hängt weniger mit großen Konflikten wie dem Krieg zwischen den USA und ihren Verbündeten gegen den Irak zusammen, als vielmehr damit, daß die Hauptursachen der vielen kleinen Kriege – vor allem religiöse Motive oder das Verlangen nach nationaler Selbstbestimmung – virulent bleiben, und vieles spricht dafür, daß sich ihre Bedeutung in Zukunft eher erhöhen als verringern wird. Das hängt auch damit zusammen, daß die Mehrzahl der bewaffneten Auseinandersetzungen heute innerhalb bestehender Staaten ausgetragen wird, infolge von Sezessionsversuchen, aber auch durch die Schaffung von staatsfreien Gebieten, die *warlords*, Clanchefs oder die Führer mafiaähnlicher Organisationen beherrschen; häufig läßt sich das eine vom anderen kaum unterscheiden. Den Verfall des Staates hält auch Herfried Münklers für die Hauptursache der „neuen Kriege“.

Münkler, der einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität innehat, begann seine wissenschaftliche Laufbahn mit der Untersuchung des frühneuzeitlichen Staates, wie er vor allem in den oberitalieni-

schen Stadtrepubliken des 14. und 15. Jahrhunderts entstand, und er beschäftigte sich dabei ausführlich mit Machiavelli, den er vor dem Verdacht des Zynismus in Schutz nahm, indem er dessen brutale politische Vorschläge auf ihre Lagebedingtheit zurückführte. Wahrscheinlich hat diese Lektion zu Münklers „lateinischer" Nüchternheit wesentlich beigetragen. Hilfreich ist vor allem die von Münkler vorgeschlagene Unterscheidung des „klassischen" und des postklassischen Krieges. Während der klassische seit dem Ausgang des Mittelalters in Europa zwischen Staaten geführt wurde und im Laufe der Zeit eine Menge relativ erfolgreicher Disziplinierungsmittel entstand, um seine schlimmsten Auswüchse zu mildern, ist der postklassische Krieg eine Konfliktform, die sich einerseits durch Rebarbarisierung (keine Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten, Tendenz zur Totalisierung), andererseits durch Auflösung der staatlichen Bedingungen (also fixiertes Territorium, eindeutige Zuordnung der Bürgerschaft und ihrer Loyalität) auszeichnet. Der postklassische Krieg kündigte sich bereits in den großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts an, seine eigentliche Gestalt wird aber erst jetzt deutlicher erkennbar. Folgt man Münklers Annahmen, dann steht eine Entwicklung hin zur Ununterscheidbarkeit von Krieg und Bürgerkrieg, Krieg und Bekämpfung von Terrorismus oder organisierter Kriminalität bevor, die Schaudern macht. Allerdings kann man Münkler einen – entscheidenden – Einwand nicht ersparen: den der mangelnden Originalität. Das meiste von dem, was er hier ausführt, fand man früher – und präziser – in den Büchern des israelischen Militärhistorikers Martin van Creveld, und die Grundthese vom Zusammenhang zwischen Staatszerfall und Rückkehr des „diskriminierenden Feindbegriffs" geht auf Carl Schmitt zurück. Obwohl eine deutliche Abhängigkeit Münklers von Creveld und Schmitt besteht, sucht man offene Bezugnahmen vergeblich.

*Martin Ullmann*

## Neue Literatur zum Irakkrieg

Stephen Pelletière: *Iraq and the international Oil System.* Westport: Praeger Publishers 2001, 241 S., ca. 72 EUR

Bob Woodward: *Bush at War. Amerika im Krieg.* Stuttgart, München: Deutsche Verlagsanstalt & Spiegel-Buchverlag 2003, 392 S., EUR 24.90

Stephen Pelletière, Professor für Fragen der nationalen Sicherheit am U.S. Army War College in Carlisle (US-Bundesstaat Pennsylvania) und ausgewiesener Spezialist für Fragen, die den Mittleren Osten betreffen, ist im Jahre 2001 mit einem Buch hervorgetreten, das eine intensive Rezeption auch in Deutschland verdient hätte. Pelletières zentrale These lautet, daß die US-amerikanische Nahostpolitik - zumindest bis zum 11. September 2001 - auf Saudi-Arabien als Erdöl-Hauptlieferanten fixiert gewesen war. Entsprechend unterstützte die USA eine Politik der doppelten Eindämmung („dual containment") gegenüber dem Irak und dem Iran. Durch diese Politik sollten diese beiden Staaten davon abgehalten werden, Saudi-Arabien als Hauptlieferanten zu verdrängen. Weil die USA bei einer möglichen erfolgreichen Herausforderung Saudi-Arabiens durch den Irak bzw. Iran die Gefahr einer Destabilisierung der gesamten Region mutmaßten, unterstützten diese Saudi-Arabien und seine königliche Familie, obwohl dessen Regierungsstrukturen alles andere als „demokratisch" zu nennen sind.

Die Regierungen der USA, so diagnostiziert Pelletière, weigerten sich, der US-amerikanischen Öffentlichkeit ohne Wenn und Aber einzugestehen, daß diese mit Blick auf den Irak bzw. den Iran ausschließlich aus ökonomischen Gründen heraus handelten.
Nach dem 11. September 2001 hat augenscheinlich ein Abrücken von der Doktrin des „Dual Containment" eingesetzt, die sich wohl hauptsächlich der Unsicherheit der USA im Hinblick auf Saudi-Arabien verdanken dürfte.
Mit Blick auf die Funktionsweisen des internationalen Erdölsystems stellt Pelletière fest: „Das internationale Öl-System wurde in der Absicht installiert, ein Verbrauchsgut, nämlich das Erdöl, kontrollieren zu können. Im Laufe der Zeit - und nicht zuletzt unter Einfluß der USA - hat sich dieses

System mehr und mehr zu einem Instrument zur Beherrschung der Völker entwickelt.“

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ausführungen Pelletières zum Thema Giftgas bzw. zur Behauptung der US-Regierung, Saddam Hussein habe Giftgas gegen sein eigenes Volk eingesetzt: „Der erste Giftgas-Einsatz, der bekannt geworden ist, vollzog sich bei Haj Umran im Jahre 1983“, schreibt Pelletière. Zu diesem Zeitpunkt drangen die Iraner, in Kooperation mit den dort ansässigen Kurden, in die nördlichen Regionen des Iraks ein. Die Iraker benutzten Gas, um die Iraner zu vertreiben. Dieser Versuch kam einem Fiasko gleich: „Die Iraker brachten das Gas auf den Bergspitzen aus, die von den Kurden und Iranern gehalten wurden. Das Gas senkte sich aber in die Täler, wo die irakischen Truppen in Stellung gegangen waren und verursachte dort eine nachhaltige Desorientierung des irakischen Gegenangriffes.“ Der Irak gab den Einsatz von Giftgas am 2. Juli 1998 öffentlich zu. Der heutige Stellvertreter Saddams, Tarek Aziz erklärte, jede Nation habe das Recht, zum Zwecke seiner Verteidigung diejenigen Waffen zu wählen, die es für notwendig halte. Der Irak verwies allerdings darauf, daß der Iran diese Waffen in den Krieg eingeführt habe. Völlig anders wird dieser Vorgang in den US- oder europäischen Medien dargestellt. In der Regel wird dort behauptet, Saddam habe Tausende seiner Landsleute vorsätzlich mit Giftgas überzogen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die kurdische Stadt Halabdscha in der Nähe von Bagdad, wo im März 1988 sowohl der Iran als auch der Irak Giftgas einsetzten, als Beleg angeführt. Je nach Sichtweise werden Saddam bis heute bis zu 10.000 tote Kurden angelastet.

Pelletière macht darauf aufmerksam, daß sowohl die Iraner als auch die Irakis Giftgas einsetzten, nachdem es den Iranern gelungen war, zunächst unbemerkt in die kurdische Stadt einzusickern. Die Kurden gerieten bei der irakischen Gegenoffensive zwischen die Fronten. Als sich die Iraner schließlich zurückziehen mußten, machten sie eine Reihe von Fotos von den durch Giftgas umgekommenen toten kurdischen Zivilisten, mit denen sie die Iraker belasteten und behaupteten, selbst kein Giftgas eingesetzt zu haben. Die Symptome allerdings, die die toten Kurden aufwiesen verwiesen nach Pelletière auf ein Gas, das nicht von den Irakern eingesetzt worden sei. Die US-Regierung bestätigte, so Pelletière, daß beide Seiten Gas eingesetzt hätten und unterstrich, daß die Kurden aller Wahrscheinlichkeit nach („in all likelihood“) durch das iranische Giftgas umgekommen seien. Diese Information sei freilich erst 1990 kommunziert worden, so daß sich der Eindruck festsetzen konnte, daß die Irakis die Kurden mit Giftgas ermordet hätten. Pelletière, dies sei an dieser Stelle ergänzt, hat diese Sicht der Dinge am 31. Januar in einer Kolumne für die *New York Times* nochmals bekräftigt.

Bob Woodward gilt seit der Enthüllung des Watergate-Skandals, der zum Ende der Regierung Nixon führte, als einer der bekanntesten Journalisten der USA. Kaum ein Thema von politischer Brisanz hat Woodward seitdem unkommentiert gelassen. Seine Elaborate haben im Laufe der Zeit allerdings ein zwiespältiges Echo ausgelöst. Unbestritten ist der Fleiß, den Woodward an den Tag legt. Seine Kritikfähigkeit scheint er allerdings inzwischen hinten angestellt zu haben. Woodward eilt seit längerer Zeit der Ruf voraus, ein Laudator der gerade Regierenden zu sein. Sein seit Mitte Februar diesen Jahres auch in der deutscher Sprache vorliegendes Buch *Bush at War. Amerika im Krieg.* setzt sich vor allem mit den Entscheidungsprozessen der Regierung Bush nach dem 11. September 2001 auseinander. Das etwa 400 Seiten starke Buch basiert auf Protokollen des US-Sicherheitsrats sowie auf Interviews mit den direkt Beteiligten. Auch George W. Bush selbst gewährte Woodward ein mehrstündiges Exklusivgespräch.

Woodward umkreist zu Beginn noch einmal den Schockzustand, den der 11. September 2001 in den USA auslöste. Auf einen Angriff, wie er sich an diesem Tag vollzog, waren, das macht Woodward deutlich, die Vereinigten Staaten in keiner Weise vorbereitet. Die Bush-Regierung kam relativ schnell zu dem Ergebnis, daß die Drahtzieher aufgespürt und gegebenenfalls getötet werden müßten: „Wir müssen al-Qaida den Unterschlupf nehmen, sagte Tenet. Den Taliban sagen, daß wir mit ihnen fertig sind ... Rumsfeld sagte, sie sollten jedes Machtmittel benutzen, nicht nur

die militärischen, sondern auch rechtliche, finanzielle, diplomatische Mittel und die CIA. Tenet bemerkte, al-Qaida habe zwar ihr Hauptquartier in Afghanistan, operiere aber weltweit, auf allen Kontinenten. Wir haben ein 60-Länder-Problem, sagte er. ›Schießen wir sie der Reihe nach ab‹, sagte der Präsident."

Aufschlußreich ist die Darstellung des Dissens zwischen Cheney, Powell und Rumsfeld in der Frage, wie genau gegen Afghanistan vorzugehen sei. Während Powell für internationale Zusammenarbeit plädierte, forderten Rumsfeld und Powell ein einseitiges US-amerikanisches Handeln. Damit setzten sie sich bei Bush durch, dem es vor allem um schnelle Ergebnisse ging. So anschaulich diese Entscheidungsprozesse auch von Woodward beschrieben sind: sie verdeutlichen gleichzeitig, daß für diesen journalistische Seriosität nicht das Hauptanliegen ist. Er verwendet auch dort die direkte oder indirekte Rede, wo es gar keine überprüfbaren Zitate geben kann. Damit suggeriert Woodward, direkt - auch bei Vier-Augen-Gesprächen - dabei gewesen zu sein. Seien es nun Donald Rumsfeld, Dick Cheney, Condoleeza Rice oder der Präsident selbst: sie alle erscheinen als unfehlbare Akteure, die sich immer auf der Höhe der Diskussion befinden. Zweifel sind erlaubt: Waren die Protagonisten wirklich immer so voller Sachkenntnis und Geistesgegenwart, wie von Woodward dargestellt? An diesen Stellen wird deutlich, warum dieser Journalist in den USA, wie eingangs erwähnt, in erster Linie als „Hofberichterstatter" verschrien ist. Dennoch sollte das Buch nicht gleich zur Seite gelegt werden. Es entfaltet in einer anderen Hinsicht eine Stärke, die Woodward nicht unbedingt intendiert haben dürfte. Dessen Schilderungen spiegeln ungeschminkt die intellektuelle Verfassung der Regierung Bush. Sie zeigen, wie diese Regierung alttestamentarisch zu nennende Rache- und Sühnevorstellungen zum Bestandteil der internationalen Politik zu machen versucht. Weiter wird deutlich, daß diese Regierung auf Verbündete nur dann Wert legt, wenn diese – wie in Europa z.B. Großbritannien und Spanien – den USA vorbehaltlos zu unterstützen bereit sind. Die inzwischen sattsam karikierte Primitivrhetorik des derzeitigen US-Präsidenten findet sich auch an mehreren Stellen des Buches dokumentiert. Er habe, um hier nur ein Beispiel zu nennen, von den Fehlern seines Vaters gelernt, erklärte Bush in seinem Gespräch mit Woodward: Das „Visionsding" sei wichtig, es gebe nichts Größeres, als Frieden in der Welt zu erreichen.

*Michael Wiesberg*

## Militärgeschichtliche Zeitschriften

Das Angebot zum Themenbereich Militärgeschichte ist auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt nicht gerade üppig. Der folgende Überblick beschränkt sich auf Publikationen, die sich einerseits an ein nicht-wissenschaftliches Publikum richten, andererseits aber auch keine reinen Militaria-Magazine sind. Ausgespart bleiben also sowohl die wissenschaftliche *Militärgeschichtliche Zeitschrift* (MGZ, bis 1999 unter dem Titel *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, MGM, erschienen), als auch Zeitschriften wie das *Waffen-* bzw. *Marine-Arsenal* (Podzun/Pallas-Verlag) oder das I*nternationale Militaria-Magazin* (VDM/ Heinz Nickel), die sich an Sammler richten und in der Regel nur Beschreibungen bestimmter historischer Waffen- oder Fahrzeugtypen, Orden, Abzeichen und Uniformen enthalten.

Seit 1991 erscheint *Militärgeschichte – Zeitschrift für historische Bildung* mit vier Ausgaben pro Jahr und einem Umfang von ca. 30 Seiten pro Heft (nicht im Handel erhältlich). Bis zur Ausgabe 4 des Jahres 2001 zeichneten als Herausgeber das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr in Potsdam und der Militärfachverlag E. S. Mittler & Sohn verantwortlich für die Zeitschrift. Seit der 1. Ausgabe 2002 erscheint *Militärgeschichte* nicht nur äußerlich (farblich) in neuem Gewand, sondern wird nunmehr nur noch vom MGFA herausgegeben, während das Impressum den Mittler-Verlag lediglich als Rechteinhaber des Zeitschriftentitels erwähnt.

Der Eindruck, daß es sich spätestens seit dieser Änderung in der Herausgeberschaft um ein offizi-öses Periodikum der Bundeswehr handelt, wird im Editorial der Ausgabe 1/2002 noch verstärkt. Dort heißt es, „Militärgeschichte" sei mit Blick auf die erweiterten Aufgaben der Bundeswehr „konzeptionell und in ihrer Ausstattung den neuen Erfordernissen angepaßt" worden. Die Zeitschrift diene der „historischen Bildung in der Truppe" und unterstütze die Ausbilder bei der Durchführung des Unterrichts. Ziel der Zeitschrift sei es, „zu *dem* Medium der historischen Bildung in der Bundeswehr" zu werden.

*Militärgeschichte* enthält drei bis vier Aufsätze zu militär- oder zeitgeschichtlichen Themen, deren Autoren meist Mitarbeiter des MGFA oder anderer Institutionen der Bundeswehr, z.T. auch auswärtige Wissenschaftler sind. Am Schluß jedes Heftes gibt es einen sogenannten „Service"-Teil: Meist Erklärungen zu einem „historischen Stichwort", Hinweise auf Ausstellungen und Internetangebote zu historischen Themen, sowie kurze Buchbesprechungen, kurze Erläuterungen zu historischen Jahrestagen und die Rubrik „Militärgeschichte im Bild". Den pädagogisch anmutenden Charakter der Darstellung in „Militärgeschichte" unterstreicht neben der reichhaltigen Bebilderung auch die Praxis, Fachbegriffe, die in den Aufsätzen vorkommen, in farblich hervorgehobenen Kästen zu erläutern. Dabei werden in einem Rückblick auf das Preußenjahr (3/2002) nicht nur die Begriffe Militarismus und Kurwürde, sondern auch der im Text verwendete Ausdruck Januskopf gesondert erklärt – ein gelinde gesagt etwas skurril anmutendes Detail, das nicht gerade für den von der Leserschaft erwarteten Bildungshorizont spricht.

Besonders aufschlußreich für die Bestimmung der Zeitschrift ist der Aufsatz „Vom Kriege? Über den Sinn der Militärgeschichte heute" des MGFA-Historikers Bernhard Chiari. Darin heißt es, die heutige Militärgeschichte gehe im Gegensatz zu früheren Zeiten „weit über Schlachtenbeschreibungen hinaus", sie „betrachtet das Militär nicht isoliert als Institution, sondern im Beziehungsgefüge von gesellschaftlichen oder kulturellen Zusammenhängen". Konflikte sollten nicht nur aus der Perspektive der „Planer und

Täter", sondern auch aus der der Opfer geschildert werden. In seinem Aufsatz bezieht sich Chiari auch positiv auf die „neu erarbeitete" Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" des Reemtsma-Instituts. „Besonders solche differenzierten Erkenntnisse über den Nationalsozialismus bis hin zur problematischen Frage nach der Bewertung von Desertion und Fahnenflucht regen dazu an, sich ... die Situation von Individuen in heutigen militärischen Apparaten vor Augen zu führen." „Militärgeschichte" verhehlt seine Bestimmung zum Schulungsmaterial der Bundeswehr nicht. So ist zu erklären, daß im Editorial der Ausgabe 3/2002 die Gründung des Königreiches Preußen am 18. Januar 1701 als „umstrittenes historisches Datum" bezeichnet wird oder daß es in derselben Ausgabe beim Blick auf den „schwierigen Umgang" mit der Geschichte Preußens banal heißt: „Wir müssen bei der Bewertung Preußens das Nebeneinander von Licht und Schatten akzeptieren". (Ja, wo müssen wir das in der Geschichte denn nicht?) In den Aufsätzen wird ein offiziell erwünschtes Geschichtsbild wiedergegeben, Hinweise auf Forschungskontroversen – dies unterstreicht auch die Ausgabe 4/2002 mit dem Themenschwerpunkt Stalingrad – fehlen dagegen. Es geht nicht zuletzt darum, so Eberhard Birk, Dozent an der Luftwaffenoffizierschule in der Ausgabe 4/2001, das „meist unkritische Traditionsbedürfnis der Truppe" mit den richtigen „europafähigen" Inhalten zu füllen.

Das genaue Gegenteil scheint Anliegen der *Deutsche Militärzeitschrift* (DMZ) zu in, die vierteljährlich vom MTM-Verlag herausgegeben wird (EUR 6.60). Neben ihren nicht-historischen Bestandteilen (Militaria, Politik und Nachrichten aus der Bundeswehr) widmet sich die knapp 100 Seiten umfassende DMZ in jeder Ausgabe mehreren militärgeschichtlichen Spezialthemen. Der Widerspruch zum „Zeitgeist" – bis hin zur Revision offizieller Geschichtsschreibung – ist dabei ausdrücklich erwünscht. Auf diese Tendenz weist nicht zuletzt die Besetzung des freien Mitarbeiterstabs der Redaktion hin, dem als Historiker Walter Post, Klaus Hornung, Franz Seidler, Heinz Magenheimer und Alfred Schickel angehören. In manchen Beiträgen der DMZ überwiegt jedoch das eher politisch motivierte Anschreiben gegen „Klitterung und das Umlügen der Geschichte" (Nr.33) über eine nüchterne Darstellung des Geschehens. Insbesondere Operationen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg werden in der DMZ ausschließlich unter ihren rein soldatischen Leistungen gewürdigt. Jede Ausgabe enthält zu Beginn ein Soldatenporträt, einen Bereich „Historie", der weiter zurückliegende Ereignisse aufgreift und ein eigenes Kapitel zum Zweiten Weltkrieg.

Relativ jung auf dem Markt ist die zweimonatlich erscheinende *Militär und Geschichte* (Pabel-Moewig Verlag, EUR 3), deren achte Ausgabe jüngst erschien. Die ca. 50 Seiten umfassende Zeitschrift ist in der Aufmachung modern, reichhaltig illustriert und daher ansprechend; sie bietet neben einem umfassenderen Titelthema (aktuell: Operation Wüstensturm 1991) Aufsätze zu militärischen Ereignissen der Zeitgeschichte (Eroberung der Brücke von Remagen) oder aus ferneren Epochen (Schlacht auf dem Lechfeld), sowie ein Soldatenporträt (Zieten) und Erläuterungen von Uniformen oder militärischer Ausrüstung. Zum Beirat der Redaktion gehören neben Wissenschaftlern hauptsächlich ehemalige Bundeswehroffiziere. Man könnte *Militär und Geschichte* treffend als *Focus* unter den entsprechenden Zeitschriften bezeichnen. Durch die Enthaltsamkeit von geschichtspolitischer Kommentierung entspricht sie zweifellos am ehesten der Vorstellung von einem auf Militärhistorie konzentrierten populärwissenschaftlichen Magazin.

*Christian Vollradt*

## Kriegsverbrechen

Franz W. Seidler und Alfred M. de Zayas: *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert.* Hamburg, Berlin, Bonn : E.S. Mittler & Sohn 2002. 380 Seiten, EUR 49.90

Wer Kriegsverbrechen ohne Ansehen und Bewertung der Nationalität der Täter und Opfer betrachtet, gerät schnell in den Verdacht, aufgerechnet und relativiert zu haben. Deutsche Opfer zu beschreiben, ohne stets auf deutsche Täter zu verweisen, wird als Mißachtung beinahe naturgesetzlicher Argumentationsketten für eine bedenkliche Herangehensweise erachtet.

Entemotionalisierung, also Verwissenschaftlichung des Themas darf deshalb bereits als Tabubruch bewertet werden, als Arbeitskonzept, das mit seinem Anspruch auf Normalität Normen verletzt. Franz W. Seidlers und Alfred M. de Zayas bei Mittler vorgelegte Sammlung von Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert erfüllt alle Kriterien einer nüchternen Edition, der gerade ihre Nüchternheit vorgeworfen werden kann.

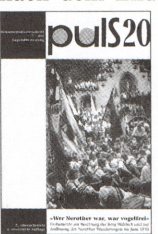
Die Herangehensweise der beiden Herausgeber ist streng juristisch. Dies läßt sich alleine daran ablesen, daß dem Band ein ausführlicher Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm beigefügt ist. Seidler selbst veröffentlichte nach seiner Emeritierung als Professor an der Bundeswehrhochschule München Bücher zu Kriegsverbrechen an der Wehrmacht. De Zayas ist bekannt durch seine Forschungsarbeit über die Wehrmachtsuntersuchungsstelle, einer Behörde, die Kriegsverbrechen an und von deutschen Soldaten während des Weltkriegs untersuchte und dokumentierte.

Der hier vorliegende Band umfaßt nun 140 Beiträge von 50 Experten, chronologisch geordnet von den ersten Konzentrationslagern im Burenkrieg (1899-1902) bis zum Massaker von Racak (Kosovo) vom Januar 1999. Zu den bekannten Stichworten des Zweiten Weltkriegs gehören auf deutscher Seite Babiy Yar, Lidice und Oradour, auf sowjetischer Seite Feodosia, Katyn und Nemmersdorf, auf westalliierter Seite Mers-el-Kebir, Monte Cassino und Dresden. In den Beiträgen wird der Anspruch deutlich, die Forschung zusammenzufassen und Gerüchten und Halbwahrheiten durch die Präsentation der Fakten zu begegnen. Der nüchterne Charakter des Buchs wird dadurch unterstrichen, daß vollständig auf Bebilderung der Darstellungen verzichtet wurde.

*Cornelius Fischer*

### Vogelfrei

Zu Beginn des Jahres erschien als neue Ausgabe der „Dokumentationsschrift der Jugendbewegung“ plus eine überarbeitete und erweiterte Auflage der Nummer 20 über die Auflösung des Nerother Wandervogels im Juni 1933 und die Beschlagnahme seiner Burg Waldeck durch die Reichsjugendführung. Die Nerother gehörten traditionell und gehören in vieler Hinsicht noch heute zu den Elitegruppen der Bündischen Jugend. Ihre Prägung erhielten sie durch die Zwillingsbrüder Karl und Robert Oelbermann. Während Robert Oelbermann wegen illegaler Fortsetzung der Arbeit in KZ-Haft kam und 1941 in Dachau starb, konnte sein Bruder Karl die Arbeit der Nerother auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu seinem Tod 1974 fortsetzen. Daß der Herausgeber des Heftes, Norbert Schwarte, sich bemüßigt fühlt, das Schicksal der Nerother und insbesondere das Robert Oelbermanns im antifaschistischen Sinn zu interpretieren, nimmt dieser Dokumentation nichts von ihrem Wert.




Verlag der Jugendbewegung, Postfach 150 330, 70076 Stuttgart, verlag@jugendbewegung.de

### Antiamerikanismus

Es paßt nicht so ganz in das übliche Schema ideologischer Zuordnung, wenn man feststellt, daß zu den schärfsten Kritikern amerikanischer Politik ausgerechnet Amerikaner gehören. Dabei geht es gar nicht nur um aktuelle Probleme, sondern auch um ganz prinzipielle Infragestellungen jenes historischen Weges, den die USA zurückgelegt haben. Besonderes Interesse darf in diesem Zusammenhang die ganze „libertäre“ oder „authentisch liberale“ Schule in Anspruch nehmen, zu deren Meisterdenkern Friedrich August von Hayek, Ludwig Mises und Milton Friedman gehören. Hier neigt man vor allem dazu, die unitarischen und egalitären Tendenzen zu kritisieren, die im 19. und 20. Jahrhundert das Erbe der Verfassungsväter zerstörten, denen eine vor allem auf persönlicher Freiheit beruhende Republik vor Augen stand. In dieser Perspektive können dann einige Präsidenten der Vereinigten Staaten, die man für gewöhnlich als große Persönlichkeiten betrachtet, in einem sehr anderen Licht erscheinen. Adolf Rasch, der sich bemüht, über seine Netzseite etwas von dem angelsächsischen Freiheitsgeist unter die Deutschen zu bringen, hat zwei sehr bedenkenswerte Porträts von Abraham Lincoln und Woodrow Wilson veröffentlicht, die man neben vielen anderen Informationen, die hier geboten werden, nur empfehlen kann.
www.mehr-freiheit.de

### Kommunikation

Trotz aller Bekenntnisse zum Wert der Debatte findet sie nur selten statt. Seit den achtziger Jahren kann man einen sukzessiven Verfall der Auseinandersetzung um die Sache feststellen. Das hängt einfach damit zusammen, daß es der Linken gelungen ist, ihre kulturelle Hegemonie in einer Weise zu etablieren, die ein Wahrnehmen anderer Auffassungen nicht einmal mehr aus Gründen des Selbstschutzes notwendig erscheinen läßt. Man registriert deshalb mit Verblüffung, wenn es noch Foren gibt, die mit einer gewissen Offenheit verschiedene Positionen zu Wort kommen lassen. Die Zeitschrift *Erwägen – Wissen – Ethik* bietet so einen Marktplatz der Meinungen. Die Herausgeber lassen in jeder Nummer einen Autor einen Hauptaufsatz zu einem kontroversen Thema schreiben, der Text wird anderen vorgelegt, die – in kürzerer Form – ihre Kritik äußern dürfen, und dann erhält der Verfasser des Haupttextes noch einmal die Möglichkeit zu replizieren. Im vergangenen Jahr wurden „Geschlecht und Sozialisation“ (Andrea Maihofer), „Die Frage nach der ‚historischen Existenz‘ - Zwischen Universalgeschichte und Geschichtsphilosophie?“ (Ernst Nolte), „Vier Formen des Gedächtnisses“ (Aleida Assmann), „Das kulturelle Gedächtnis“ (Jan Assmann), „Kapitalismus“ (Elmar Altvater), „Das moralische Problem der Politik“ (Gerard Radnitzky), „Der Gehorsam“ (Arno Gruen) und „Abwehrvorgänge aus psychodynamischer und kognitionspsychologischer Sicht“ (Wolfgang Mertens) behandelt. Man sieht an der Liste der Autoren, daß hier die Grenzen der politischen Korrektheit ganz bewußt nicht beachtet werden.
Bezug über Brockhaus/Commission, PF 70803 Kornwestheim, lucius@crocom.de, das Jahresabonnement (vier Hefte) kostet 72 EUR, Einzelheft 22 EUR zuzüglich Versand.

### Scherbengericht

Das Scherbengericht war eine hochdemokratische Einrichtung, mit der im antiken Athen die Staatsbürger von ihrem Recht Gebrauch machten, unliebsame Mitmenschen aus der Stadt zu entfernen. Wahrscheinlich wollen die Initiatoren der Netzseite www.ostrakismos.net nichts dergleichen, dafür bieten sie eine hochinteressante Zusammenstellung von Informationen zur konservativen „Szene“ in Deutschland. Die Orientierung ist christlich-konservativ, aber ohne allzu scharfe Abgrenzung. Neben einem sehr umfangreichen Archiv mit Artikeln aus der konservativen Presse findet man vor allem eine nützliche Linksammlung sowie Hinweise auf kleinere Initiativen und Verlage.
www.ostrakismos.net

**Aussterbende Redensarten 1**
**„Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen!“**

Die Maxime, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen solle, ist eine in der alten Bundesrepublik weit verbreitete Vorstellung gewesen. Über alle Parteigrenzen hinweg galt sie als so etwas wie eine Lehre, die der freie Teil der Nation aus der unheilvollen deutschen Geschichte gezogen hätte. Ihren Zenit hat diese Selbstverständlichkeit erst in den frühen Neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts überschritten, bis sich ihre Spuren mit dem Kosovo-Krieg allerdings rasch zu verlieren beginnen. Wo dieses Begehren noch heute hier und dort geäußert wird, liegt in der Regel das Bedürfnis älterer Menschen zugrunde, mit sich selbst ein klein wenig identisch zu bleiben. Zumeist versäumen es aber auch solche Nostalgiker nicht, darauf hinzuweisen, daß der Wunsch in der Welt, wie sie nun einmal ist, leider nicht erfüllt werden könne, da das moralische Gebot, sich der Beteiligung an ausgewählten gerechten Kriegen im Auftrag der Staatengemeinschaft nicht zu entziehen, höher zu bewerten sei.

Wer als erster in der Geschichte diese Maxime in den Raum gestellt hat, läßt sich dabei nicht einmal mehr zweifelsfrei klären. Fest steht, daß die Potsdamer Beschlüsse, die die drei Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges im Juli 1945 über das frisch besetzte Deutschland gefaßt haben, der gleichen Philosophie gefolgt sind. Unzufrieden über den Aufwand, der betrieben werden mußte, um die Hegemonie über Mitteleuropa herzustellen, waren sie bestrebt, nun wenigstens ihren Erfolg auf Dauer zu stellen. Deutschland sollte zu diesem Zweck entmilitarisiert werden und eine Wirtschaftsstruktur erhalten, auf deren Basis sich eine Kultur der Selbstbescheidung und des Friedens entwickeln konnte.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land hat damals wohl noch erheblich darüber hinausgehende Hoffnungen gehegt. Wo man plötzlich, abgeschnitten von der Mitgestaltung der Zeitläufte, die große Tradition des abendländischen Humanismus wiederentdeckte, ging man sogar noch ein Stückchen weiter: Gar keinen Krieg sollte es mehr geben, weder hier noch sonstwo und natürlich für alle Zeiten.

So weit ist es nicht gekommen. Die sich bald entzweienden Mächte stellten sehr rasch unter Beweis, daß sie sich in ihren Bemühungen um eine Gestaltung der internationalen Politik kein Mittel aus der Hand nehmen lassen wollten. Glaubwürdiger Gewaltverzicht durfte weiterhin nur von jenen erwartet werden, die eine Einsicht in ihre eigene Schwäche zeigten. Das Bewußtsein, in der Ordnung der Mächte nachrangig zu sein, will sich jedoch, und dies hat ja nicht zuletzt Deutschland in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bewiesen, oft nur unter schmerzlichen Begleitumständen einstellen. Eine Friedensordnung für die Welt, die auf regelgebundener Kooperation zwischen Ungleichen baut, mißachtet das Recht der Stärkeren und kann somit nicht wirklich stabil sein. Sie ist daher auch von den Gründern der Vereinten Nationen nicht ernsthaft angestrebt worden. Mit dem Ausscheiden der Sowjetunion aus dem internationalen Kräftemessen ist man immerhin einer Ordnung, in der alle akzeptieren, daß einer das Sagen hat, deutlich näher gekommen. Von ihrer Vollendung aber sind wir noch ein gutes Stück entfernt.

Die gesinnungsethischen Aspirationen der Deutschen und die verantwortungsethische Praxis der Staatengemeinschaft waren, dazu hätte es nach 1945 auch keine andere Alternative gegeben, nicht unversöhnlich. Der Kompromiß fand seinen Niederschlag in dem staatsrechtlichen Kompaß, der dem deutschen Volk gegeben wurde: Artikel 26 (1) des Grundgesetzes stellt die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe und nimmt über die Regierung hinaus auch die Gesellschaft in die Pflicht, nicht zuzulassen, daß irgendjemand aus ihren Reihen das friedliche Zusammenleben der Völker störe. Diese Bestimmung hat die deutsche Öffentlichkeit jahrzehntelang gegen realpolitische Phantasien immunisiert. Gerade ihre Intellektuellen waren froh darüber, daß ihnen durch das Gebot verantwortungsbewußten Denkens Grenzen aufgezeigt wurden.

War der Angriffskrieg auch von der Agenda verbannt, so verblieb doch die anspruchsvolle Aufgabe, einen Verteidigungskrieg zu verhindern. Hier zogen alle an einem Strang. Dank der deutschen Teilung wurden sogar jene, die mehr oder weniger heimlich in der Tradition des nationalen Militarismus verblieben waren, auf einen Kurs der Vernunft gezwungen. Sollten Deutsche nicht, wie einst bei Königgrätz, wieder auf Deutsche schießen müssen, war notfalls sogar ihre vorsorgliche Entwaffnung in Kauf zu nehmen.

All dies konnte die Remilitarisierung der alten Bundesrepublik zwar nicht aufhalten. Von der Ohne-Mich-Kampagne der Fünfziger Jahre bis zur massenhaften Wehrdienstverweigerung der Gegenwart hat sich aber immerhin ein gewisses Ressentiment gegen jede Form von Streitkräften erhalten. Beliebt ist das deutsche Soldatentum nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich immer nur dann gewesen, wenn es sich von seiner unmilitärischen Seite zeigte, hemdsärmelig in der Abwehr irgendwelcher Fluten oder jazzig beim fröhlichen Aufspielen der Big Band der Bundeswehr.

Eine der soldatischen Mentalität gänzlich abholde Gesellschaft kann sich gleichwohl mit einem modernen, demokratischen Militarismus arrangieren, und sie wird es umso mehr tun, je weniger sie durch die Wehrpflicht in ihn involviert ist. Die Deutschen von heute haben ihren Vorfahren in der alten Bundesrepublik die Fähigkeit voraus, zwischen dem eigenen individualpazifistischen Credo und den Notwendigkeiten der internationalen Politik zu differenzieren. In der Dienstleistungsgesellschaft stößt Professionalität auf breites Verständnis: Wenn von deutschem Boden heute wieder Krieg ausgeht, tun bloß einige ihren Job, das Volk aber hat weiter nichts damit tun und wahrt moralische Integrität. Niemand muß ein schlechtes Gewissen haben: Es sind schließlich nicht die eigenen egoistischen Interessen, für die das Leid anderer in Kauf genommen wird.

*Nikolaus Marggraf*

**1973**

1. Juni Der SPD-Geschäftsführer Karl Wienand wird beschuldigt, beim Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt (27. April 1972) Stimmen gekauft zu haben. Wie sich nach der „Wende" herausstellte, waren insgesamt vier Unionsabgeordnete bestochen worden, darunter Julius Steiner, der 50.000 DM von der DDR-Staatssicherheit erhalten hatte. Wienand gehörte zum „... sozialliberalen Kernbereich, zur Handvoll ihrer wichtigsten Figuren" (Arnulf Baring). Verschiedentlich wegen dubioser Einflußnahmen ins Gerede gekommen, hob der Bundestag im Dezember 1973 seine Immunität wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung auf. Ein Jahr später legte er sein Mandat nieder. Während Wienand sich allmählich aus der Parteiarbeit zurückzog, liefen seine privaten Geschäfte glänzend. Allerdings wurde 1994 die Vermutung laut, daß er für die DDR spioniert habe. 1996 verurteilte ihn das Düsseldorfer Oberlandesgericht wegen seiner Agententätigkeit zu zweieinhalb Jahren Haft und einer Million Mark Geldstrafe. Wienand bestritt die Vorwürfe zwar, aber das Urteil wurde vom Bundesgerichtshof bestätigt. Im April 1999 durch den damaligen Bundespräsident Roman Herzog aus gesundheitlichen Gründen begnadigt, geriet er kurz darauf in den Strudel der Kölner Schmiergeldaffäre. Um einem drohenden Parteiausschluß zuvorzukommen, verließ Wienand 2002 die SPD. Die Ermittlungen gegen ihn dauern an.

**1953**

11. Mai Der britische Premierminister Winston Churchill nimmt in einer Rede vor dem Unterhaus Abstand von der Politik des „Alles oder Nichts" gegenüber der Sowjetunion. Er schlägt eine Konferenz der „Großen Drei" zur Lösung der Deutschen Frage vor. Churchill reagierte damit auf den „Neuen Kurs" der Nachfolger des verstorbenen Stalin (5. März 1953), die eine gewisse Beweglichkeit Moskaus im Blick auf die Wiedervereinigung (wahrscheinlich unter den Bedingungen von Neutralität und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie) signalisierten. Die Sondierungen wurden durch die mitteldeutsche Aufstandsbewegung vom 17. Juni zunichte.

**1943**

8. Juni In einer Besprechung mit dem Chef des OKW Wilhelm Keitel im Führerhauptquartier erklärt Hitler, daß die ihm vorgeschlagene russische Befreiungsarmee „ein Phantom ersten Ranges" sei. Ein Aufruf an die slawischen Völker zum Kampf gegen die stalinistische Herrschaft werde keine militärische Stärkung Deutschlands bedeuten, sondern nur dazu führen, „das Kriegsziel" – die Schaffung eines Ostimperiums - völlig aus der Hand zu geben. Erst als es zu spät ist, Ende 1944, kommt es zur Aufstellung von zwei Divisionen der ROA (*Russkaja Oswabaditeljnaja Armija*) unter dem Kommando des übergelaufenen sowjetischen Generalleutnants Andrej Wlassow.

**1883**

18. Juni Friedrich Nietzsche erreicht Sils-Maria und beginnt mit der Niederschrift des zweiten Abschnitts von *Also sprach Zarathustra*. Er hatte das Manuskript am Anfang des Jahres begonnen, im August wurde ein erster Teil veröffentlicht.

**1853**

3. Mai Der spanische Politiker, Diplomat, Geschichtsphilosoph und Publizist Juan Donoso Cortés, Marqués de Valdegamas, stirbt in Paris. Donoso Cortés wandelte sich vom liberalen zum scharf antiliberalen Denker, dessen Sicht auf die kommenden Dinge fast prophetische Qualität hatte. Berühmter als seine theoretischen Arbeiten blieb seine „Rede über die Diktatur", die er als Abgeordneter am 4. Januar 1849 im spanischen Parlament gehalten hat, – nach Carl Schmitt „die großartigste Rede der Weltliteratur".

**1793**

11. März Beginn des Aufstands in der Vendée nach der Hinrichtung des Königs Ludwig XVI. (am 23. Januar des Jahres). Eine bäuerliche Guerilla und die im Westen Frankreichs organisierte *Armée Royale et Catholique* führten bis zur Machtübernahme Napoleons – und teilweise bis zur Restauration – einen regelrechten Krieg gegen die Republik, den die mit einem Terror ungeahnten Ausmaßes beantwortete; nach einigen Angaben fielen dem „innerfranzösischen Völkermord" (Reynald Secher) bis zu 400.000 Menschen zum Opfer.

**1453**

29. Mai Nach mehreren gescheiterten Versuchen gelingt es den Türken unter ihrem Sultan Mohammed II., Byzanz einzunehmen. Eine wewesentliche Rolle spielten dabei Geschütze, die von griechischen Spezialisten angefertigt worden waren. Kaiser Konstantin XII. fällt im Kampf, zu den ersten Maßnahmen der Sieger gehörte es, die größte Kirche der Christenheit – die *Hagia Sophia* – in eine Moschee umzuwandeln. Das osmanische Reich steigt zur eurasischen Großmacht auf.

**313**

13. Juni Licinius, Mitkaiser Konstantins, läßt nach Absprachen beider in Mailand (deshalb fälschlich „Mailänder Edikt") ein Zirkularschreiben öffentlich anschlagen, das den Titel *De restituenda ecclesia* (Von der Wiederherstellung der Kirche) trägt und das Christentum zur „erlaubten Religion" erklärt.